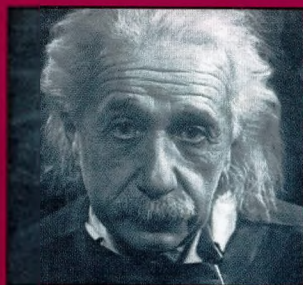


■ Thema: Geld oder Leben?

- Im Blickpunkt:
Interview mit dem
Bundesbeauftragten
für den Zivildienst
- Hintergrund:
Kriegsdienstverweigerung
in der Weimarer Republik



- Regionalteile für Zivilis
im Rheinland,
in Baden-Württemberg
und Kurhessen-Waldeck
- Buchtips:
Literatur von Zivilis

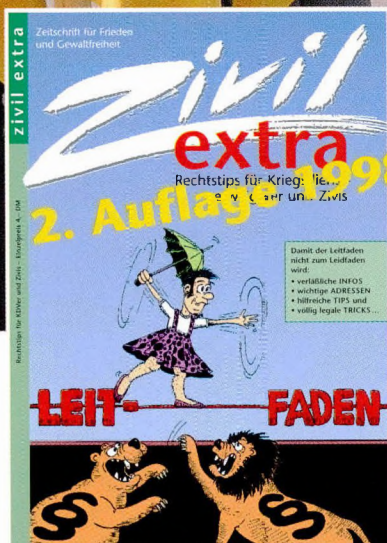
Lieber...

zivil

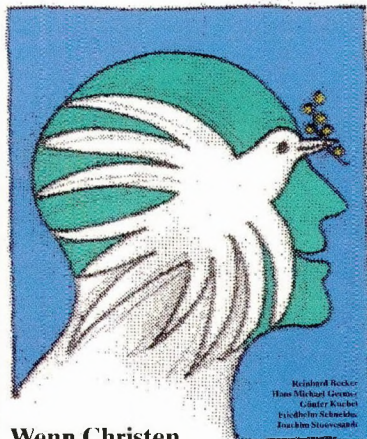


Noch mehr Infos im Doppelpack

... als **zivil** uniformiert!



... auf dem Weg zum Frieden!



Wenn Christen den Kriegsdienst verweigern ...

Nachdenkliches und Wissenswertes über Krieg und Frieden, über Gewalt und Gewissen, über Kriegsdienstverweigerung und ihre christlichen Wurzeln ... bietet auf 66 Seiten die Broschüre »Wenn Christen den Kriegsdienst verweigern«.

Bei uns nur im Doppelpack zusammen mit **zivil-extra** zu bestellen für ganze 6,- DM (plus 1,50 DM Porto, ab 5 Doppelpacks gegen Rechnung).

Das Sonderheft **zivil-extra** – ein Muß für **zivil** und alle, die es werden wollen!

- Endlich gibt es sämtliche wichtigen Infos in einem Heft:
- Was ist neu bei der Musterung?
 - Wie läuft das Anerkennungsverfahren?
 - Woran erkenne ich eine gute Zivildienststelle?
 - Was heißt das „Heimschläfer“?
 - „Sonderurlaub“, „Leitfaden“, „Rüstzeiten“...?
 - Wer hilft mir, wenn's Probleme im Zivildienst gibt?

Auf 48 Seiten jede Menge Tips und alle wichtigen Adressen für nur 4,- + 1,50 DM Porto in Briefmarken (ab 5 Exemplare gegen Rechnung).

Bitte beachten: Evangelische ZDL erhalten **zivil**, die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge, für die Dauer ihrer Zivildienstzeit ohne besondere Anforderung zugesandt. Die Abo-Kosten werden von der Evangelischen Kirche übernommen. Alle anderen InteressentInnen bitte für Abos diesen Abschnitt verwenden.

Bitte ausschneiden und senden an:

Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik
Vertrieb **zivil**, Postfach 500550, 60394 Frankfurt
Hiermit bestelle ich **zivil** ab Nr. ___ bis auf Widerruf. Ein Jahres-Abonnement kostet 16,- DM (4 Hefte einschl. Versand). Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung für 4 Ausgaben. Das Abo verlängert sich automatisch, wenn ich nicht spätestens 14 Tage nach Erhalt des 4. Heftes gekündigt habe.

Name, Vorname _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Wohnort _____

Datum, 1. Unterschrift _____

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 8 Tagen schriftlich beim **zivil**-Vertrieb (Adresse siehe oben) widerrufen. Zur Wahrung dieser Frist genügt die rechtzeitige Absendung meines Widerrufs (Datum des Poststempels).

Datum, 2. Unterschrift _____

Stuttgart, den 2.5.1998

Liebe Leserin, lieber Leser,



kein Tag mehr in Deutschland ohne Meldungen wie diese:
 »Magdeburg: Jugendliche überfallen Angolaner in Wohnung«,
 »Brandenburg: Gruppe Jugendlicher verprügelte Aussiedler«,
 »Rostock: Zwei Männer aus Togo verprügelt« ... Es geht um
 weit mehr als um den Wahlerfolg der rechtsradikalen DVU.
 Die braune Gewalt wächst sich zum regelrechten Terror aus, es
 rasselt, es grölt, es lodert und knallt – und es kümmert keinen.
 Kommunalpolitiker vor Ort stellen sich taub, die Polizei sieht
 nicht hin oder klagt über zuwenig Personal, die Öffentlichkeit
 duckt sich und in Bonn hat man sowieso Wichtigeres zu tun:
 Erstens ist Wahlkampf. Und zweitens streiten Politik, Presse,
 Funk und Fernsehen beim Thema »organisiertes Verbrechen«
 viel lieber über den »großen Lauschangriff«. Derweil spielt sich
 die organisierte Gewalt von rechts längst vor aller Augen und
 laut hörbar ab. 11 720 Straftaten mit rechtsextremistischem
 Hintergrund registrierte das Bundeskriminalamt im letzten
 Jahr. Rassismus, Ausländerhutz und Nazi-Ideologie werden
 offen zur Schau gestellt, vor allem in den neuen Ländern. Die
 abscheuliche Proklamation sogenannter »ausländerfreier«,
 »judenfreier« oder »krüppelfreier« Zonen ist an der Tagesord-
 nung. Von systematischer Kontrolle, energischen Gegenmaß-
 nahmen oder auch öffentlichen Protesten kaum eine Spur.
 Immerhin: In der sächsischen Stadt Wurzen wurde Adolf Hitler
 von der Ehrenbürgerliste gestrichen, im März 1998. Im Osten
 Deutschlands wird jede zweite rechtsextreme Gewalttat ver-
 übt, obwohl dort nur 17 % der Bevölkerung leben. Im kleinen
 Bundesland Brandenburg wurden allein im vergangenen Jahr
 570 rechtsextremistische Gewalttaten ermittelt. Die Dunkelzif-
 fer ist hoch, denn viele Opfer melden sich nicht, trauen der
 deutschen Polizei nicht mehr über den Weg. Wer organisiertes
 Verbrechen bekämpfen wollte, der hätte an der rechtsextremen
 Front mehr als genug zu tun. Man muß die rechten Gewalt-
 täter endlich stärker ins Visier der Verfassungs- und Ordnungs-
 schützer nehmen. Man muß sie begleiten, beobachten,
 kontrollieren, ständig und nicht erst dann, wenn sie wieder
 irgendwo zugeschlagen haben. Mit der Bekämpfung von Ter-
 ror hat dieser Staat Erfahrung, er könnte, wenn er wollte.
 Einstweilen aber wächst die Existenzangst unter den ausländi-
 schen Mitbürgern. Viele ziehen weg, und sei es nur in den
 ruhigeren Süden der Republik. Andere fliehen endgültig, wie
 zum Beispiel eine Familie aus Augsburg: Sie wanderte mit ihren
 beiden indischen Adoptivkindern aus purer Angst um das
 Leben der dunkelhäutigen Kinder nach Kanada aus.
 »Wehret den Anfängen«, dieses Motto hat für die Gesamtge-
 sellschaft ausgedient, wir sind inzwischen mittendrin. Für den
 Bereich des Zivildienstes kann das Motto noch gelten, denn
 bislang sind rechtsradikale Zivis absolute Ausnahmen. Daß
 es sie gibt ist schlimm genug. Insofern ist begrüßenswert, daß
 der Bundesbeauftragte für den Zivildienst die Dienststellen auf-
 gefordert hat, auf rechtsradikale Vorkommnisse im Zivildienst
 zu reagieren (s. Interview mit Dieter Hackler ab S. 4). Aber
 weder im Zivildienst noch »draußen« darf der Kampf gegen
 Rechts allein den offiziellen Stellen überlassen bleiben. Den
 Rechten die Stirn zu bieten, das geht uns alle an, denn Rechts-
 außen verfährt nach der Devise »Wer nicht gegen uns ist, der
 ist für uns«. Den Rechten die Grenzen zu zeigen, das fängt
 dort an, wo man nicht über ihre Witze lacht, wo man ihre
 Häme gegen Behinderte nicht ignoriert. Und wenn es
 sein muß, müssen auch Zivis vor Zivis Zivilcourage zeigen.

Herzlich Ihr/Euer



Blickpunkt 4

Interview mit dem Bundesbeauftragten für den Zivildienst

Zivildienst aktuell 6

Der Weltmeister im Rettungsschwimmen ist ein Zivi: Kai Jaensch

Recht 8

Arbeitszeit

Preisrätsel 9

Impressum 9

Leserbericht 10

Wenn sich ein Zivi vegetarisch ernähren möchte ...

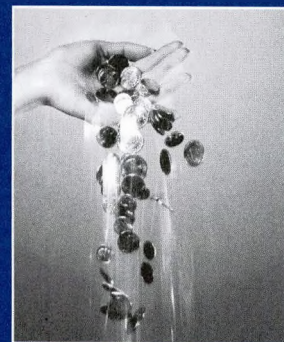
Graffiti 12



zivil-Thema

Geld oder Leben? 13

- Erlaßjahr 2000 14
- Kein Geld für den Krieg – Friedenssteuer 16
- Arbeit für den Krieg – Rüstungsproduktion 18
- Krieg und Geld – Hesse und Tucholsky 20
- Fahrdienst für Spanischkurs – Tauschringe 22
- Leben statt kaufen – Dorothee Sölle zur Globalisierung 24
- Umfairteilen – Ausbildungsplätze schaffen 26



power page 28

»Milifutchis« – das Neueste auf dem Spielmarkt

Hintergrund 30

KDV in der Weimarer Republik

Briefe 32

Info 34

Fundsachen 35

Buchtips 36

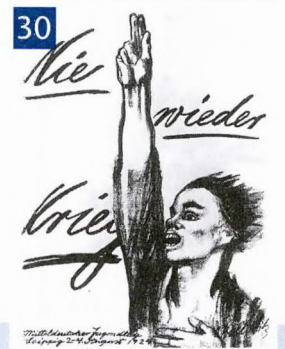
Rüstzeiten 38

Galerie 39

Ida Appelbroog, Sacrifice/Paradise

Gedanken 40

von Kurt Marti



Titelfoto: Bavaria Bildagentur GmbH

zivil ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge. Alle evangelischen ZDL erhalten von ihrer Kirche für die Dauer des Dienstes ein Frei-Abo. Wer darüber hinaus über Chancen und Hindernisse einer »Kultur des Friedens« auf dem laufenden bleiben will, kann die Hefte zum zivilen Preis von 16,- DM jährlich abonnieren.

Der Bestellabschnitt für AbsolventInnen eines Freiwilligen Sozialen Jahres, KDVer, Krankenschwestern, LehrerInnen, MitarbeiterInnen in Kirche und Diakonie, SozialpädagogInnen künftige oder ehemalige Zivis und andere friedensbewegte Menschen befindet sich auf Seite 2.

Unser neues Papier ist fast weiß, aber es bleibt dabei:

zivil wird gedruckt auf 100% Altpapier, chlorfrei recycelt!

»Jeder Fall

Rechtsradikale Kriegsdienstverweigerer und Zivilis, so der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Dieter Hackler, im Gespräch mit zivil, sind eine Randerscheinung, die man gleichwohl sehr ernst nehmen muß. Auch ein Mitarbeiter im BAZ wurde als rechtsradikaler Funktionär enttarnt.

Interview mit dem Bundesbeauftragten für den Zivildienst

ist einer zuviel«

zivil: Die Wehrbeauftragte informiert die Öffentlichkeit regelmäßig über die jeweils aktuelle Stimmung in der Bundeswehr – warum veröffentlichen Sie nie einen solchen Bericht über den Zivildienst?

Hackler: Es gibt zwei grundsätzliche Unterschiede zwischen der Wehrbeauftragten und dem Bundesbeauftragten für den Zivildienst. Die Wehrbeauftragte ist sozusagen die Kontrollinstanz des Deutschen Bundestages für die Durchführung des Wehrdienstes als bundesstaatliche Aufgabe. Wir organisieren den Zivildienst in Zusammen-

arbeit mit der Wohlfahrtspflege, Kommunen und Vereinen und geben sozusagen den Zivildienstleistenden in ein »privatwirtschaftliches Arbeitsverhältnis«. Bei der Bundeswehr geht es darum, daß unter Einschränkung von Grundrechten Dienst geleistet wird, den die Bundesrepublik unmittelbar durchführt und zu verantworten hat. Es kann nicht die Aufgabe des BAZ sein, die Öffentlichkeit über die Arbeitssituation in der Wohlfahrtspflege zu unterrichten.

zivil: Den Zivildienst hat ja nun auch der Staat zu verantworten, also müßte auch eine entsprechende staatliche Kontrolle stattfinden.

Hackler: Es findet auch Kontrolle statt, und zwar in vielfältiger Weise: Einmal durch die Regionalbetreuer des BAZ, zum anderen durch die Beschäftigungsstellen, zum Dritten durch die Zivildienstleistenden in den Beschäftigungsstellen und zum Vierten durch die Klienten, die durch die Zivildienstleistenden betreut werden. Wenn es da zu Problemen käme, dann gäbe es sofort Meldungen und dann kann auch durch unser Haus für Abhilfe gesorgt werden.

zivil: Das Schöne an diesem Bericht der Wehrbeauftragten ist ja, daß die Öffentlichkeit sozusagen vom Innenleben der Bundeswehr erfährt. Vom Zivildienst erfährt die Öffentlichkeit relativ wenig. Würden Sie sich nicht auch wünschen, daß da mehr Öffentlichkeit ins Spiel käme? Einmal im Jahr ein Bericht des Bundesbeauftragten für den Zivildienst: Wie sieht's aus im Zi-



Die rechte Szene, hier bei einer Demonstration gegen die Ausstellung »Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht«. Foto: dpa

vildienst? Sie sagen der Öffentlichkeit, was gut und was schlecht läuft?

Hackler: Ich denke, das ist eigentlich nicht nötig. Der Zivildienst ist gut in der öffentlichen Diskussion und wir haben einfach diese Einschränkung der persönlichen Freiheitsrechte, die ja bei der Bundeswehr durchaus vorkommen können – auch durch das enge System von Befehl und Gehorsam – im Zivildienst nicht, so daß ich eine solche Berichtspflicht nicht für erforderlich halte.

zivil: In der Öffentlichkeit kommen Sie als Bundesbeauftragter für den Zivildienst regelmäßig zu Wort, wenn es um die neuen KDV-Zahlen geht. Ihre Antworten klingen dann immer so, als wären Sie froh, wenn die Zahlen nicht weiter gestiegen sind. Warum können Sie sich nicht freuen, wenn die Anzahl der KDV-Anträge steigt, oder mindestens konstant geblieben ist?

Hackler: Ich halte mich von Wertungen völlig frei: Ich nehme die Entscheidungen der jungen Männer ernst und an. Nur, Sie werden Verständnis dafür haben, wenn Zahlen explodieren, daß dies dann auch ein Durchführungsproblem ist. Von daher kann es sein, daß hin und wieder bei mir ein Unterton der Erleichterung herauskommt.

zivil: Sie haben sich kürzlich – wie ich es empfunden habe – an die Seite des Verteidigungsministers gestellt und erklärt, daß es nicht nur bei der Bundeswehr, sondern auch im Zivildienst

Rechtsradikale gibt. War das denn nötig?

Hackler: Wir haben aufgrund ganz bestimmter Vorgänge und Vorfälle uns veranlasst gesehen, deutlich zu machen, daß der Zivildienst als solcher nicht generell frei von rechtsextremistischen Aktivitäten ist. Ich habe dies mit Bedauern feststellen müssen und habe dann gesagt: Wir müssen klarmachen, daß wir den Anfängen wehren. Daher habe ich einen Brief an die Dienststellen geschrieben, mit der Bitte, hier wachsam zu sein und nichts zu verharmlosen und gleichzeitig auch Straftatbestände als solche zu behandeln und entsprechend Strafanzeige zu stellen.

zivil: Im »Spiegel« wurden Sie zitiert, es seien »in den letzten 2 Jahren etwa 10 bis 15 Verurteilungen« gewesen von Leuten, die sich »vor, während oder schon nach dem Zivildienst« befunden haben. Das ist eine ziemlich schwammige Angabe. Kann man nicht feststellen, daß es exakt soundsoviele Fälle und exakt diese und jene Tatbestände waren?

Hackler: Sie müssen genau hinsehen. Die 10 bis 15 Fälle, die von mir genannt worden sind, das sind solche, wo Gewalttaten zu einer Verurteilung geführt haben, bei der jeweils ein rechtsextremistischer Hintergrund nicht auszuschließen bzw. offensichtlich war. Mit dem Ergebnis, daß wir erkannt haben, daß eine rechtsextremistische Ge-



Dieter Hackler

sinnung nicht vor dem Zivildienst haltmacht. Also sah ich mich gezwungen zu handeln, damit es nicht irgendwann ein schreckliches Erwachen gibt und es heißt: »Ja, warum habt ihr nicht ...«

zivil: Ist es bei diesem Zahlenumfang geblieben oder haben Sie inzwischen neuere Erkenntnisse?

Hackler: Diese 10 bis 15, das sind rechtskräftige Verurteilungen, die dann dem Bundesamt für den Zivildienst übergeben werden und wo dann überprüft wird, ob der junge Mann weiterhin anerkannter Kriegsdienstverweigerer bleiben kann. In den Jahren zuvor habe ich Ähnliches nicht erfahren. Das war eine wesentliche Auffälligkeit. Aufgrund meines Briefes gibt es jetzt regelmäßig von einzelnen Vorkommnissen Meldungen. Diese Vorkommnisse müssen natürlich zunächst geprüft werden. Von daher ist es schwierig zu sagen, wir haben soundsovielle Vorfälle. Ich gehe aber davon aus, daß Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit gesamtgesellschaftliche Probleme sind, die nicht auf bestimmte Tätigkeitsfelder zu begrenzen sind.

zivil: Das sehe ich genauso. Dennoch hätte ich mir gewünscht, Sie hätten die Öffentlichkeit darüber informiert, daß es im Gesamtensemble von über 130 000 Zivis im Jahresdurchschnitt doch eine sehr verschwindend geringe Zahl ist, die hier Probleme machen.

Hackler: Wenn ich im »Spiegel« sage, daß es nur 10 bis 15 sind, dann weiß doch wohl jeder ...

zivil: Die Zahl von 130 000 steht eben nicht im »Spiegel«.

Hackler: Es sind ja noch viel mehr. Diese Zahl bezieht sich ja auf alle anerkannten Kriegsdienstverweigerer.

zivil: also eineinhalb Millionen etwa.

Hackler: Richtig. Wir haben in den beiden letzten Jahren 270 000 Zivildienstleistende im Dienst gehabt, und wenn ich mir das vergegenwärtige, ist es klar, daß es sich um eine kleine Gruppe handelt. Aber auch aus dieser Gruppe ist für mich jeder Fall einer zuviel. Deshalb war es mir wichtig, daß diese Fälle gemeldet werden und daß der Institution Zivildienst kein Schaden entsteht. Ich habe mich bewußt davor gehütet, die Einzelfälle in der Öffentlichkeit auszubreiten, weil das ein Szenario gewesen wäre, das sicher dem Zivildienst und den Zivildienstleistenden insgesamt geschadet hätte. Es war auch nicht meine Absicht, ein großes Presse-Szenario zu inszenieren, sondern es hat in der Tat einen anonymen Brief an den »Spiegel« gegeben. Dieser Brief hat beim »Spiegel« zu Nachfragen geführt – und es wäre seltsam gewesen, wenn ich mich da nicht zu einem Gespräch gestellt hätte. Von daher können Sie sehen, daß es nicht meine Absicht war, die Sache in der Öffentlichkeit hochzuziehen.

zivil: Es war auch zu erfahren, daß ein rechtsextremer Mitarbeiter des Bundesamtes entlassen wurde. Wurde inzwischen überprüft, ob es im BAZ noch weitere Mitarbeiter gibt, die solche rechtsextremen Gesinnungen haben?

Hackler: Nein, wir haben keine weiteren Überprüfungen vorgenommen. Wir haben, als die besonderen Verhaltensweisen dieser Person bekannt wurden – bei einem Betriebsfest – die sofortige fristlose Kündigung veranlasst. Im Nachhinein hat sich herausgestellt, daß diese Person im rechtsextremen Bereich ein bekannter Vertreter ist. Aber man muß auch hier wieder die Kirche im Dorf lassen: Wenn ich 1350 Mitarbeiter habe, dann kann es schon mal sein, daß ein Mitarbeiter in diesem Fahrwasser steckt.

zivil: Jetzt hat das BAZ Mitarbeiter aus dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge übernommen. Mit der Bearbeitung von Anträgen haben diese Leute sicherlich Erfahrung, nur: 1997 lag die Anerkennungsquote für Asylbewerber bei 4,9 %. Ist also zu befürchten, daß sich die neuen Mitarbeiter auf die Anerkennungsquote auswirken?

Hackler: Da kann ich nur kurz und knapp sagen: Nein. Außerdem: Die Mitarbeiter, die wir übernommen haben, sind keine Volljuristen, die über die KDV-Anerkennung entscheiden.

zivil: Dieselbe Frage nach möglichen Interessenskonflikten stellt sich bei je-

Hackler: Ich habe keine Zahlen. Seit ich Bundesbeauftragter für den Zivildienst bin, haben wir versucht, sehr viele Frauen als Regionalbetreuerinnen einzustellen. Und ich denke, wir sind damit sehr gut gefahren. Die haben weder das eine noch das andere gemacht. Ich gehe davon aus, daß alle Mitarbeiter ihre Aufgaben gewissenhaft versehen und Recht und Gesetz so anwenden, wie es sich gehört.

zivil: In jüngster Zeit hört man aus der Zivildienstverwaltung, viele Zivis würden in puncto »Krankfeiern« krumme Geschichten versuchen. Es heißt, der Krankenstand im Zivildienst sei zu hoch. Stimmt das?

Hackler: So würde ich das nicht formulieren. Es gibt Bereiche oder Regionen, in denen der Krankenstand in bestimmten Beschäftigungsstellen sehr hoch ist. Und da gibt es zur Erklärung die unterschiedlichsten Spekulationen. Mein Bestreben ist es, dafür Sorge zu tragen, daß der Zivildienst nicht durch einige wenige in Verruf gerät.

zivil: Einige wenige Ärzte?

Hackler: Möglicherweise.

zivil: Uns liegen Informationen vor, nach denen geplant wird, die freie Arztwahl einzuschränken.

Hackler: Was wir vorhaben, ist das Erproben einer neuen Variante, nämlich einen Dienstarzt einzuführen. Das soll ab 1. Juli in den Regionen Karlsruhe und Berlin einmal erprobt werden, für bestimmte Beschäftigungsstellen. Es geht letztlich darum, die Zivildienstleistenden davor zu bewahren, daß einige es immer schaffen, zu Lasten der anderen nicht zum Dienst zu erscheinen. Ob das hilft, ist die Frage. Wir werden das ein halbes Jahr probieren und dann auswerten. Ich kann jedenfalls nur sagen: Der überwiegende Teil der Zivildienstleistenden, und damit meine ich mit Sicherheit 95 %, machen ihre Sache ordentlich, hervorragend und mit einem Pflichtbewußtsein, an dem sich die Gesellschaft immer wieder auch freuen kann.

zivil: Ein Problembereich, den wir von zivil in jüngster Zeit stark im Blick hatten, ist die mangelhafte Ausbildung der Zivis im Fahrdienst. Im Prinzip geht man davon aus: Wer einen Führerschein hat, der kann fahren, also auch große Busse und auch Behinderte transportieren. Hat der Staat gegenüber diesen Zivis nicht eine besondere Verantwortung?

Hackler: Selbstverständlich hat der Staat gegenüber dem Einsatz von Zivildienstleistenden eine sehr hohe Verantwortung, und wir schauen uns die Verbände ja sehr genau an, bei denen wir Zivildienstleistende in den Dienst stellen. Ich gehe davon aus, daß auch die Beschäftigungsstellen die hohe Verantwortung kennen und die jungen Leute entsprechend einweisen, gerade



1350 Mitarbeiter: Das Bundesamt für den Zivildienst in Köln.

Foto: BAZ

nen Mitarbeitern, die früher bei der Zivil-Verteidigung, also beim Bundesverband für den Selbstschutz beschäftigt waren. Das sind ja Leute, die nicht so unbedingt Sympathie gegenüber den Kriegsdienstverweigerern mitbringen?

Hackler: Diese Mitarbeiter – wie überhaupt im Öffentlichen Dienst – werden daran gemessen, ob sie ihren Dienst nach Recht und Gesetz erfüllen. Sie stehen in einem Treueverhältnis zur Bundesrepublik Deutschland und ich gehe davon aus, daß diese Mitarbeiter dieses auch leben.

zivil: Zivis fühlen sich oft von den Regionalbetreuern des Bundesamtes nicht richtig verstanden und man weiß, daß viele Regionalbetreuer früher bei der Bundeswehr waren. Gibt es da Zahlen?



Zeichnung: Tetsche/Zentralstelle KDV

im Fahrdienst. Die jungen Männer müssen eine Einweisung erhalten. Es ist für mich hanebüchen, wenn mir ein Dienststellenleiter sagt, das könne er in einer Woche machen. Wir gehen fest davon aus, daß diese Einweisung zwischen zwei und vier Wochen zu umfassen hat.
zivil: Wir hatten erst kürzlich 15 ZDL bei einem Fahrtraining, das *zivil* zu-

sammen mit der Bruderhilfe-Versicherung veranstaltet hat. Von den 15, die alle im Fahrdienst waren, hatte keiner eine entsprechende Einweisung. Die Dienststellen drücken sich bislang zum großen Teil davor. Könnte nicht die Zulassung als Beschäftigungsstelle für Zivis im Fahrdienst strenger an die Bedingung geknüpft werden, daß die Zivis ausgebildet und eingewiesen werden?

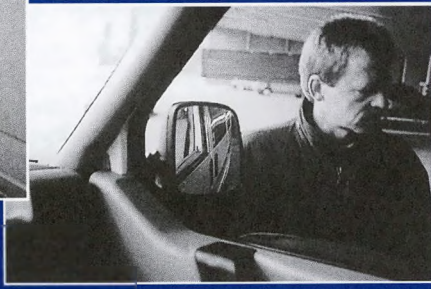
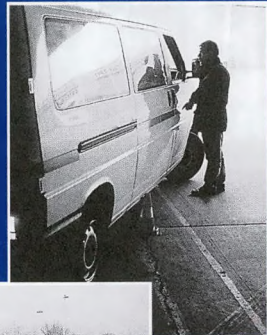
Hackler: Ich werde das gerne als Anregung mit aufnehmen und in den Gesprächen mit der Wohlfahrtspflege und den Verbände, die Fahrdienste anbieten, dieses noch einmal dokumentieren. Wir gehen fest davon aus, daß für den Einsatz in Fahrdiensten ein Personenbeförderungsschein erforderlich ist, wenn es denn um große Transportaufträge geht.

zivil: Leider gibt es im Gesetz ja dieses Schlupfloch, daß ein Personenbeförderungsschein nicht erforderlich ist, solange die Fahrten nicht zu gewerblichen Zwecken unternommen werden.

Hackler: Nur, der entscheidende Punkt ist: Wir haben ihn als Bedingung und wir bestehen auch auf dieser Bedingung. Und wenn dann Ausnahmen gemacht werden von diesen Bedingungen, dann müssen das die verantworten, die das vor Ort entscheiden. Wir werden dieses Thema noch einmal mit der freien Wohlfahrtspflege erörtern.
zivil: Herr Hackler, vielen Dank für dieses Gespräch.

Fahrtraining für Zivis

60 Zivis wollten mitmachen beim Fahrtraining, das *zivil* und die Bruderhilfe-Versicherung in Kassel durchführten, 18 Teilnehmer wurden ausgelost. Am Ende waren sich alle Teilnehmer einig: Eine solche Veranstaltung sollte Pflicht sein für alle Zivis im Fahrdienst. Die Trainer der Bruderhilfe Akademie für Verkehrssicherheit verrieten den Zivis so manchen Trick für knifflige Situationen – geradeausfahren kann schließlich jeder.



Zivi ist Welt im Rettungs

Von Zivis, die im Spitzensport erfolgreich sind, hört und liest man wenig. Meistens gehen solche Sportler zur Bundeswehr, weil sie dort die entsprechende Förderung in Anspruch nehmen können. (Siehe zivil 2/97 »Sport ist Mord«) Um so erfreulicher ist die Nachricht, daß in diesem Jahr ein Zivi den Weltmeistertitel im Rettungsschwimmen gewann.

Für Kai Jaensch wurde im vergangenen Winter ein Traum wahr! Der Rettungsschwimmer aus Langenfeld flog zu den »Lifesaving World Championships«, den Weltmeisterschaften im Rettungsschwimmen, nach Auckland/Neuseeland.

Insgesamt 120 Mannschaften aus 79 Nationen mit jeweils 12 Rettungsschwimmern nahmen teil. Als erstes standen die Vorläufe auf dem Programm. Zivi Kai erschwamm persönliche Bestzeiten und trug dazu bei, daß seine Mannschaft als Zeitbeste ins Finale ging.



Eine der Wettkampfstätten in Neuseeland.


meister schwimmen



Kai Jaensch, der frischgebackene Weltmeister im Rettungsschwimmen, an der Küste Neuseelands.


Am Final-Wettkampftag gingen die acht besten Teams an den Start. In diesem Lauf verbesserte Kai noch einmal seine Bestzeiten und etablierte sich somit als erfolgreicher Rettungsschwimmer in der Weltspitze. Durch seine hervorragenden Leistungen und die seiner Mannschaftskameraden konnten sich die Korschbroicher Herren gegen die starke Konkurrenz durchsetzen und in diesem Wettkampf den Weltmeistertitel erkämpfen. In der Wettkampfgesamtwertung wurde Kai Jaensch mit den Korschbroicher Damen und Herren Vize-Weltmeister.

Zu Hause in Solingen leistet Weltmeister Kai Jaensch seinen Zivildienst im »Club der Behinderten und ihrer Freunde e.V.« ab. Dort betreut er körperbehinderte Kinder. Sein Vorgesetzter gibt dem Zivi, der Sport und Sonderpädagogik als Berufsziel anstrebt, ausreichend Zeit, um das regelmäßige Trainingspensum zu absolvieren.


Die Redaktion gratuliert Kai Jaensch zu seinem Erfolg und freut sich, daß es gerade in der zivilen Sportart des Rettungsschwimmens ein Zivi zum Champion gebracht hat. 

Größen M-XXL. Bestell-Hotline 0171/5766992. Fax 04154/984168. rothenb@aol.com http://members.aol.com/rothenb/zivi.html

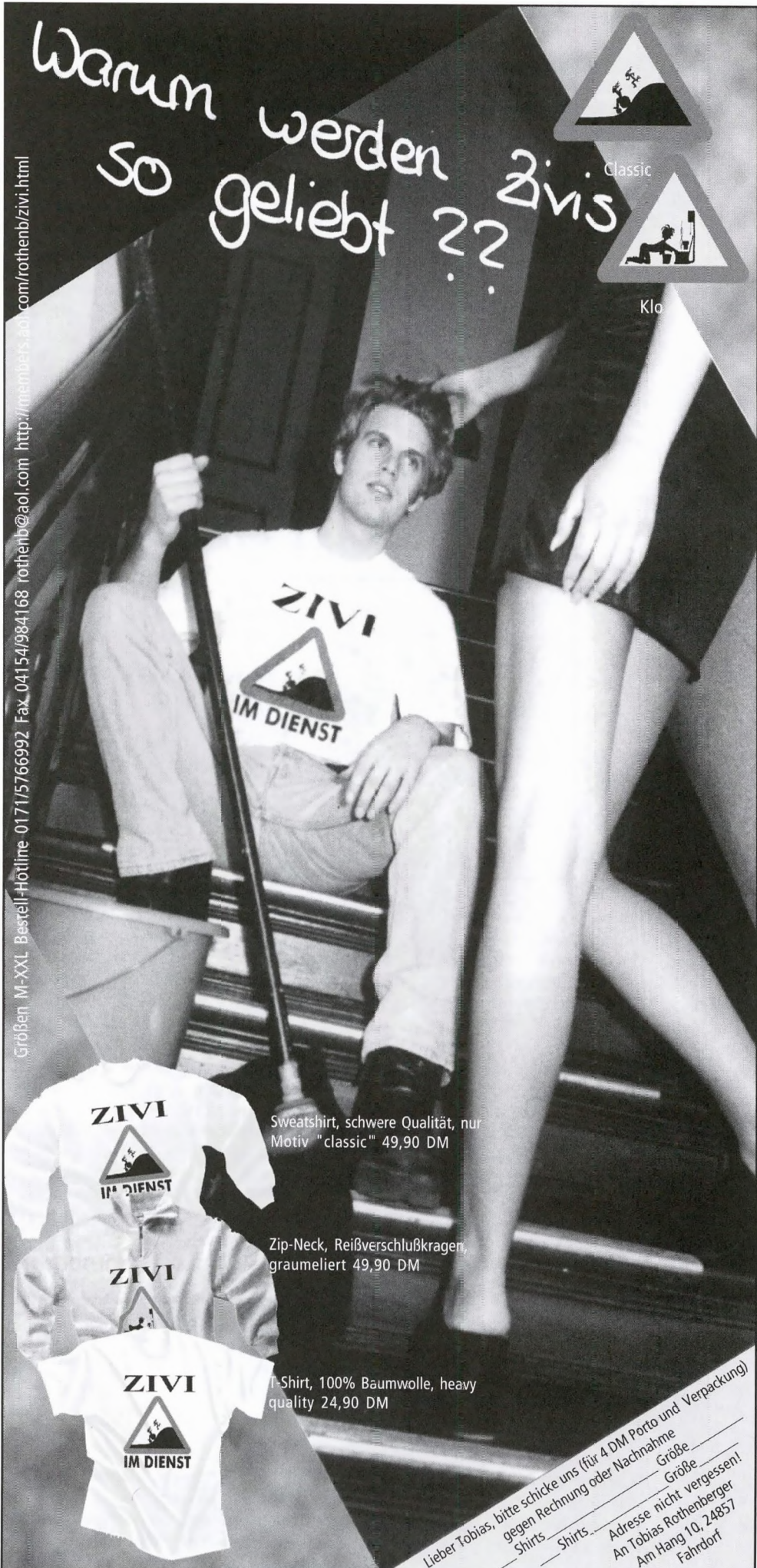
Warum werden Zivis so geliebt ??




Classic



Klo





Sweatshirt, schwere Qualität, nur Motiv "classic" 49,90 DM

Zip-Neck, Reißverschlusßkrager, graumeliert 49,90 DM

T-Shirt, 100% Baumwolle, heavy quality 24,90 DM

Lieber Tobias, bitte schicke uns (für 4 DM Porto und Verpackung) gegen Rechnung oder Nachnahme

Shirts _____ Größe _____

Shirts _____ Größe _____

Adresse nicht vergessen!
An Tobias Rothenberger
Am Hang 10, 24857
Fahrdorf

Von Onno Dannenberg und Peter Tobiassen

Wer im Leitfaden für die Durchführung des Zivildienstes nach Arbeitszeitvorschriften sucht, wird in die Irre geführt. 6 Seiten erläutern im Abschnitt D 3 alles zur Arbeitszeit, aber nichts davon trifft für den durchschnittlichen Zivildienstleistenden zu.

Wichtig ist nur ein Satz: **Die Arbeitszeit der Zivildienstleistenden richtet sich nach den Arbeitszeitvorschriften, die für hauptamtlich Beschäftigte in der Einrichtung gelten oder gelten würden.** Ende der relevanten Durchsage.

werden müssen. Hier kommt es auf Arbeitszeitbestimmungen in den Arbeitsverträgen mit den jeweiligen Hauptamtlichen an.

Für die Einrichtungen der **Arbeiterwohlfahrt** sind die Arbeitszeitregelungen in einem Bundes-Manteltarifvertrag aus dem Jahre 1977 festgelegt.

Der **Arbeiter-Samariter-Bund** hat auf Bundesebene Arbeitsvertragsrichtlinien erlassen, deren Arbeitszeitregelungen von den örtlichen Organisationen in die jeweiligen Arbeitsverträge übernommen werden.

Bei allen Zivildiensteinrichtungen, die nicht zum öffentlichen Dienst und keinem der genannten Verbände angehören, gilt jeweils das, was in den Arbeitsverträgen der Hauptamtlichen festgelegt ist.

Da sich fast alle Regelungen an den Vereinbarungen des öffentlichen Dienstes orientieren, die im Bundesange-

im Rahmen des Durchschnittszeitraums von längstens 26 Wochen einen Dienstplan auf, der eine durchschnittliche Arbeitszeit von weniger als 38,5 bzw. 40 Stunden vorsieht, kann er eine spätere Nachleistung der nicht eingeforderten Arbeitszeit nicht verlangen. Überstunden sind durch Freizeit (für Zivildienstleistende im Verhältnis 1 zu 1) auszugleichen.

Bereitschaft

Im **Bereitschaftsdienst** überwiegt erfahrungsgemäß die Zeit ohne Arbeit. Trotzdem hat sich der Zivildienstleistende an einem vom Dienstherrn angegebenen Ort aufzuhalten. Je nach anfallender Arbeit und Häufigkeit der Bereitschaftsdienste wird die Arbeitszeit mit 40 % bis 100 % der Arbeitszeit gewertet.

Rufbereitschaft liegt vor, wenn der Zivildienstleistende bestimmen kann, wo er sich aufhält, um auf Abruf die Arbeit aufnehmen zu können. Die Zeit ohne tatsächlich anfallende Arbeit wird mit 12,5 % der Arbeitszeit gewertet, die Zeiten, an denen zum Arbeitsort gefahren und die Arbeit verrichtet wird, werden als volle Arbeitszeit gerechnet. Rufbereitschaft darf nur angeordnet werden, wenn erfahrungsgemäß keine Arbeit anfällt.

Arbeiten bis zum Umfallen?



stellentarif (BAT) festgelegt sind, erläutern wir hier die wichtigsten Regelungen.

»Minusstunden« gibt es nicht

Die **Wochenarbeitszeit** beträgt in den alten Bundesländern 38,5 Stunden, in den neuen Bundesländern 40 Stunden.

Die **Arbeitszeitverteilung** muß nicht gleichmäßig sein, sie kann von Woche zu Woche differieren. Seit März 1998 gilt, daß innerhalb eines halben Jahres die Arbeitszeit so ausgeglichen sein muß, daß im Durchschnitt die Wochenarbeitszeit erreicht wird.

Das Arbeitszeitgesetz schreibt vor, daß die **regelmäßige werktägliche Arbeitszeit** acht Stunden nicht überschreiten darf, bei wechselnden Wochenarbeitszeiten dürfen 10 Stunden pro Tag nicht überschritten werden.

Ruhepausen müssen im voraus feststehen (Dienstplan) und spätestens nach sechs Stunden Arbeitszeit mindestens 30 Minuten betragen. Pausen können auch auf 15 Minuten Abschnitte verteilt werden.

Nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit muß eine ununterbrochene **Ruhezeit** von mindestens elf Stunden eingehalten werden. In Krankenhäusern und ähnlichen Einrichtungen können zehnstündige Ruhepausen durch mindestens zwölfstündige innerhalb eines Monats ausgeglichen werden.

Überstunden fallen dann an, wenn auf Anordnung die dienstplanmäßige Arbeitszeit überschritten werden muß. Das Anordnen von »Minusstunden« ist nicht zulässig. Stellt ein Arbeitgeber

»Beilung – Sie sind nicht zum Rumtrödeln hier!«
Zeichnung: M. Scharpf

Wo kann man nun erfahren, was gilt? Informationen zu den geltenden Arbeitszeitvereinbarungen gibt es – und in dieser Reihenfolge sollte man sich erkundigen – beim Betriebs-/Personalrat oder bei der Mitarbeitervertretung, bei der Verwaltungsstelle Zivildienst des jeweiligen Wohlfahrtsverbandes oder bei der örtlichen Gewerkschaft, zum Beispiel bei der ÖTV. Bei der Gewerkschaft erhält man eigentlich nur Informationen, wenn man dort Mitglied ist. Aber das kann man ja auch als Zivi werden.

In **Kirche (evangelisch), Diakonie** und bei der **Johanniter-Unfall-Hilfe** gelten Arbeitsvertragsrichtlinien (AVR), die die Arbeitszeitregelungen für alle angeschlossenen Einrichtungen festlegen. Parallel gilt das auch für die katholische Kirche und Caritas.

Für die Einrichtungen des **Deutschen Roten Kreuzes** sind die Arbeitszeitbestimmungen in einem Tarifvertrag aus dem Jahre 1984 festgelegt.

Der **Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband** hat Arbeitsvertragsrichtlinien beschlossen, die von den Mitgliedsorganisationen angewendet werden sollen, aber nicht angewendet

Tips

1. Wichtig ist ein Dienstplan, der im voraus festschreibt, wann Dienstbeginn, Pausen und Dienstende sind. Festgelegt sein muß auch, welche Zeiten als Bereitschaftsdienste und Rufbereitschaften angesetzt sind.
2. Genauso wichtig ist es, vom Dienstplan abweichende Arbeitszeiten, insbesondere die Überstunden, schriftlich festzuhalten.
3. Vertragliche Arbeitszeitregelungen kann man bei den Hauptamtlichen erfragen und sich in Kopie geben lassen, unter Umständen nur den Arbeitszeitabschnitt aus dem Arbeitsvertrag kopieren.
4. Arbeitszeitverteilungen sind mitbestimmungspflichtige Maßnahmen. Für die Arbeitszeitverteilung bei den Zivildienstleistenden ist der Betriebsrat ebenso zuständig wie bei der Verteilung für die Hauptamtlichen.
5. Wenn man in der Dienststelle nicht weiterkommt, können die Zivildienstseelsorger (Anschriften auf Seite 38 in diesem Heft) entweder direkt helfen oder sachkundigen Rat vermitteln.
6. Wer mehr über die Arbeitszeitvorschriften wissen will, kann das nachlesen im Internet unter: <http://www.dfg-vk.de/zentralstelle-kdv> oder bei der Zentralstelle KDV, Dammweg 20, 28211 Bremen, Tel.: 0421/340025 eine ausführlichere Information anfordern.



amerik. Komponist 1971	öffentl. rechtl. Sender	chem. Zn. f. Uran	Tinten-fisch (ital.)	engl.: Katze	Bez. in d. Nazizeit f. behindert	ind. Fluß	Gefahr f. Autofahrer	Sportverein (Abk.)	dt. Wissenschaftl. u. Pazifist ↑			
alternat. Markt					11							
Blutdruck (Abk.)		Großvater			chem. Zn. f. Stickstoff	jüd. Name						
Annahme als Kind						7	Teil d. Körpers	Newton (Abk.)				
Windrichtg. (Abk.)	mathe-math. Zahl			ausgestorb. Rind		engl.: an, in, um		Zeit-einheit (Abk.)				
Sohn Jakobs	13				Sumpf				12			
Augenblick		<div style="text-align: center;"> <p>2/98 © G</p> <p>Gesucht: Alternatives Wirtschafts-Motto</p> </div>						Problem Nr. 1 in Europa				
Wintersportgerät	16					Ureinwohner Amerikas			Hafenufer	Teil d. Visiers		
											6	
modisch										Windstöße		Südafrik. Provinz
Betäubungsmittel	Zwangsarbeit					engl.: Biene						
				Land-schaft westl. d. Elbe	engl.: Furcht Angst	genaue Reproduktion	bibl. Prophet					
Firma (Abk.)		Genussmittel						Länder Kz. f. Trinidad				
Gesang	14	röm. Zahlen Zn. f. 500	Titelheld Shakespeares				Ordens-stifter	Hitlers Sturm-abteilg.				
		10	Stadt in Thailand				Tierkleid					
chem. Zn. f. Chrom		bibl. Idee z. Schuldenregulierung	engl. Anrede (Abk.)		5	span.: Fluß			1 feierl. Gedicht			
Vogel	erste Frau			irische. Befr.-organ. (Abk.)				Windrichtg.	15			
			Radius (Abk.)	Arbeit ohne Entgelt		Missgunst		3				
arab. Grußwort	rumän. Währg. (MZ)		Berg in Uganda			Zahl (Abk.)	chem. Zn. f. Germanium (Abk.)					
8				Maßeinheit		Nahrungs-pflanze i. S. Amerika	chem. Zn. f. Kalium		Entstehung, Entwicklung			
Wurfscheibe			Strecke z. Anhalten e. Fahrzeugs						9			
					4	Kapital-anteil						
Farbe	Großmutter	Zustimmung engl.: traurig		Wort d. Erstau-nens				machen				
			feines u. dichtes Gewebe					KFZ-Kz. v. Reut-lingen				
Dinner		2		Gewichts-einheit (Abk.)		chem. Zn. f. Sauerstoff	männl. Vorname					
nett, hübsch						Ecke						

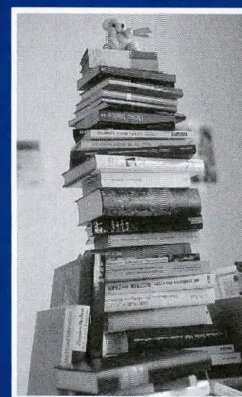
Das Lösungswort des zivil-Preisrätsels 1/98 lautete: »KARL VALENTIN«.

Die Gewinner der ersten drei Preise sind: Stefan Kreis aus Kempten, Christian Pletz aus Wuppertal und Tobias Kling aus Königsbrunn. Alle GewinnerInnen werden von uns schriftlich benachrichtigt. Herzlichen Glückwunsch!

Wir danken auch allen anderen, die mitgemacht, aber nicht gewonnen haben – macht wieder mit, vielleicht klappt es ja diesmal, es lohnt sich!

Also: das Lösungswort in den Abschnitt eintragen, diesen auf eine Postkarte kleben, den Absender leserlich drauf (der wird öfter mal vergessen!) und abschicken an:

Redaktion *zivil*
Werner Schulz
Rosenbergstraße 45
70176 Stuttgart



Einsendeschluß ist der 10.07.98 (Poststempel). Unter den richtigen Einsendungen werden (unter Ausschluß des Rechtsweges) folgende Preise verlost:

1. Preis: Bücher nach Wahl im Wert von DM 100,-
2. Preis: Bücher nach Wahl im Wert von DM 50,-
3. Preis: Bücher nach Wahl im Wert von DM 30,-
- 4.-10. Preis: je ein zivil-Freiabo für ein Jahr

Das Lösungswort lautet:

1	2	3	4	5	6	7	8
9	10	11	12	13	14	15	16

Betr. *zivil*:

Anregungen, Kritik, Lob ... _____

IMPRESSUM

zivil ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge. Alle evangelischen ZDL erhalten von ihrer Kirche für die Dauer des Dienstes ein Freiabo.

zivil ist Mitglied im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik e.V.

Herausgeber: Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK)

Verleger: Trägerverein EAK e.V., Carl-Schurz-Straße 17, 28209 Bremen

Redaktion: Pfarrer Friedhelm Schneider, Speyer (leitender Redakteur); Werner Schulz (verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Günter Knebel, Bremen; Holger Gifhorn, Hannover; Dr. Hans-Richard Reuter, Heidelberg; Helmut Schlüter, Köln; Harald Wagner, Stuttgart; Siegfried Laugsch, Nürnberg

Redaktionsanschrift: Redaktion *zivil*, Werner Schulz, Rosenbergstr. 45, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11/6 36 82 14, Fax 07 11/6 36 90 09

Vertrieb: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik, CEP Vertrieb *zivil*, Postf. 500550, 60394 Frankfurt.

Anzeigen: Burkhard Rodmann (V.i.S.d.P.), Rodmann & Partner, Kommunikation und Media-Service, HDV, Mittelweg 111, 20149 Hamburg, Tel. 040/4 14 19-181, Fax 040/4 14 19-185
Es gilt die Anzeigenliste Nr. 1 vom 30.09.96

Das Jahresabonnement (zur Zeit 4 Hefte) kostet DM 16,-

einschl. Versand. Abonnement-Bestellungen bitte nur mit dem Bestellschnitt im Heft. Bei Umzug bitte Nachricht an den Vertrieb mit alter und neuer Adresse.

Die Mitarbeit interessierter Leser (insbesondere von KDern und ZDL) und LeserInnen durch Artikel, Leserbriefe, Fotos, Karikaturen u. ä. ist erwünscht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der Redaktion. Besprechung unverlangt zugesandt

Bücher und Schallplatten kann nicht garantiert werden.

Gestaltung, Satz und Druck: Windhueter, Heinkelstraße 27, 73614 Schorndorf.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion (wird gern erteilt). Von einzelnen Beiträgen oder Ausschnitten von ihnen dürfen Kopien für den persönlichen oder sonstigen Gebrauch hergestellt werden.

Auflage: 60 000
ISSN 14 30-59 68

Von ZDL Daniel Grimm

Das Plakat der Lebenshilfe, mit dem Slogan »Es ist normal verschieden zu sein«, hängt für alle gut sichtbar an meinem Arbeitsplatz. Seit August 1997 bin ich Zivi in einer integrativen Kindertagesstätte der „Lebenshilfefür geistig Behinderte e.V.“.

Lasagne mit Hackfleisch; Donnerstag: Wildragout; Freitag: Linseneintopf mit Fleischeinlage.

Wenn man bedenkt, daß es auch am Wochenende im Rahmen der Familienessen Fleischgerichte gibt, stellt sich für mich die Frage, welche Auswirkungen dieser hohe Fleischkonsum auf die Kinder hat. Sieben Tage die Woche Fleisch? Neueste ernährungsphysiologische Ergebnisse sprechen von einem optimalen Fleischkonsum von 100 Gramm, sonst drohen Aggressivität, Überfettung, Krankheitsanfälligkeit usw. Hundert Gramm Fleisch, nicht

einen großen, negativen Einfluß auf die Umwelt. In Costa Rica zum Beispiel ist außer in den Nationalparks sämtlicher Urwald abgeholzt worden, was dreiviertel des ursprünglichen Dschungelgebietes entspricht. Fleisch essen heißt für mich: Vernichtung der Lunge der Erde, Arzneimittel, die dem Futter beigemischt werden und gegen die mensch resistenter wird (wie etwa Antibiotika), Förderung des Welthungers (bekannterweise werden für die Herstellung von einem Kilogramm Fleisch sieben Kilogramm Pflanzen verbraucht!), Massentierhaltung mit der

Über die Schwierigkeiten eines Zivis, der sich vegetarisch ernähren möchte »Es ist normal, verschieden zu sein!«



Montag
Kaiserbraten



Dienstag
Zwiebelrostbraten



Mittwoch
Lasagne mit Hackfleisch



Donnerstag
Wildragout



Freitag
*Lauchsuppe mit
Fleischeinlage*

Das Ziel der Einrichtung und auch das Ziel meiner Arbeit lautet, die Kinder bestmöglich in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Dabei werden, unabhängig des Behinderungsgrades der Kinder, sowohl die Gesamtpersönlichkeit als auch bestimmte Lebensfertigkeiten betrachtet, um die Förderangebote optimal auf das jeweilige Kind abzustimmen.

Ein Aspekt findet dabei in der Lebenshilfe anscheinend keinerlei Berücksichtigung: die Ernährung. Zur Verdeutlichung hier eine Auflistung der Mittagessen von zwei Wochen (Es gibt jeden Tag Salat, eine Beilage und/oder Fleischsauce, ein Dessert und ein Hauptgericht. Ich zähle der Kürze halber nur die Hauptspeisen vom 9. bis 20. März 1998 auf.):

Montag: Kaiserbraten in pikanter Chilisauce; Dienstag: Zwiebel-Rostbraten, dazu Bratkartoffel mit Speck; Mittwoch: Paniertes Fischfilet; Donnerstag: Hühnerfrikassee; Freitag: Lauchsuppe mit Hackfleisch; Montag: Chinapfanne (mit Fleisch); Dienstag: Gekochte Rippchen; Mittwoch: Hausgemachte

wie im Kindergarten pro Tag, sondern pro Woche!

Es gibt die besten Förder- und Therapieangebote, aber den Kindern wird tagtäglich das fette Fleisch „reingeschoben“. Meine Enttäuschung ist wohl kaum zu überhören. Das liegt daran, daß ich schon lange ernährungsbewußt esse und mich seit vier Jahren vegetarisch ernähre.

1994 befand ich mich gerade in einem Austauschjahr in Costa Rica. Auch dort hatte sich der Irrglaube gehalten, Fleischkonsum sei so etwas wie ein Statussymbol. So war eine Fleischwoche eher die Regel. Nach einem halben Jahr fühlte ich mich schlapp und fertig. Der Film „City Slickers“ gab den Ausschlag, Vegetarier zu werden. (Warum gerade dieser Film, ist mir heute nicht mehr ganz klar.)

Wenn ich heutzutage nach den Gründen für meinen Fleischverzicht gefragt werde, beschränken sich meine Antworten nicht mehr nur auf den gesundheitlichen Aspekt. Fleischproduktion, besonders die der Billigprodukte, die aus Übersee importiert werden, hat

großen Gülle- und CO₂-Produktion sowie Tierquälerei, um nur einige Stichworte zu nennen. Sobald ich Fleisch sehe oder nur rieche, habe ich die Konsequenzen für uns alle bildlich vor den Augen. In einer Blutwurst kann ich das Leiden des kleingeschredderten Schweins noch gut erkennen. Bereits im Begründungsschreiben meiner Kriegsdienstverweigerung spielte diese Tötungsmoral eine Rolle. Tiere sind anscheinend leichter zu töten als Menschen. Wie sollte ich aber das Töten von Menschen erlernen, wenn ich noch nicht einmal Aas aufessen kann?

Ok, den anderen ihr Fleisch, mir aber bitte keines.

Hier beginnen die Probleme mit meinem mehr oder weniger freiwilligen Dienst. Obwohl gegen meine persönliche Überzeugung und immer die negativen Konsequenzen für die Kinder vor den Augen, komme ich doch jeden Tag mit Fleisch in Berührung, sei es beim Anrichten, Füttern oder Küche säubern und Essensreste entfernen. Zum Glück

wird versucht, Rücksicht auf meine Einstellung zu nehmen, was aber durch den Kindergartenstress oft nicht durchführbar ist. Ich kriege schon „einen Hals“, wenn ich nur an Mittag denke.

Zusätzlich ärgert mich der finanzielle Aspekt. Ob ich es will oder nicht, mir wird für jedes Mittagessen im Kindergarten 4,70 DM abgezogen, was im Monat über 100 DM ausmacht. Von der so reichlichen Mahlzeit bleibt oft nur der Salat, da nicht selten sogar die Beilagen eine Fleischeinlage haben. Ich muß bei dem mir servierten Essen entweder fasten oder selbst Speisen mitbringen, wofür es keine Kohle gibt.

Ich frag mich nur, seit wann in der BRD für regelmäßig nichtgebrachte Leistungen bezahlt werden muß!?!

Auf diese Frage antwortete mir die uns versorgende Küche der Lebenshilfe, daß eine Großküche, die 400(!) Personen zu beliefern hat, nunmal keine Extrawürste braten könne. (Welche ich ja gar nicht will!) Zumindest bei der Beilage, meinte ich, muß es doch möglich sein, ohne Fleischeinlage zu liefern! Aber auch dieses, so hieß es, sei aus Gründen des Zeitdrucks und des Mangels an kleinen Töpfen nicht zu realisieren (!!!). Immerhin bekam ich in den letzten acht Monaten bereits zweimal vegetarische Kost – direkt nach den Telefonaten, die ich mit der Küche geführt hatte ...

„Da kann ja jeder kommen, dem das Essen nicht schmeckt“

Dieselben Argumente bekam ich bei Anfragen in der Dienststelle zu hören. Anstatt des Versuches, mir entgegenzukommen, bekam ich zu hören, wie ich denn beweisen könne, daß ich Vegetarier sei. Ich wäre nun schon der dritte innerhalb einer Woche, der behauptet, Vegetarier zu sein. Da könne ja jeder kommen, dem das Essen nicht schmeckt. Eine Auszahlung des Essensgeldes ist natürlich nicht möglich. Die Lebenshilfe stellt zwar das gesetzlich vorgeschriebene Mittagessen, wie dieses aussieht liegt aber in ihrem Ermessen. Ich hätte mich vorher erkundigen und mir eine andere Einrichtung aussuchen müssen, sagte man mir. (Nur, welcher Zivi weiß so etwas vor Dienstantritt?)

Für mich ist das Ganze ein krasser Widerspruch zu den oben angesprochenen Integrationsversuchen.

Auf der einen Seite wird versucht, verschiedene Menschen als normal und natürlich zu betrachten, auf der anderen Seite gilt tatsächlich schon ein vegetarischer Mensch als nicht normal. Auf der einen Seite wird gefordert, daß behinderte Menschen die gleichen Einstellungschancen wie nichtbehinderte bekommen, auf der anderen Seite soll

eine vegetarische Lebenseinstellung ein Grund sein, sich einen anderen Job zu suchen.


Ich finde dieses Verhalten unfair. Ich bekomme als Zivi ohnehin schon ein Hungergehalt, jetzt wird mir nicht einmal die Möglichkeit gegeben, das Essen ausbezahlt zu bekommen. Während werde ich, wenn ich höre, daß die anderen Kindergartenmitarbeiterinnen gar nichts bezahlen müssen oder Essensmärkchen kaufen, wobei ein Märkchen schlappe 2,50 DM kostet!

Aber es scheint Land in Sicht. Nach dem Wechsel der Verwaltungskraft wurde mir ein Hoffnungsschimmer gegeben. Man müsse da mal beim Paritätischen Wohlfahrtsverband anfragen (übergeordneter Mutterverband). Nur, diese Anfrage liegt nun auch schon etwas weiter zurück...

Ich will nicht glauben, daß ich als Zivi so wenig Rechte habe. Immerhin habe ich schon jetzt 800 DM für „Nichts zu Essen“ ausgegeben und möchte den Betrag nicht auf 1300 DM steigern.

Muß ich mir die Behandlung und Argumentationsweise der Dienststelle so gefallen lassen? Wäre ich gezwungen, mir eine andere Dienststelle zu suchen, nur um vegetarische Kost zu bekommen? Das käme moderner Diskriminierung made by Lebenshilfe gleich, denn ansonsten gefällt mir mein Dienst einwandfrei. Gibt es demnächst ein Zertifikat „Ich bin geprüfter Vegetarier-Zivi“?

Anmerkung der Redaktion:

Die Rechtslage haben wir im Kasten auf dieser Seite zusammengestellt. Wir sind aber darüberhinaus interessiert zu erfahren, wie andere ZIDL zum Thema Fleischkonsum stehen und wie andere Vegetarier im Zivildienst „überleben“. Schreibt uns! (Adresse siehe Seite 9) 

Aufkleber gegen Fleischkonsum



Die leichte Kost des Leitfadens liegt manchem schwer im Magen

Zumindest ist der Abschnitt F 6 „Verpflegung“ im Leitfaden für die Durchführung des Zivildienstes einfach zu verstehen, leichte Kost also.

■ Grundregel 1:

Wenn die Dienststelle Gemeinschaftsverpflegung zur Verfügung stellen kann, muß sie es auch tun.

■ Grundregel 2:

Nur wenn die Dienststelle keine Möglichkeit hat, Verpflegung in natura zu stellen, darf – und muß natürlich – das Essensgeld ausgezahlt werden.

■ Grundregel 3:

Im Urlaub und – auf Antrag – an arbeitsfreien Tagen wird das Essensgeld in voller Höhe (11,70 DM pro Tag) ausgezahlt, selbst wenn Gemeinschaftsverpflegung angeordnet ist.

■ Detail 1:

Wer in einer Dienstunterkunft wohnt und nur für einzelne Mahlzeiten von der Gemeinschaftsverpflegung befreit ist, bekommt den einfachen Satz für die Mahlzeiten ausgezahlt: Frühstück 1,60 DM, Mittag 2,35 DM, Abendessen 1,90 DM.

Empfehlung: Schickt einmal eine Reporterin der örtlichen Zeitung mit diesem Betrag auf Tour, damit sie sich einmal so richtig satt essen und darüber berichten kann.

■ Detail 2:

Wer Geschirr und Herd nicht von der Dienststelle gestellt bekommt, hat Anspruch auf den doppelten Satz: Frühstück 3,20 DM, Mittag 4,70 DM, Abendessen 3,80 DM, für den ganzen Tag also 11,70 DM.

Reporterin aufpassen: Kalorienschock und Fettleibigkeit droht.

■ Detail 3:

Die Teilnahme an der Gemeinschaftsverpflegung muß zumutbar sein. Wer weiter als 2 km von der Dienststelle entfernt wohnt, hat Anspruch auf Auszahlung des Essensgeldes für die Mahlzeiten, deren reguläre Ausgabe nicht während der Arbeitszeit oder innerhalb von 30 Minuten vor Arbeitsbeginn bzw. nach Arbeitsende erfolgt.

■ Starker Tobak 1:

Diejenigen, denen der Arzt Diätverpflegung vorgeschrieben hat, haben Anspruch auf eine solche Verpflegung. Kann die Dienststelle eine solche Verpflegung nicht zu Verfügung stellen, wird der Zivi zu einer Stelle versetzt, die Diätkost anbieten kann. Eine Auszahlung des Essensgeldes aus diesem Grunde ist strikt verboten.

■ Starker Tobak 2:

Wer gerne vegetarisch leben will, kann beim Bundesamt für den Zivildienst eine Liste mit vegetarischen Dienststellen anfordern und sich zu einer solchen versetzen lassen. Eine Auszahlung des Essensgeldes aus diesem Grunde ist ebenfalls strikt verboten. Das kann schon schwer im Magen liegen.

■ Detail 4:

Alles ist in einer übersichtlichen Tabelle zusammengestellt, die auch von DienststellenleiterInnen begriffen werden kann, die sonst immer nur die Vorschriften mit dem Wort „Pflichten“ finden und verstehen können: Leitfaden für die Durchführung des Zivildienstes, Abschnitt F 6, Seite 6 (Stand: 10.10.1997)

Peter Tobiasen

Wössner zur Sache:

Bevor Sie mir hier irgendeine Suppe
hinstellen, bringen Sie mir doch bitte erstmal
die Speisekarte.



Da hatte sie vielleicht doch noch nicht so ganz den
richtigen Ton gefunden - am ersten Tag im Seniorenheim...

Fragebogen:

Dieser Fragebogen umreißt das Spektrum unseres Themas »Geld oder Leben?«. Wer mag, kann ihn gerne ausfüllen und uns zur Veröffentlichung in der nächsten Ausgabe seine Antworten zuschicken.

1. Wieviel Geld möchten Sie einmal verdienen?
2. Wann gilt jemand für Sie als a) arm, b) sehr arm, d) reich, e) sehr reich?
3. Von wem erhoffen Sie sich mehr: a) von den Armen, b) von den Reichen?
4. Warum?
5. Erklären Sie, wie es zur Vermehrung Ihres festangelegten Geldes auf der Bank kommt.
6. Ein Zivi in Deutschland (Soldstufe 2) verdient im Monat etwa 450 DM, das sind rund 250 Dollar. Das Prokopffjahreseinkommen in Kambodscha beträgt etwa 180 Dollar, in Mozambik 80 Dollar (in Deutschland 28 870 Dollar). Wie erklären Sie sich die Unterschiede?
7. Was würden Sie für Geld nicht tun?
8. Gesetzt den Fall, Sie hätten eine größere Geldsumme, die Sie auf die Bank bringen möchten: Interessiert es Sie, was die Bank mit Ihrem Geld macht?
9. Beschäftigt es Sie, daß Sie über Ihre Steuern (z. B. auch Benzin- oder Mehrwertsteuer) Militär und Rüstung mitfinanzieren?
10. »Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.«
Woher stammen diese Sätze?
11. Gesetzt den Fall, Sie nähmen an einem mehrwöchigen Modellprojekt zur Erforschung der wirtschaftlichen Effizienz von Tauschringen teil: Was hätten Sie an Tauschbarem zu bieten?

Fragebogen frei nach Max Frisch, Tagebuch 1966–71, Suhrkamp TB

Zeichnung: Tomaschoff



Ein Jubeljahr für die Armen

Die Kampagne »Erlaßjahr 2000« kämpft für einen Schuldenerlaß zugunsten der armen Staaten



Einen weitreichenden Schuldenerlaß zur Jahrtausendwende für die armen Länder der Welt fordert die Kampagne »Erlaßjahr 2000 – Entwicklung braucht Entschuldung«. Die Idee des »Erlaßjahres« findet sich schon in der Bibel: Alle 50 Jahre, in einem »Erlaß-« oder »Jubeljahr«, so heißt es im Alten Testament, sollen die Schulden der Ärmsten erlassen werden. Viele Länder der Dritten Welt sind nach menschlichem Ermessen nicht in der Lage, ihre Schulden zurückzuzahlen – eine Streichung der Schulden wäre endlich eine Chance für einen Neuanfang.

Von Friedel Hütz-Adams

Die Lebenssituation der Menschen in vielen der hoch verschuldeten Staaten hat sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Umfassende Lösungsansätze, wie etwa die Vorschläge des britischen Schatzkanzlers Brown Ende September 1997, liegen zwar auf dem Tisch, sind jedoch unter den Gläubigern nicht mehrheitsfähig. Brown fordert – ähnlich wie die Erlaßjahrkampagne – einen umgehenden Schuldenerlaß für die armen Staaten, doch eine Reihe anderer Industrienationen wehrt sich gegen diese Maßnahmen. Vor allem die deutsche Regierung erweist sich als Hardliner und verhindert immer wieder die Streichung von bilateralen und multilateralen Schulden. Dies ist umso bemerkenswerter, als gerade die Bundesrepublik 1953 von einem weitgehenden Schuldenerlaß durch seine Gläubigerstaaten profitierte.

Zum Beispiel Sambia

Die Zeit drängt. Dies zeigt die Situation in den Schuldnerländern. Eines der Länder, in denen die Bevölkerung massiv unter den Folgen der Schuldenkrise leidet, ist beispielsweise Sambia. Das Land hatte Ende 1995 langfristige Auslandsschulden in Höhe von 5,091 Mrd. US-Dollar. Dabei unterwarf sich Sambia bereits Anfang der achtziger Jahre den vom Internatio-

nen Währungsfonds (IWF) verordneten Strukturanpassungsprogrammen. Der sambische Bischof De Jong beschrieb bei einem Vortrag anlässlich der Gründungsveranstaltung der deutschen Erlaßjahrkampagne begrenzte Erfolge dieser Programme. So sei die Inflation von 200% im Jahr 1991 auf rund 23% für 1997 gesunken. Erreicht worden sei auch ein ausgeglichener Staatshaushalt, eine schärfere Kontrolle der Geldmenge sowie die Freigabe der Wechselkurse.

»Die gesamtwirtschaftlichen Verbesserungen wurden jedoch um einen hohen menschlichen Preis erkauft. Von 1990 bis 1993 gab die sambische Regierung 37 Mio. US-Dollar für Grundschulbildung aus – gleichzeitig zahlte sie 1,3 Milliarden Dollar an Schuldendienst. Zwischen 1985 und 1995 sank die Lebenserwartung bei

Geburt von 52 Jahren auf 48 Jahre. Im gleichen Zeitraum stieg die Sterblichkeitsrate von Kindern unter 5 Jahren von 13,5% auf 20,3% und die chronische Unterernährung bei unter 5jährigen von 40% auf 53%. Nach Angaben der Weltbank leben bis zu 80% der Sambier in absoluter Armut.« Und dennoch stieg der Schuldenstand weiter an: Bei allen Anstrengungen reichten die Rückzahlungen nicht einmal zur Bedienung der fälligen Tilgungsraten und Zinsen.

Die deutsche Regierung ist für Sambia in zweifacher Hinsicht ein bedeutender Gläubiger: Zum einen war die Bundesrepublik am 31.12.1993 mit öffentlichen Forderungen in Höhe von 1,189 Mrd. DM der größte Gläubiger des Landes (21 Prozent der Schulden). Zum zweiten ist Deutschland bei den wichtigsten multilateralen Gläubigern, der Weltbank und dem IWF, eines der maßgeblichen Mitgliedsländer. Würde sich die Bundesrepublik für deutliche Schuldenreduzierungen einsetzen und mit den eigenen Außenständen den Anfang machen, könnte dies den Menschen in Sambia entscheidend weiterhelfen.

UNDP: 21 Millionen Kinder könnten gerettet werden

Was das Zögern der Bundesregierung und der anderen Industrienationen in der Frage eines Schuldenerlasses für die Betroffenen bedeutet, läßt sich im »Bericht über die menschliche Entwicklung« 1997 des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) nachlesen: »Die hoch verschuldeten armen Länder brauchen die Schuldenerleichterung sofort und nicht irgendwann in der Zukunft. Eine spürbare Erleichterung für die 20 am stärksten verschuldeten Länder würde zwischen 5,5 und 7,7 Milliarden Dollar kosten; dies ist weniger als der Preis eines einzigen Stealth-Bombers oder ungefähr genausoviel wie der Bau des Vergnügungsparks Eurodisney in Frankreich gekostet hat. Diese geringen finanziellen Kosten stehen in scharfem Gegensatz zu den erschreckend hohen menschlichen Kosten weiterer Untätigkeit. Wenn die hochverschuldeten Länder von ihren jährlichen Schuldentrückzahlungen befreit würden, könnten sie diese Mittel für Investitionen einsetzen, die allein in Afrika bis zum Jahr 2000 das Leben von rund 21 Millionen Kindern retten und 90 Millionen Mädchen und Frauen den Zugang zu elementarer Bildung sichern könnten.«

Britische Regierung geht in die richtige Richtung

Vor diesem Hintergrund ist es umso bedeutender, daß der britische Schatzkanzler Brown, also einer der Finanzminister der wichtigsten Gläubigerstaaten, einen massiven Schuldenerlaß fordert. Er regt in einem »Debt 2000« genannten Aktionsprogramm beispielsweise an, daß bis zur Jahrtausendwende für mindestens 75 Prozent der armen Staaten das Verfahren zum vollständigen oder weitgehenden Erlaß der Schulden dieser Länder beim Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und anderen öffentlichen Gläubigern in Gang gesetzt worden sein soll.

Ein gutes Beispiel: die Entschuldung Westdeutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg

Insbesondere müßte die Regierung der Bundesrepublik Deutschland sehr sensibel auf die Forderungen nach einem Erlaß untragbarer Schulden reagieren. Auch das kriegszerstörte Westdeutschland konnte in den Nachkriegsjahren seine Schulden nicht bedienen. Daher wurden 1953 in einer umfassenden Lösung alle Vorkriegs- und Nachkriegsschulden bei Staaten, Privatbanken sowie aus Anleihen bei Privatanlegern in einem Vertrag geregelt.

Ziel des Vertrages sei, so ein Absatz des Schlußtextes, einen »Beitrag zur Entwicklung einer blühenden Völkergemeinschaft« zu leisten.

Letztendlich wurden die Zinsen und Zinseszinsen – nach Schätzungen rund 14,6 Mrd. DM – auf nicht mehr bediente Vorkriegsschulden bereits vorab weitgehend erlassen. Auch von der verhandelten Summe der verbliebenen Vorkriegs- und Nachkriegsschulden in Höhe von 29,7 Mrd. DM wurden rund 50 Prozent erlassen. Die verbleibende Restschuld in Höhe von 14,45 Mrd. DM wurde zinsfrei bzw. zu niedrigen Zinsen (2,5 bzw. 4–5,5 %) umgeschuldet.

Die verbliebenen Schulden erwiesen sich als gut tragbar und ermöglichten eine solide Finanzplanung. Die BRD wurde wieder zu einem berechenbaren Kreditnehmer auf den internationalen Finanzmärkten und erhielt frisches Geld. Diese Behandlung Deutschlands steht im

starken Gegensatz zur Haltung der Bundesregierung zu den heute verschuldeten Ländern. Dort folgt Bonn der zweifelhaften Logik der internationalen Finanzinstitute, die eine Schuldendienstquote von jährlich 20–25 % der Exporterlöse für tragfähig und entwicklungsverträglich halten. Die vorgesehenen Zahlungen für die BRD lagen dagegen bereits 1952 mit 3,35 % weit unter dieser Quote.

Dauerhafter Lösungsansatz: Insolvenzrecht

Um eine dauerhafte Lösung zu schaffen, müßten neben einer Entschuldung international verbindliche Mechanismen entwickelt werden, die eine Wiederholung der Schuldenkrise ausschließen. Als Vorbild für eine solche Regelung könnte das in den USA und – seit 1996 – in Ungarn geltende Insolvenzrecht für Gebietskörperschaften (Bundesländer, Gemeindeverbände, Kommunen etc.) gelten. Diese müssen nur so viele Schulden zurückzahlen, wie sie leisten können, ohne die für die Einwohner lebenswichtigen Leistungen einschränken zu müssen.

Nationalstaatliche Schulden bestehen dagegen auch dann noch weiter, wenn das betreffende Land schon lange nicht mehr in der Lage

ist, seinen Zahlungsverpflichtungen in voller Höhe nachzukommen, ohne die eigene Bevölkerung massiv zu vernachlässigen.

Bei einem internationalen, rechtlich abgesicherten und transparenten Insolvenzverfahren könnten die Interessen aller beteiligten Gruppen gewahrt bleiben. Die Gläubiger können ihre Ansprüche rechtlich geltend machen und erhalten die für das Schuldnerland ökonomisch tragbaren Zahlungen in einem einfacheren, fairen Verfahren. Wenn das Insolvenzverfahren auch den Zugriff auf Fluchtgelder ermöglicht, erhöht sich die Summe, die die Gläubiger zurückerstattet bekommen.

Eine alte Idee

Bereits in der Antike zeigte sich, daß eine dauerhafte Verarmung von Schuldner und Bereicherung von Gläubigern für eine Gesellschaft äußerst gefährlich ist. Die Einrichtung eines re-

gelmäßigen »Jubel-« und Erlaßjahres im biblischen Buch Leviticus (3. Mose 25) begrenzt diesen Prozeß: Alle 50 Jahre sollen Schulden erlassen und Schuldklaven freigelassen werden. Darüberhinaus soll diesen Kleinbauern ihre Lebensgrundlage zurückgegeben werden, indem sie auf ihr vorher verpfändetes Land zurückkehren. Unsere modernen nationalen Konkurs- und Insolvenzrechte nehmen diese Logik auf, indem sie unter Überschuldungssituationen eine Strich ziehen, der allen Beteiligten einen Neuanfang ermöglichen soll.

Die bevorstehende Jahrtausendwende gibt uns einen Anlaß, einen solchen Schutzmechanismus nicht nur auf überschuldete Menschen im eigenen Land, sondern auch auf die armen und überschuldeten Länder des Globus anzuwenden.

Wie kann man die Kampagne »Erlaßjahr 2000« unterstützen?

Die deutsche Kampagne »Erlaßjahr 2000 – Entwicklung braucht Entschuldung« wird getragen von einem breiten und wachsenden Bündnis. Zu den Mitträgern gehören überregionale Institutionen wie Hilfswerke, Lobbyorganisationen und Verbände genauso wie Diözesen und Landeskirchen auf der regionalen Ebene; lokal sind es schließlich Gemeinden, Sachausschüsse, Weltläden und Solidaritätsgruppen.

Alle, d. h. eine Organisation oder Gruppe, in der man mitarbeitet, können Mitträger werden. Jeder Mitträger ist wichtig für die Kampagne:

- Eine große Zahl von Mitträgern signalisiert den zuständigen PolitikerInnen, daß eine breite Koalition quer durch alle gesellschaftlichen Gruppen eine Veränderung der derzeitigen Politik im Bereich der Entschuldung durchsetzen möchte.
- Mitträgerbeiträge machen die Kampagne unabhängiger von Zuschüssen.
- Mitträger erhalten regelmäßig Informationen über den Stand der Kampagne und können dann ihrerseits Informationen weitergeben.
- Ab Sommer 1998 soll mit Hilfe der Mitträger im Verbund mit den anderen ähnlichen Kampagnen in vielen Ländern dieser Erde die größte Unterschriftensammlung aller Zeiten in Angriff genommen werden: Mindestens 20 Millionen Unterschriften. Jede Mitarbeit ist wichtig!

Kontaktadresse: Erlaßjahr 2000, c/o SÜDWIND e.V., Lindenstr. 58–60, 53721 Siegburg, Tel. 0 22 41-59 12 26, Fax 0 22 41-59 12 27, Ansprechpartner: Friedel Hütz-Adams



Die Fotos zeigen Szenen aus Phnom Penh, der Hauptstadt Kambodschas, einem der ärmsten Länder der Erde. Fotos: zivil



Den Frieden wollen, den

Man streitet für Gewaltfreiheit, man betet für Frieden – und man bezahlt mit seinen Steuern Waffen, Rüstung und letztlich den Krieg. Vor diesem Dilemma stehen auch all jene, die sich in irgendeiner Weise der Friedensbewegung zugehörig fühlen.

Kriegsdienst ist weit mehr als Soldat-Sein. Durch Steuerzahlungen sind alle, Männer und Frauen, an Rüstung und Kriegsvorbereitungen beteiligt.

Diesen Zustand und Zwang zu ändern, ist das Ziel der Initiative NETZWERK FRIEDENSSTEUER, die in Deutschland seit 1983 tätig ist, anfänglich unter dem Namen Friedenssteuer-Initiative.

Im März 1983 schlossen sich in Heidelberg Einzelpersonen und Gruppen von Militärsteuerverweigerern zur »Friedenssteuer-Initiative« zusammen, die seit einigen Jahren unter dem Namen NETZWERK FRIEDENSSTEUER arbeitet. Diese Arbeit geschieht im Wesentlichen

- durch direkte Steuerverweigerung
- durch Klagen bei Finanzgerichten, dem Bundesfinanzhof und dem Bundesverfassungsgericht
- durch Anträge auf Gesetzesänderung im Bundestag.

Steuerverweigerung konkret

Praktisch sieht Steuerverweigerung aus Gewissensgründen etwa so aus:

Den Dienst mit der Waffe kann man in Deutschland verweigern – die Finanzierung von Waffen jedoch nicht. Eine Initiative kämpft seit 15 Jahren für die gesetzliche Anerkennung von Steuerweigerung aus Gewissensgründen. Mitbegründer der Initiative ist unser Autor, der Apotheker Günter Lott.

Selbständige bezahlen nur einen Teil (z. B. 90%) ihrer Einkommensteuer an das Finanzamt, den Rest (z. B. 10% analog der Höhe des Verteidigungsetats am Bundeshaushalt) auf ein bundesweites Rechtsanwalt-Anderkonto »Friedensfonds«. Als Angestellte/r kann man den Arbeitgeber bitten, mit Rücksicht auf die Gewissensfreiheit des Mitarbeiters den »Rüstungssteuer«-Anteil der einzubehaltenden Lohnsteuer umzuwidmen. Auf Dauer kann das Geld zwar vorläufig noch nicht wirksam umgewidmet werden, denn wer seine Steuern nicht voll bezahlt, der/die macht sich strafbar (in der Regel reagiert das Finanzamt mit Pfändungen). Es soll aber hier demonstrativ und symbolisch schon eine Praxis vorweggenommen werden, die in Zukunft vielleicht einmal legal sein wird.

Gegen Jahresbescheide (auch beim Lohnsteuerjahresausgleich) können Einspruch, Beschwerde und Klage eingereicht werden.

Eine besondere Gruppe, nämlich die der kirchlichen Mitarbeiter, hat

sich innerhalb des Netzwerkes unter dem Namen »Steuern zu Pflugscharen« zusammenschlossen und bringt das Thema in die Synoden und Landeskirchen ein, was die ev. Kirche betrifft. Innerhalb der katholischen Kirche verfolgen einige Gruppen von PAX CHRISTI das gleiche Ziel. Mehrere tausend kirchliche Mitarbeiter haben den Aufruf von »Steuern zu Pflugscharen« bereits unterzeichnet.

Die zweite Ebene der Steuerverweigerung aus Gewissensgründen spielt sich vor Gericht ab.

Gegen Steuerbescheide können beim zuständigen Finanzamt zunächst Einspruch und dann Beschwerde eingelegt werden unter Berufung auf Art. 4,1 Grundgesetz (Glaubens- und Gewissensfreiheit). Denn laut Abgabeordnung hat schon das Finanzamt einen Ermessensspielraum, in dem es Steuern aus Billig-

Netzwerk Friedenssteuer

Kriegsteuerverweigerung in der Geschichte

Schon in der Antike gibt es Belege für Steuerverweigerung. So zeigt ein Bildfries des Pharaos Mereruka (ca. 2350–2200 v. Chr.) die Auspeitschung von Steuerverweigerern. Der Prophet Samuel (ca. 1020 v. Chr.) warnt das jüdische Volk vor der drohenden Belastung durch Militärsteuern und Militärdienst als Folge des Rufes nach einem König. In der Komödie des Dichters Aristophanes besetzen die griechischen Frauen die Burg von Athen, um die Steuergelder in friedliche Zwecke umzuwidmen. Ihre Anführerin Lysistrate bringt es auf den Punkt: »Nur in Sicherheit brächten wir gern das Geld, nicht verführen es soll euch zum Kriege!« In den Evangelien wird Jesus mit der Frage konfrontiert: »Ist es erlaubt, dem Kaiser Steuern zu zahlen?« Vor Gericht zählt Steuerverweigerung zu den Anklagepunkten gegen ihn.

Zu Beginn der Neuzeit im 16. Jahrhundert verweigerten die Hutterer und andere Gruppen der Täuferbewegung die Türkensteuer. Sie sperrten dem Kaiser die Mittel für seine Feldzüge gegen das Osmanische Reich: »Zu Kriegen, Würgen und Blutvergießen ... geben wir nichts!« (1540)

Für die aus der Täuferbewegung entstandenen Mennoniten, die Quäker und andere friedenskirchliche Gruppen stellte sich immer wieder im Laufe ihrer Geschichte die Steuerfrage. Wil-



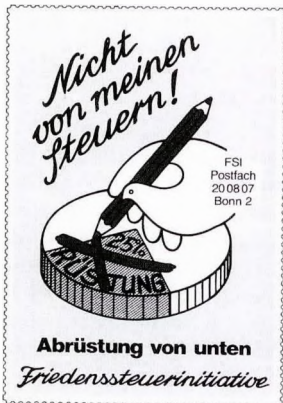
Das Netzwerk Friedenssteuer erhielt 1993 den Aachener Friedenspreis.

Krieg bezahlen?

keitsgründen oder wegen erheblicher Härte abweichend festsetzen (§163 AO), stunden (§222 AO) oder erlassen (§227 AO) kann. Bisher wurden als Härtefälle zwar nur solche materieller

(finanzieller) Natur angesehen, aber es besteht die Hoffnung, daß sich in dieser Sicht eines Tages auch etwas ändern wird und verantwortliche RichterInnen zugehen, daß es auch eine unzumutbare Härte ist, das Gewissen eines Menschen zu leugnen oder zu unterdrücken. Immerhin wurde der Zusammen-

hang von Steuerzahlung und Gewissensbelastung mittlerweile bereits von mehreren Gerichten anerkannt. Anfang der 80er Jahre wurde dieser Zusammenhang von den Juristen noch durchweg verneint.



Weitere Instanzen nach dem Finanzgericht sind Bundesfinanzhof sowie letztlich das Bundesverfassungsgericht.

Seit Beginn der 80er Jahre werden regelmäßig Gespräche mit Bundestagsabgeordneten geführt, um zuerst einmal über unser Anliegen zu informieren und dann Verständnis zu erreichen. Ein Gesetzentwurf zur »Friedenssteuer« lag dem Bundestag bisher dreimal vor, zuletzt Anfang 1991 (Bundestagsdrucksache 12/74), ohne bisher eine Mehrheit zu finden. Aber auch hier gilt: Steter Tropfen höhlt den Stein. Die ermutigenden Beispiele aus den USA und Großbritannien beweisen, daß die Zahl der Befürworter eines Gesetzes zum Recht auf Kriegssteuerverweigerung stetig zunimmt.

Was jeder tun kann

Da wir alle für die Rüstung bezahlen, sind wir auch alle betroffen. Es gibt niemanden, der keinerlei Steuern zahlt oder verursacht. Zur Zeit sind in allen Steuern, die dem Bund zufließen, rund 10% an Rüstungsausgaben (durch den Verteidigungsetat) enthalten.

Wichtig ist, mit Bundestagsabgeordneten und den Kandidaten für den neuen Bundestag zu sprechen. Am wirksamsten geschieht das jeweils vor Ort im eigenen Wahlkreis. Jede Form der öffentlichen Verbreitung des Themas ist eine wertvolle Hilfe.

Auch wenn manchen das Ziel utopisch erscheint: Das Thema muß pu-

blik werden angesichts der wahren Nöte der Menschen unserer Zeit auf der einen und den ungeheuerlichen Militärausgaben der Politiker – mit dem Eurofighter als jüngstem Beispiel – auf der anderen Seite.

Kontaktadresse:

NETZWERK FRIEDENSSTEUER
Christel und Günther Lott
Hauptstraße 1a, 69231 Rauenberg
Tel. 0 62 22/6 27 41
Fax 0 62 22/6 27 02

Fragen zur Bundestagswahl

Ein Faltblatt mit acht wichtigen Fragenkomplexen zum gerechten Umgang mit den Staatsfinanzen haben friedens- und entwicklungspolitische Gruppen aus Baden-Württemberg zusammengestellt. Die Fragen eignen sich sehr gut als Grundlage für Diskussionsveranstaltungen mit KandidatInnen zur Bundestagswahl am 27. September.

Die Fragen reichen von der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich über Modelle der Energiebesteuerung bis hin zur Rüstungsproduktion.

Das Faltblatt mit dem Titel »Für Gerechtigkeit und Solidarität« ist zu bestellen beim Arbeitskreis katholischer Organisationen: ako, Jahnstraße 30, 70597 Stuttgart.

liam Penn etwa, der Gründer Pennsylvanias, schrieb 1711, sein Gewissen erlaubte ihm nicht »Krieg zu führen, noch sollten wahre Christen für den Krieg bezahlen«.

Henry David Thoreau (1817–1862) begründete in seinem Essay »Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat« Theorie und Praxis des zivilen Ungehorsams und der modernen gewaltfreien Bewegung. »Wenn tausend Menschen dieses Jahr keine Steuern zahlen würden, so wäre das keine brutale und blutige Maßnahme – das wäre es nur, wenn sie sie zahlten und damit dem Staat erlaubten, Brutalitäten zu begehen und Blut zu vergießen.«

Organisierte Kriegssteuerverweigerung gibt es in USA seit den 40er Jahren. Sie richtete sich auch gegen das Zeichen von »freiwilligen« Krieganleihen und verstärkte sich in den 60ern als eine von vielen Protestformen gegen den Vietnamkrieg und das Wettrüsten. Viele Verweigerer ließen sich auch durch Haftstrafen und die Pfändung ihres Besitzes nicht von ihrem konsequenten Handeln abbringen. Auch Arbeitgeber weigerten sich, für ihre Angestellten Steuern zu Rüstungszwecken abzuführen. Die »National Campaign for Peace Tax Fund« bringt ihren Friedenssteuergesetzentwurf seit zwei Jahrzehnten immer wieder in die parlamentarische Beratung in Washington ein. Durch konsequente Lobbyarbeit gewinnt sie zunehmend Abgeordnete, die eine gesetzliche Regelung der Kriegssteuerverweigerung unterstützen. Auch in vielen anderen Ländern gibt es inzwischen Friedenssteuer-Initiativen.



Kampfhubschrauber Tiger: 733 Mio. Mark kostet die Serienproduktion, die alle Steuerzahler mitfinanzieren, ob sie wollen oder nicht.

In Arbeit und Brot bei der Waffenindustrie

Von Tobias Pflüger

Die drei wichtigsten Argumente der Menschen, die diese Arbeit verrichten, sind: Sie müßten ja – erstens – irgendwie für ihren Lebensunterhalt sorgen, die Waffen würden – zweitens – nur zur Abschreckung oder zur Verteidigung dienen, und – drittens – wenn sie es nicht machen würden, gäbe es genügend andere, die zu dieser Arbeit bereit wären. Es lohnt sich, diese drei Argumente genauer zu beleuchten.

18 000 Arbeitsplätze für den Eurofighter?

Als die Entscheidung über das bisher größte deutsche Waffenprojekt, den Eurofighter 2000, anstand, hieß es von Seiten der Industrie, es stünden mindestens 18 000 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Es wurde suggeriert, von diesem einzigen Projekt lebten 18 000 Männer und Frauen. Kritikern kam diese Zahl sehr hoch vor. Recherchen ergaben, daß überall im Zusammenhang mit dem Eurofighter die Zahl 18 000 auftauchte, in Erklärungen der Industrie, der Gewerkschaftsvertreter, der Parteienvertreter, im Fernsehen, in den Zeitungen, in Meldungen von Presseagenturen. Auf Nachfragen bei Journalisten kam die Antwort, dies wäre die einzige Zahl, die ihnen aus »berufenem Munde« vorliege. Der kritische Wirtschaftsprofessor Jörg Bischoff aus Bremen hingegen kommt auf eine auf mehrere Jahre verteilte summarische Beschäftigungswirkung des Eurofighters von 8000 bis 10 000 Arbeitsplätzen. Doch nur ein Teil der Beschäftigten arbeitet ausschließlich am Eurofighter, sehr viele sind auch mit anderen Rüstungsprojekten befaßt wie z.B. dem Tornado. Der Verdacht liegt nahe: Die Zahl der Arbeitsplätze, die die Waffenindustrie bringt, wird hochgespielt.

Arbeitsplätze konkret

Aufgrund der Zahlenverwirrung macht es Sinn, die Publikationen derjenigen, die diese Waffen herstellen, nach Angaben über die Anzahl der Arbeitsplätze durchzustöbern. In einer Selbstdarstellung von Unternehmen der »Verteidigungsindustrie« finden sich insgesamt 120 Firmen und Konzerne. Die vorgestellten Firmen bringen es zusammen auf annähernd

»Geld oder Leben?«, diese Frage stellt sich den Menschen in der Waffenindustrie auf ganz besondere Weise. Sie verdienen ihr Geld damit, daß sie etwas herstellen, das das Ziel hat zu töten und zu zerstören.

70 000 Beschäftigte in der »Wehrtechnik«. Auch wenn wir davon ausgehen können, daß nicht alle Unternehmen, die etwas mit »Wehrtechnik« zu tun haben, genannt werden, könnte diese Zahl plus höchstens 50 % in etwa zutreffen. In einem Artikel in o. g. Selbstdarstellung wird von »bestenfalls noch 120 000 Beschäftigten« gesprochen. Die vorgestellten Firmen mit über 1000 Beschäftigten im Bereich »Rüstung« sind folgende:

Alcatel SEL AG	1300
BMW Rolls-Royce GmbH	1800
Daimler-Benz Aerospace (DASA)	ca. 20 000
Diehl GmbH	ca. 5000
Dornier GmbH	ca. 2500
Eurocopter Deutschland GmbH	ca. 2000
Howaldtswerke Deutsche Werft (HDW) AG	1100
LFK Lenkflugkörpersysteme	1800
Mercedes-Benz AG	ca. 1000
MTU München	ca. 3000
MTU Friedrichshafen	ca. 2500
Rheinmetall AG	ca. 1500
Siemens Sicherheitstechnik (ging jetzt an die DASA)	1290
STN Atlas Elektronik	ca. 2000
Wegmann und Co	1050

Verteidigungstechnik?

Die Industrie, die Waffen oder ähnliches herstellt, geht bewußt einem eindeutigen Begriff für ihr Handwerk aus dem Weg, es ist die Rede von der Luft- und Raumfahrtindustrie, der Nutzfahrzeugindustrie, der Schiffbauindustrie, der Elektronikindustrie, der Dienstleistungs- und Softwareindustrie und – hier ist es zur Abwechslung deutlich – der Panzerindustrie. In Verlautbarungen der Firmen wird immer von »Verteidigungstechnik« oder »Wehrtechnik« gesprochen. Neutral scheint der Begriff Rüstungsindustrie zu sein. Das bundesdeutsche Gesetz zur Ausfuhr solcher Güter heißt dagegen unzweideutig »Kriegswaffenkontrollgesetz« (KWKG). Der Begriff »Kriegswaffen« trifft in der Tat die Sachlage am ehesten. Es geht nicht um Sport- oder Jagdwaffen, sondern um Waffen für den Krieg.

Doppelfinanzierung durch den Staat

Im eigenen Land hat die deutsche Rüstungsindustrie nur einen Kunden: Die Bundeswehr. Für die Beschaffung der Kriegswaffen durch die Bundeswehr ist das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) in Koblenz zuständig. Nach Ausschreibung und Bewerbung verschiedener Firmen erteilt das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung einer Firma oder einem Firmenkonsortium einen Auftrag für »Forschung, Entwicklung und Erprobung« (FEE). Der Hauptauftragnehmer gibt dann wiederum an Unterauftragnehmer Teile des Auftrages weiter. Forschung, Entwicklung und Erprobung einer Kriegswaffe können über mehrere Jahre hinweg dauern. Ziel des Auftrages ist eine einsatzbereite, serienfertige Kriegswaffe. Wenn dann das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung bei einem Hauptauftragnehmer eine bestimmte Anzahl der Geräte bestellt, ist dies der sogenannte »Beschaffungsvorgang«. Die bestellte Zahl Kriegswaffen wird dann von den jeweiligen Firmen über die nächsten Jahre hinweg hergestellt. Die ParlamentarierInnen (des Haushalts- und Verteidigungsausschusses) sind bei der Erteilung der FEE- und Beschaffungsaufträge beteiligt. Ein Auftrag gilt jedoch als kaum mehr zu stoppen, wenn erst einmal Gelder für »Forschung, Entwicklung und Erprobung« freigegeben und ein Projekt mit Millionen oder Milliarden Mark bereits vorfinanziert wurde. Das heißt im Klartext: Zuerst finanziert der Staat Forschung, Entwicklung und Erprobung (FEE) und kauft dann denselben Firmen bei der Beschaffung die Kriegswaffen wieder ab. Es handelt sich also quasi um eine Doppelfinanzierung durch den Staat.

Zwangsläufig »notwendig«: der Kriegswaffen-Export

Da die Aufträge des Bundesamts für Wehrtechnik und Beschaffung zu meist in unregelmäßigen Abständen erfolgen, haben sich die Firmen nach

anderen Möglichkeiten der »Auslastung der Kapazitäten« umgesehen. Der Export von Kriegswaffen ist bei der Herstellung zwecks besserer Finanzierung zum Teil schon mit eingeplant. Die »politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern«, die noch unter Kanzler Helmut Schmidt am 28. April 1982 erlassen wurden und eine offiziell restriktive Rüstungsexportpolitik fest-schreiben, gelten im Prinzip auch noch heute. Die konkreten Ausführungsbestimmungen in und zu den Gesetzen (Kriegswaffenkontroll-gesetz, KWKG und Außenwirtschafts-gesetz, AWG) sind inzwischen so »li-beral«, daß nur noch Exporte in Staaten mit Strafen belegt sind, die den Zorn fast aller anderen Länder der Erde auf sich gezogen haben: z.B. Libyen, Irak, Nordkorea und Kuba. Ex-porte von Kriegswaffen in Krisen- und Kriegsgebiete sind nicht grundsätzlich verboten. Im Gegenteil, handelt es sich bei den Staaten, die sich in Konflikt oder Krieg befinden, um befreundete Staaten, wie etwa die Türkei oder Indonesien, so sind die Kriegswaffen-exporte sogar erwünscht. Die Bundes-regierung versorgt innerhalb der NA-TO die Staaten Türkei, Griechenland und Portugal mit gebrauchten Waffen und davon waren ja nach der Über-nahme der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR reichlich vorhanden.

Ein wachsendes Problem ist, daß sich die Zuordnung der exportierten Geräte zu den Kriegswaffen immer schwieriger gestaltet, weil die Waffen immer hochtechnischer und elektro-nischer werden. So werden immer mehr Waren als sogenannte Dual-Use-Güter eingestuft, als Waren, Techno-logien und Software-Programme, die sowohl für zivile als auch militärische Zwecke verwendet werden können. High-Tech-Kriegsgeräte können so zum Teil noch leichter exportiert wer-den als offensichtliche Kriegswaffen!

Wirtschaftliche Bedeutung der Kriegswaffenindustrie

Immer wieder stellt sich die Frage nach der wirtschaftlichen Relevanz der Kriegswaffenindustrie. Insbesondere in der Diskussion um die Beschaffung des Eurofighters 2000 wurde betont, die Kriegs-waffenindustrie und ins-besondere die Luftwaf-fenindustrie hätten hohe wirtschaftliche Bedeu-tung. Hier sprechen die konkreten Zahlen eine andere Sprache: Der Umsatz beispielsweise der »wehrtechnischen Luft- und Raumfahrtin-dustrie« beträgt unter 0,5% des Gesamtumsat-zes der deutschen Indu-strie. Der Anteil dieser Branche am Gesamtex-port der deutschen Indu-strie liegt unter 1%. Die

wirtschaftliche Bedeutung des Rüs-tungsexportes ist somit gesamtwirt-schaftlich marginal. Wenn wir uns an die enormen Investitionssummen er-innern, die im Verteidigungshaushalt für diese Branche vorgesehen sind (für die Jahre 1996 bis 2015 zusammen mindestens 170 Milliarden DM) wird klar, wie teuer die Arbeitsplätze der Kriegswaffenindustrie für den Steuer-zahler sind: Teurer als fast alle anderen Arbeitsplätze, ob nun hochtechnisiert wie etwa in der Elektronikbranche oder auch im Sozialbereich. Hier geht es also mehr um »Geld« als um »Le-ben«.

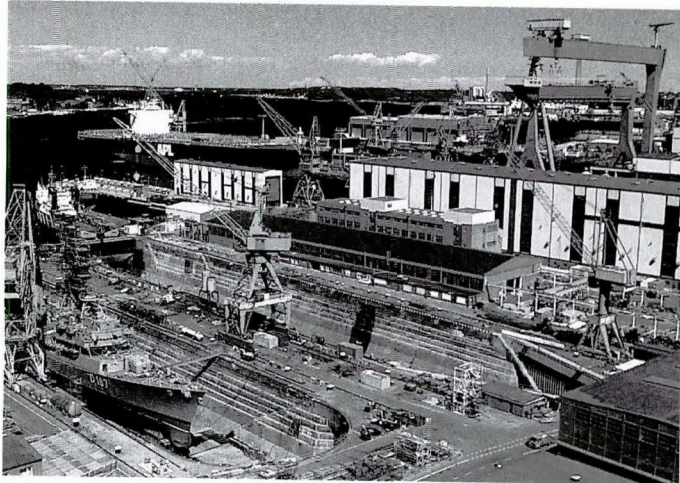
Tobias Pflüger ist Redakteur der Zeit-schrift Wissenschaft und Frieden (W & F) und arbeitet mit bei der Informations-stelle Militarisation (IMI) e.V., die sich mit allen Themen rund um die Bundes-wehr beschäftigt.

IMI, Burgholzweg 116/2

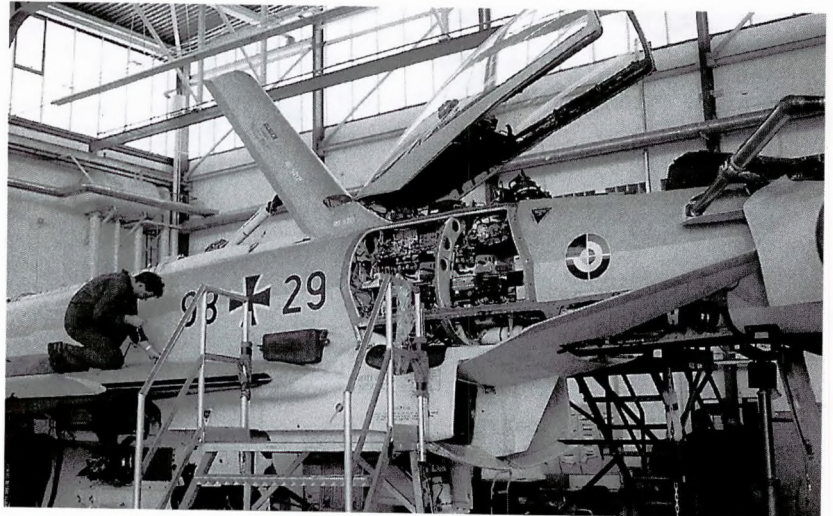
72070 Tübingen

Tel. und Fax: 0 70 71/4 91 54

<http://www.umb.de/ph/imi/index.htm>



*In der HDW-
Werft in
Kiel werden
Kriegsschiffe
gebaut.
Foto: Visum/
Krewitt*



Anders als bei der zivilen Produktion wird in der Rüstungsindustrie Forschung und Entwicklung vom Staat vorfinanziert.

Oben: Eurofighter-Produktion in Bayern.

Unten: Panzer-Produktion in Großbritannien. Fotos: dpa

Lieber Freund, ein Krieg kommt nicht aus dem blauen Himmel herab, er muß gleich jeder menschlichen Unternehmung vorbereitet werden, er bedarf der Pflege und Mitwirkung vieler, um möglich und wirklich zu werden. Gewünscht aber, vorbereitet und suggeriert wird er durch die Menschen und Mächte, denen er Vorteil bringt. Er bringt ihnen entweder direkten baren

Ein Krieg kommt nicht aus dem blauen Himmel herab



Was kosten die Soldaten?

Wir haben Lungenkranke,
die brauchten Berg und Schnee;
sie heilen – ? Kein Gedanke!
Wir brauchen die Armee.
Da kostet jeder Junge
mit Stiefel und Gewehr
pro Mann eine Lunge – !
Das ist unser Heer.

Von dem, was die verschwenden,
von dem, was da veraast:
könnten wir Gutes spenden,
wo die Schwindsucht rast.
Der Proletarierjunge
kriecht so nebenher ...
Pro Mann eine Lunge –
das ist unser Heer.

Es fällt durch graue Scheiben
ein trübes Tageslicht;
die Kranken, die da bleiben,
überleben den Sommer nicht.
»Zeigen Sie mal die Zunge!
Na ja – das wird nichts mehr!«
Pro Mann eine Lunge –
das ist unser Heer!

Sie haben Feldgeschütze,
Schiffskreuzer und Musik;
in schwarz-rot-goldner Mütze
bezahlt die Republik.
Sie setzen an zum Sprunge.
Sie sind das Militär.
Sie stehlen uns Herz und Lunge.
Wann – Junge! Junge! –
wirfst du sie in hohem Schwunge
ihrem Kaiser hinterher – ?

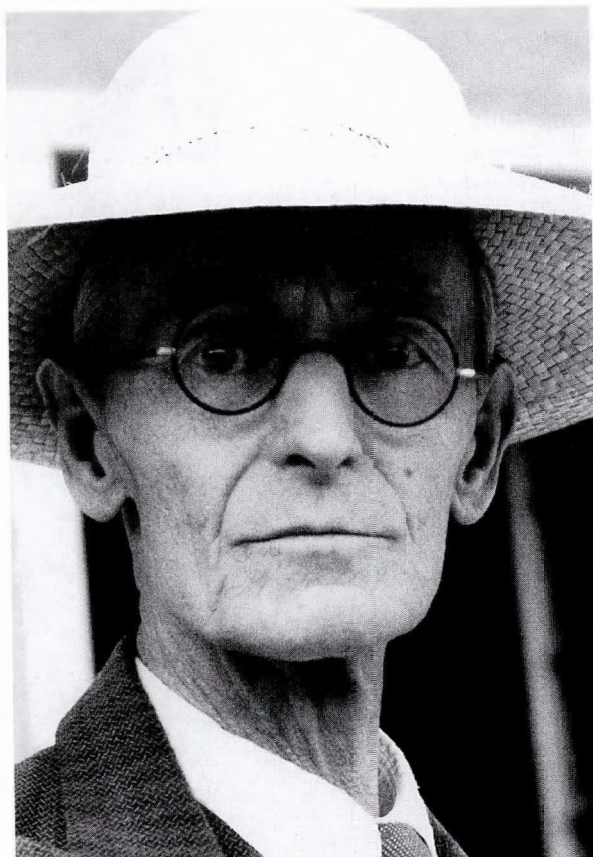
Kurt Tucholsky, 1928

Soldat im
1. Weltkrieg

Geldgewinn wie der Rüstungsindustrie (und sobald der Krieg ist – wieviel unzählige vorher harmlose Gewerbe werden da zu Rüstungsgeschäften, und wie automatisch strömt das Kapital diesen Geschäften zu), oder er bringt ihnen Gewinn an Geltung, Achtung und Macht, wie etwa den stellenlosen Generälen und Obersten. So sind zum Beispiel an der Wiederaufrüstung von Deutschland, Japan und anderen zur Zeit militärlosen Ländern viele Tausende und Zehntausende interessiert, Leute mit harten Rechnerseelen oder ehrgeizigen Kriegerseelen, und zu den Mitteln, mit denen diese Leute den von ihnen gewünschten Krieg vorzubereiten bemüht sind, gehört die Verbreitung der Unsicherheit und Angst – und Ihr Freunde, die Ihr dieser Ansteckung erliegt, helft dadurch mit, den Krieg zu ermöglichen und herbeizurufen ...

Wir Freunde des Friedens und der Wahrheit, Sie und ich, dürfen nicht diesen Geschäftemachern und Strebern Gehör schenken und helfen, wir müssen stets zu unserem Glauben stehen, daß es andere Wege zum Frieden und andere Mittel zu Ordnung und Entgiftung der Welt gibt als Bomben und den Krieg.

Hermann Hesse, 1951



An alle „Zivil“-Leser:

HOLEN SIE *jetzt* IHR ABITUR NACH

1948 - 1998
50 Jahre SGD
Erfolgreich für Ihre Weiterbildung

603	Realschulabschluss
611	Hauptschulabschluss
607	Deutsch
601	Allgemeinbildung
633	Latein
612	Mathematik
630	Lebendiges Englisch
631	Englisch für Fortgeschrittene
639	Englisch für den Beruf

ABITUR

605
Abitur

620
Fachhochschulreife Wirtschaft/Technik



SIE HABEN ES GESCHAFFT!

756
PC-Praxis

700
Betriebswirt/in SGD

787	Bürosachbearbeiter/in
713	Kaufmännischer Grundkurs
786	Gepr. Sekretär/in SGD
790	Maschinenschreiben
789	Stenografie
710	Das 99-Tage-Training
814	Praktische Psychologie
811	Kindererziehung
819	Persönlichkeitsbildung

632	630	853	711
Lebendiges Französisch	Industriemeister/in Metall IHK	Geschäftsführung Kleinbetriebe	Führung und Zusammenarbeit
635	301	785	865
Französisch für Fortgeschrittene	Industriemeister/in Elektro IHK	Sichere Existenzgründung	Marktforschung und Statistik für Verkauf
638	181	854	709
Landeskunde Französisch für Fortgeschrittene	Maschinenbautechniker/in	Betriebswirtschaftslehre für Nichtkaufleute	Gepr. Direktionsassistentin bSb
634	189	719	766
Lebendiges Spanisch	Informations- und Kommunikationstechniker/in	Managementkurs	Gepr. Managementassistent/in bSb
636	550	771	791
Lebendiges Italienisch	Elektronik-Grundkurs	Marketing-Referent/in SGD	Erfolgreich selbstständig werden inkl. Abschlussgutachten
637	714	704	851
Videokurs Spanisch für Anfänger	Ausbildung der Ausbilder IHK	Fachwirt/in Industrie/Handel IHK	Bilanzbuchhalter/in IHK
NEU!		707	850
Diplom-Studiengang Informatik!		Fachkaufmann/-frau Marketing IHK	Steuerrecht für Klein- und Mittelbetriebe
Werden Sie Diplom-Informatiker/in (FH) mit dem akademischen Fernstudium an der Privaten Fernfachhochschule Darmstadt. Fordern Sie mit dem nebenstehenden Gutschein kostenloses Info-Material an!		769	608
		Verkaufsleiter/in SGD	Geschichte im Zeitspiegel

740	754	750	822
EDV-Grundkurs	Internet-Führerschein	Programmierer/in SGD	Technik der Erzählkunst
512	749	752	804
Bauzeichnen CAD	Internet-Betreuer/in	Organisationsprogrammierer/in IHK	Karikatur- und Comiczeichnen
501	759	741	807
Konstrukteur/in CAD	Grafik-Design am PC	COBOL-Programmierer/in	Zeichnen und Malen
500	746	780	808
Technisches Zeichnen CAD	JAVA-Programmierer/in SGD (in Vorbereitung)	Buchführung und Bilanzierung	Werbe- und Gebrauchsgrafik
552	742	792	801
Netzwerkbetreuer/in mit Telekommunikation	PASCAL-Programmierer/in	Videokurs Kaufm. Praxis am Arbeitsplatz	Innenarchitektur
702	743	782	810
Technische/r Betriebswirt/in IHK	C/C++-Programmierer/in für DOS/UNIX	Kostenrechnung	Antiquitäten
755	748	712	830
Online und Multimedia	C/C++-Programmierer/in für Windows	Erfolgreich verkaufen	Hauswirtschaftler/in

SO SCHAFFEN SIE ES AUCH:

Sie wählen aus dem oben angeführten Kursangebot die Lehrgänge Ihrer Wahl aus und tragen die Nummer(n) in den Gratis-Gutschein ein. Gutschein einfach einsenden, faxen oder anrufen.

Alle SGD-Kurse sind von der Staatlichen Zentralstelle für Fernunterricht (ZFU) geprüft und zugelassen.

Rufen Sie uns an!
0 61 57 / 80 66

Persönliche Beratung bis zum Abend:
Montag-Donnerstag von 9 bis 20 Uhr, Freitag von 9 bis 17 Uhr, später Tonbandservice. Bundeswehrangehörige beraten wir unter der Sonder-Tel.-Nr. **0 61 57 / 8 06 23.**

Fax 0 61 57 / 8 06 11 - T-Online: SGD #
Internet: <http://www.sgd.de>

Für Besucher:
Ostendstraße 3, 64319 Pfungstadt
STUDIENGEMEINSCHAFT DARMSTADT
Postfach 10 01 64, 64201 Darmstadt

GRATIS-GUTSCHEIN für die kostenlose SGD-Information

Ja, senden Sie mir bitte gratis und völlig unverbindlich den SGD-Studienführer im Umfang von 100 Seiten inkl. zwei Probelektionen meiner Wahl.

Ich möchte über folgende Kurse informiert werden (Lehrgangsnummern hier eintragen):

Nr.

Nr.

Bitte informieren Sie mich kostenlos und unverbindlich über das FernStudium **Diplom-Informatiker/in (FH)**. (Bitte so ankreuzen). (Anforderung auch über Internet: <http://www.privatfh-da.de>)

Name	Vorname
Straße, Nr.	
PLZ, Ort	Beruf
Geburtsdatum	Telefon
	NH 05/98

Einsenden, anrufen oder faxen:
STUDIENGEMEINSCHAFT DARMSTADT
Abt. AA 189, Postfach 10 01 64, 64201 Darmstadt
Tel. 0 61 57 / 80 66 · Fax 0 61 57 / 8 06 11 · T-Online: SGD # · Internet: <http://www.sgd.de>



Lieber „Zivil“-Leser!

Bildung ist Investition in die Zukunft!
In einem großen, vereinten Europa wird eine fundierte Ausbildung immer wichtiger. Wenn Sie nun beruflich und

persönlich vorankommen wollen, Ihr Fachwissen erweitern und einen höherbezahlten Job erreichen möchten, sollten Sie die 50jährige Erfahrung der Studiengemeinschaft Darmstadt nutzen und sich jetzt für einen SGD-Kurs entscheiden. Wir machen es Ihnen leicht und helfen Ihnen in jeder Phase. Probieren Sie den SGD-Fernunterricht unbedingt aus, ohne Risiko und ganz in Ruhe zu Hause.

Fordern Sie deshalb jetzt Ihr Gratis-Angebot an - bevor andere an Ihnen vorbeiziehen.

Ihr Glück und Erfolg liegen ganz in Ihrer Hand!

Mit freundlichen Grüßen Ihr
h. Kamprath
Michael Kamprath, Direktor der SGD

Biete Fahrdienst gegen Spanischkurs

Wirtschaften ohne Geld: In Deutschland gibt es schon über 200 Tauschringe

Von Robert Islinger

Martin, der gerade seinen Zivildienst leistet, möchte unbedingt Spanisch lernen. Um eine Sprachschule zu besuchen, fehlen ihm Zeit und Geld. Die Volkshochschule bietet zwar einen Kurs an, aber ausgerechnet am Dienstagabend, wenn Martin zum Fußballtraining muß. »Dann wird wohl nichts aus meinen Plänen«, erzählt er seinem Freund Peter. Doch der hat eine Idee. »Ruf doch mal beim Talente-Zirkel an«, rät er ihm. »Was ist das denn?«, fragt Martin. »Ein Tauschring. Vielleicht gibt es da jemanden, der dir Spanisch beibringt.«

Schon drei Tage später kommt Felipe zu Martin, um ihn zwei Stunden lang zu unterrichten. Bevor er wieder geht, läßt sich der Spanier, der in Deutschland studiert, von Peter eine Gutschrift von 60 Talenten quittieren, so heißt die »Währung« im Tauschring. Felipe gibt die Quittung im Büro des Talente-Zirkels ab. Dort werden 60 Talente auf der Aktivseite seines Kontos verbucht. Zivi Martin, der vor zwei Tagen Mitglied geworden ist, bekommt den gleichen Betrag auf der Passivseite eingetragen. Um sein Konto wieder auszugleichen, leistet er Fahrdienste für ältere Leute und transportiert ab und zu Möbel.

Martin freut sich riesig. Jetzt lernt er doch Spanisch, noch dazu von einem Spanier, kann die Unterrichtszeiten frei vereinbaren und braucht keine Mark zu bezahlen. Außerdem ist ihm Felipe sehr sympathisch; er kann sich gut vorstellen, daß sie Freunde werden. Immer mehr Menschen erkennen die Vorteile des Tauschhandels. Vor drei Jahren gab es gerade einmal zehn Tauschringe in Deutschland, heute sind es über zweihundert, und der Gründungsboom reißt nicht ab. Die Tauschkreise haben so klangvolle Namen wie »Waldviertler Wechselseitige Wunscherfüllung«, »Dorfdollar-System«, »Gib und Nimm« oder »Hans im Glück«. Sie alle arbeiten nach demselben Grundsatz: Wer

Waren und Dienstleistungen entgegennimmt, bezahlt nicht mit Geld, sondern mit eigenen Leistungen.

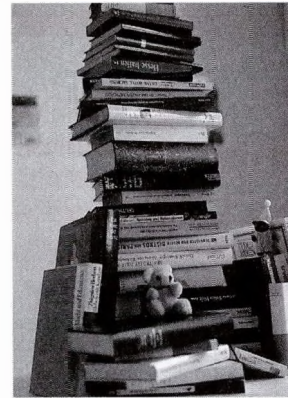
»Zaster«, »Peanuts«, »Kröten«

Angeboten und nachgefragt werden hauptsächlich einfache persönliche Dienste und gebrauchte oder selbstgemachte Gegenstände. Wer was bietet oder sucht, erfahren die Mitglieder aus einer Marktzeitung, die meist einmal pro Monat erscheint und alphabetisch in Rubriken gegliedert ist, um die Orientierung zu erleichtern. Mitglied werden kann jeder gegen einen Jahresbeitrag, der zwischen 10 und 60 Mark liegt. Er muß allerdings in »normaler« Währung beglichen werden. Mit diesem Geld bestreiten die Tauschringe ihre Ausgaben vor allem für Porto und Telefon. Viele Tauschkreise erheben von Gruppen mit schmalem Geldbeutel wie Studenten, Zivis oder Arbeitslosen ermäßigte Gebühren.

Eine zentrale Verwaltungsstelle richtet für jedes Mitglied ein Konto ein, auf dem erfaßt wird, welche Leistungen erbracht und welche in Anspruch genommen wurden. Gerechnet wird in einer Art Kunstwährung, die Zaster, Heller, Peanuts, Kröten, Klümpchen, Kohle, Kiwi, Runkel oder ganz schlicht Punkte heißen kann. Zinsen gibt es weder auf Guthaben noch Schulden. Ein Teil der Tauschringe überläßt es ihren Mitgliedern, die Preise frei auszuhandeln. Immer beliebter wird aber bei Dienstleistungen der Tausch Zeit gegen Zeit, das heißt, eine Stunde Arbeit hat immer den gleichen Wert, egal, um welche Tätigkeit es sich handelt.

Organisierte Selbsthilfe

Der Tauschring-Boom der letzten Jahre ist nicht zufällig, sondern hat handfeste wirtschaftliche und soziale Ursachen: Die Zahl der Arbeitslosen und Sozialhilfe-Empfänger steigt; gleich-



NACHHILFE

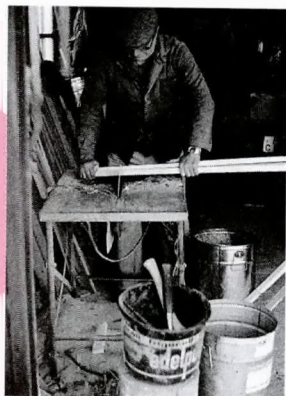
VORLESEN
OHNE M

SCHLAG
GRABPFLEGE



zeitig werden Sozialeleistungen gekürzt. Immer mehr Leute verfügen über ungenutzte Zeitzusammenhang; die soziale Entwicklung ist geprägt von einer zunehmenden Vereinzelung – Stichwort Singles – und damit oft auch Vereinsamung der Menschen. Und überdies werden kleine Dienstleistungen von gewerblichen Betrieben gar nicht angeboten oder nur zu unverhältnismäßig hohen Kosten. Da offensichtlich die Politiker nicht in der Lage sind, diese wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu lösen, setzen immer mehr Menschen auf Selbsthilfe und gründen Tauschringe.

Die können zwar das herkömmliche Wirtschaftssystem nicht ersetzen, aber sinnvoll ergänzen, weil sie einige Nachteile des Geldkreislaufs und der modernen Arbeitswelt vermeiden: Tauschringe vermindern die Abhängigkeit vom Geld; wer zu wenig davon hat, kann seine Bedürfnisse trotzdem befriedigen. Da sie lokal begrenzt arbeiten, entfallen lange Transport- und Anfahrtswege, was Kosten sowie Energie spart und die Umwelt schont.



*Mein Nachbar und ich
haben beide ein Ei.
Wenn wir diese austauschen,
hat jeder von uns wieder ein Ei.
Mein Nachbar und ich
haben beide eine Idee.
Wenn wir diese austauschen,
hat jeder von uns zwei Ideen.*

Chinesisches Sprichwort

COMPUTERKURS

KINDERBETREUUNG

TOOS GEHT'S LOS!

HAUSRENOVIERUNG

BABYSITTING

ZEUGUNTERRICHT

Tauschbörsen fördern die Kreativität der Mitglieder und ermöglichen neue soziale Kontakte. Außerdem stellen sie sicher, daß nicht wie in der herkömmlichen Volkswirtschaft die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, denn Zinsen auf die Alternativ-Währung gibt es nicht.

Der Fluch von Geld und Zinsen

Geld und Zinsen sind für uns heute etwas völlig Selbstverständliches. Wir nehmen ihre Existenz hin, ohne uns darüber groß Gedanken zu machen. Dabei wurde Geld schon sehr bald nach seiner Erfindung mehr als nur Recheneinheit und Tauschmittel; denjenigen, die viel davon hatten, verlieh es Macht und Einfluß. Mit dieser Tatsache hat sich intensiv ein Gelehrter auseinandergesetzt, der heute außerhalb der Fachwelt fast

vollständig vergessen ist: Silvio Gesell (1862 bis 1930). Ihn als »geistigen Vater« der heutigen Tauschring-Bewegung zu bezeichnen, wäre übertrieben, aber einige von seinen Ideen werden von den Tauschkreisen wiederbelebt. Gesell sah die Gesellschaft seiner Zeit von einer sozialen Krankheit befallen: Krasse Unterschiede bei Einkommen und Vermögen, Schwankungen des Preisniveaus, Luxus auf der einen Seite, Hungersnot auf der anderen, Arbeitslosigkeit, Unruhen und Kriege.

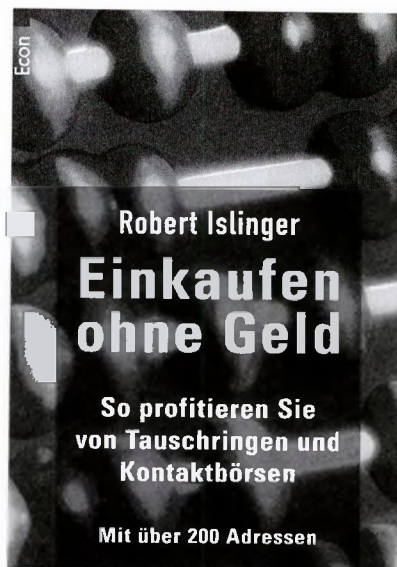
Gesell begann über die Gründe dafür nachzudenken und stieß bald auf die Macht des Geldes als Wurzel allen Übels. Jedes Leben auf der Erde, so überlegte er, ist dem ewig gültigen Gesetz des Entstehens und Vergehens unterworfen, nur das Geld macht eine Ausnahme. Kapital altert nicht, wenn es gehortet wird, es vermehrt sich sogar, weil Zinsen dafür bezahlt werden.

Weil nach Gesells Ansicht Zins und Zinseszins den Geldkreislauf krebsartig überwuchern, kommen Angebot und Nachfrage aus dem Gleichgewicht. Denn der Geldbesitzer hat im Gegensatz zu den Anbietern von Wa-

re oder Arbeitskraft die Möglichkeit, seine Mittel zurückzuhalten, also Geld zu horten. Das führt zu Nachfrage-Schwankungen und einer ungerechten Einkommens-Verteilung, da der Kapitalbesitzer Zinsen kassiert, ohne eine Gegenleistung zu erbringen.

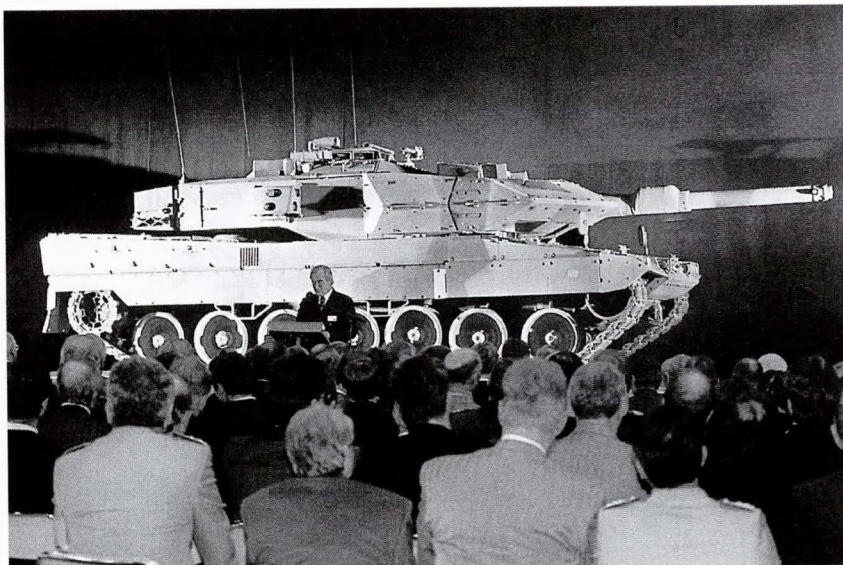
Gesell sah die Lösung in »Freigeld«, das im Lauf eines Jahres an Wert verliert, also einer Art negativem Zins. Damit würde es zu einem Verlustgeschäft, Kapital zu horten. Diese Idee haben viele Tauschringe aufgegriffen. Sie ziehen von den aufgelaufenen Guthaben beispielsweise pro Monat ein Prozent ab und schreiben sie den Leuten gut, die sich um die Verwaltung kümmern. Wer verhindern will, daß sein Guthaben an Wert verliert, muß es also möglichst rasch ausgeben. So wird der Tauschkreislauf in Schwung gehalten und Silvio Gesell, der einmal als »Old Shatterhand der Nationalökonomie« bezeichnet wurde, kommt zu späten Ehren. **Z**

Robert Islinger, Journalist aus Passau, ist Autor des im Econ Verlag erschienenen Buches »Einkaufen ohne Geld«, über Tauschringe und Kontaktbörsen



Leben statt kaufen!

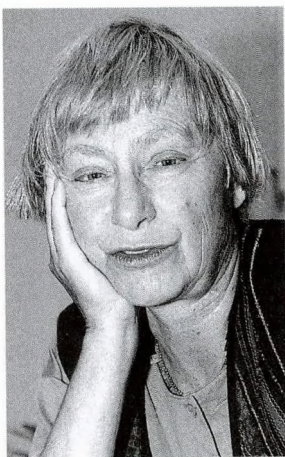
Zwischen Globalisierung und Vereinzelung



»Mit den Folgen der Investitionen werden die Menschen, die ihr Geld anlegen, nicht konfrontiert« – Kampfpanzer »Leopard« bei einem Festakt der Herstellerfirma Krauss-Maffei. Fotos: dpa.

Von Dorothee Sölle

Firmen, die Regenwälder vernichten, Landminen oder Foltertechnologien produzieren, sind in der »freien« Wirtschaft im allgemeinen weder national noch transnational kontrollierbar. Das Geld hat auch die Funktion, die Vielfalt der Realität und die Bedürfnisse der Menschen auf nackte Zahlen zu reduzieren. Mit den Folgen der Investitionen werden die Menschen, die ihr Geld anlegen, nicht konfrontiert; je globaler die Ökonomie, desto weniger sichtbar ist, was mit dem vermeintlich unschuldig sich vermehrenden Geld geschieht und welche Menschenrechtsverletzungen



Dorothee Sölle

unseren billigen Konsumgütern wie Orchideen oder Textilien zugrunde liegen. Dem wirkt »ethisches Investment« entgegen.

Ethisches Investment

Die Strategien für diese Art von Widerstand sind schon seit dem Vietnamkrieg und dem Apartheid-Rassismus entwickelt worden; heute werden in den USA über 450 Milliarden Dollar jährlich nach ethischen Kriterien angelegt, also nicht nach dem Kriterium der höchstmöglichen Rendite. Immer mehr, meist religiös motivierte Leute boykottieren Unternehmen, die an Krieg, Rassismus, Rüstungsindustrie und Naturzerstörung verdienen, sie investieren statt dessen in Firmen, die sich ökologisch und sozial verhalten; sie sammeln Informationen, die das Geldgeschäft aus seiner abstrakten, ethikfreien Undurchsichtigkeit befreien; und sie versuchen, die Unternehmen durch den aktiven Einsatz der kritischen Aktionäre und ihres Stimmrechts zu beeinflussen. (...)

Die Aufgabe kritischer Menschenrechtsgruppen ist es zunächst, die Fragestellung nach dem, was das Geld seinen Besitzern bringt, in die zu verwandeln, was es zum Beispiel in globalisierten Textilfabriken unter den Arbeiterinnen anrichtet. Die Negativkriterien dem Geld gegenüber klären und verschärfen sich von Jahr zu Jahr:

keine Waffenproduktion, keine Verbindung zur Atomenergie, keine Tierversuche, keine Umweltverschmutzung, keine Verwertung bestrahlter Lebensmittel. Das Wachsen solcher Nichtregierungsorganisationen ist ein Hoffnungszeichen für die Fähigkeit von Menschen, zwischen sinnvoller und lebensfeindlicher Besitzmacht zu unterscheiden, statt das Goldene Kalb blind anzubeten. (...)

Konsum als Religion

Je globaler die Weltwirtschaft sich organisiert, je desinteressierter sie sich allen sozialen oder ökologischen Eingebundenheiten gegenüber gibt, desto mehr benötigt sie als Ansprechpartner das Individuum ohne jede Beziehung, den homo oeconomicus, jenes geschäfts- und genußfähige Einzelwesen, das – von Gott ganz zu schweigen – auch an den Tretminen, die sein Autohersteller produziert, oder am Wasser, das seine Enkelkinder benutzen werden, kein Interesse zeigt.

Während der alte Staat als die Instanz des Rechtes und des Schutzes der Schwächeren »verschlinkt«, abgebaut und entmachtet wird, wird das Individuum als das grenzenlos konsum- und verbrauchsfähige Lebewesen aufgebaut. Kaufen, Auswählen, Präsentieren und Genießen haben indessen längst ihre eigenen Formen religiöser Inszenierung, des »Kultmarketing« gefunden. Die Religion des Konsumismus braucht die älteren und schwächeren Gestalten des Opiums des Volkes nicht mehr. Es gibt überall bessere Opiate zu kaufen. (...)

Dieses Zusammenspiel von Welt Herrschaft der Konzerne in der Globalisierung und einer neuartig inszenierten Individualisierung ohne Rest, ohne Bindung an die Geschwistergeschöpfe, erscheint hoffnungslos, ein Untergang hin, und wird von vielen Nachdenklichen als unaufhaltsames Fatum angenommen. (...)

Hoffnungsträger: Gruppen und Initiativen

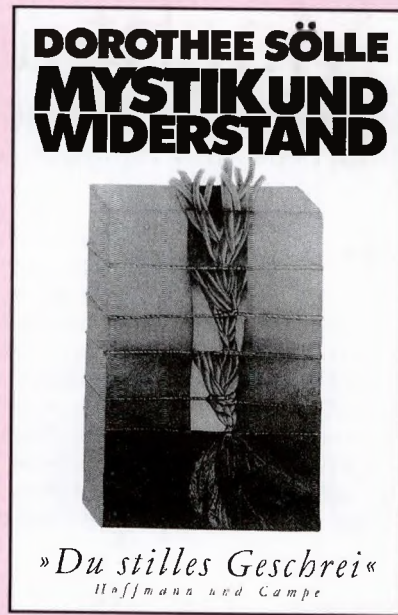
Wenn wir nur »die Herren dieser Welt« anstarren und die Masse der unschädlich gemachten Einzelnen, dann sehen wir noch nicht mit den Augen des anderen Blickes. Die Weltangst umfängt uns dann und sperrt uns in das besteingerichtete Gefängnis, das es je gab. Das Neue Testament bietet eine andere Perspektive. Sein soziologisches Modell sind weder die Massen noch die einzelne Seele, sondern Gruppen, die sich gemeinsam auf einen neuen Weg machen. (...)

Die Urgemeinde verweigerte sich bestimmten gesellschaftlichen Angeboten und Zwängen des Imperiums. Sie vermied Besuche von Theatern, öffentlichen Bädern oder Zirkusvorführungen. Christen versuchten das – wegen der Abschreckung erwünschte – Zuschauen bei der öffentlichen Vollstreckung von Todesurteilen zu vermeiden. Alle Veranstaltungen, die mit Militär, Eidesleistung und Weihrauch

für den Kaiser verbunden waren, hielten sie für Teufelszeug. So vermieden sie das, was in der römischen Kultur als circenses galt, unterhaltsame Spiele zur Ablenkung der Massen von den realen Problemen. Abstinenz, Distanz, Dissens, Widerspruch und Widerstand gingen in ihrer Minderheitskultur ineinander über. (...)

Die Hoffnungsträger im gegenwärtigen Szenario der »global players« auf der einen und der isoliert-amüsierten Individuen auf der andern Seite sind Gruppen, die auf Freiwilligkeit, Kritikfähigkeit und eigene Initiative setzen. Diese Nichtregierungsorganisationen, zu denen ich auch die lebendigen Teile der christlichen Kirchen rechne, sind politisch gesprochen die Trägerinnen von Widerstand. Spirituell gesprochen verkörpern sie ein anderes Subjekt als das im Gefängnis des Konsumismus eingeschlafene. **Z**

Aus: Dorothee Sölle, *Mystik und Widerstand*, Hoffmann und Campe, Hamburg 1997



Anzeige

Entwaffnende Argumente.

Verweigern Sie geistigen Gleichschritt. Nehmen Sie sich die Freiheit, eine Wochenzeitung zu lesen, die objektiv und engagiert ist. Und fördert, was immer seltener wird:

WEITER DENKEN



Die Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Kirche und Kultur

Bitte unbedingt in Druckbuchstaben ausfüllen und abschicken:
DEUTSCHES ALLGEMEINES SONNTAGSBLATT (DS), Leserservice,
Postfach 14 02 20, 80452 München
Oder rufen Sie an zum Nulltarif: 0130/85 73 73

Ja, ich möchte das DEUTSCHES ALLGEMEINES SONNTAGSBLATT testen.
Mit 3 Ausgaben, kostenlos und unverbindlich.

Name, Vorname _____ Geburtsdatum _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____ Beruf _____

Datum, Unterschrift* _____ C3381

*Sie können mich gerne nach der dritten Ausgabe telefonisch zu meiner Meinung zum Sonntagsblatt befragen.

THEMA: GELD ODER LEBEN?

Mit Macht umfairteilen

»Wer nicht ausbildet, wird umgelegt« heißt das Motto, mit dem die Jusos neue Ausbildungsplätze schaffen wollen.

Von Tobias Kaufmann

Wo ein Wille ist, da ist ein Weg – so lautet ein altes deutsches Sprichwort. In der Zeit, aus der das Sprichwort wohl stammt, bekam noch jeder, der wollte, eine Lehrstelle. 1998 kann davon keine Rede sein. Seit 1991 haben die deutschen Arbeitgeber von 830 000

Die Ausbildungs-Misere verschlimmert sich von Jahr zu Jahr. Gewerkschaften und Jungsozialisten wollen jetzt Unternehmen, die nicht ausbilden, zur Kasse bitten und mit dieser »Umlage« 10 Mrd. Mark für neue Lehrstellen zusammenbekommen.

Ausbildungsplätzen eine Viertelmillion gestrichen. Die fehlen nach Rechnung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) auch 1998. Mindestens. Es will schließlich nicht jeder Metzger werden und im Grundgesetz ist immer noch das Recht auf freie Berufswahl garantiert. 12,5 % mehr Stellen als Bewerber fordert deshalb das Bundesverfassungsgericht. Davon sind die aktuellen Zahlen Lichtjahre entfernt. Selbst in den Statistiken der Bundesregierung. Sie kommen zwar auf weniger Bewerber, lassen aber 140 000 unter den Tisch fallen, die schon 1997 keine Stelle fanden und Warteschleifen in Schule oder Weiterbildung drehten.

Während die Zahl der Bewerber um 3,2 % stieg, sank das Angebot an Lehrstellen 1998 wieder um 3 %. Die Statistiker der Bundesanstalt für Arbeit verzeichnen für 100 Jugendliche in Gesamtdeutschland nur 68 Plätze. In den neuen Bundesländern sind es nicht mal 30.

In Kenntnis dieser Zahlen haben die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und der Deutsche Industrie- und Handelstag versprochen, jeder, der wolle, bekomme eine Lehrstelle. Sie versprechen das jedes Jahr.

DGB und Opposition glauben aber inzwischen nicht mehr an solche Versprechen. Sie werfen Bundesregierung und Unternehmen schnöde Willenlosigkeit vor. Schließlich gibt es Politiker

und Initiativen, die mit einem bißchen guten Willen mehr oder minder erfolgreiche Auswege gefunden haben. In Nordrhein-Westfalen gibt es das »Kammer-Modell«, in dem die Handelskammern freiwillig versuchen, die fehlenden Stellen kurzfristig zu schaffen. Das klappt allerdings nur in Ansätzen und in strukturell starken Regionen. In Ostdeutschland wurde die Ausbildung dagegen praktisch verstaatlicht. 80 % der Plätze werden subventioniert. Ein teurer Spaß. Und im niedersächsischen Salzgitter machten sich Schüler selbst auf den Weg. 25 Plätze erbettelten sie im letzten Jahr bei den Personalchefs, für jeden Schüler der 9A in der Ziesbergschule einen. Neuerdings verkaufen sie eine eigene CD, um Bewerbungstrainings zu finanzieren. Klassenlehrer Schürmann steht jetzt oft in der Zeitung.

Und beweist nebenbei, daß der gute Wille allein doch ein bißchen wenig ist. »Soll jetzt jeder Schüler in Deutschland sein letztes Schuljahr damit verbringen, durch Unternehmen und Fernsehstudios zu tingeln?« fragt sich Patrick Vossler (21) von der IG-Metall-Jugend in Salzgitter. »Wir können doch den Konkurrenzdruck nicht immer nur an die Jugendlichen wei-

tergeben. Demnächst kriegt jeder eine Pistole und erkämpft sich seinen Platz, oder wie?« Und selbst mit den 25 neuen Stellen in Salzgitter fehlten ja immer noch 249 975. Deshalb wollen die Jusos, die SPD-Jugendorganisation, jetzt ganz andere Saiten aufziehen: »Wer nicht ausbildet, wird um-



Gegen Lehrstellenmangel und Jugendarbeitslosigkeit – Demo in Stuttgart. Foto: graffiti

gelegt« heißt ihre Kampagne. Das klingt drastisch, ist aber eher harmlos. Unternehmen, die gar nicht, oder nach Größe und Umsatz zuwenig ausbilden, sollen in einen Fonds zahlen. 10 Mrd. Mark könnte das bringen, glaubt die SPD-Bundestagsfraktion. Das Geld soll über die regionalen Arbeitsämter in Firmen, Ausbildungsverbänden und überbetrieblichen Ausbildungsstätten neue Plätze schaffen. So soll es gerade im Osten wieder genügend Perspektiven geben, »denn ob ich eine Ausbildung kriege, kann ja nicht von der Gnade der Geburt abhängen«, sagt die Juso-Vorsitzende Andrea Nahles (s. Interview). **Z**

Wir nehmen die Kohle gern

Juso-Chefin Andrea Nahles über Kritik an der Umlage.

zivil: Es gibt einige Bedenken gegen die Umlage. Kritiker sagen, sie belaste den Standort Deutschland.

Nahles: Dem Standort geht es gut, wir sind Export-Weltmeister. Und die Krise in vielen Branchen liegt an zwei Faktoren: Der schlechten Binnennachfrage, weil die Regierung Kohl den Leuten das Geld aus der Tasche zieht und an der Forschungs- und Bildungsmisere. Bessere Ausbildung kommt den Unternehmen zugute und nützt damit dem Standort.

zivil: Bedeutet diese zusätzliche Regelung nicht mehr Bürokratie bei Staat und Unternehmen?

Nahles: Wir wollen das Potential an Kompetenz und Personal dort nutzen, wo es schon ist: In den Arbeitsämtern. Es wird also keine neue Behörde geben – und ein paar MitarbeiterInnen mehr können die Ar-

beitsämter schon lange gebrauchen. Dafür benötigen wir gerade mal 2% des Umlagegeldes. Und die Angaben zu Gewinn und Beschäftigung müssen die Unternehmen sowieso schon machen. Da entsteht keine Mehrarbeit.

zivil: Viele Unternehmen könnten sich mit der Umlage von ihrer Ausbildungspflicht »freikaufen«.

Nahles: Das wäre ein sehr viel teurerer Spaß als etwa bei der Behindertenquote. Ich glaube kaum, daß viele mit ihrem Geld Ausbildung bei der Konkurrenz finanzieren wollen. Und wenn Firmen, wie im Bereich neue Medien, viel Gewinn machen, aber überhaupt keine Ausbildungsstruktur haben, dann nehmen wir die Kohle gerne, um woanders Ausbildung zu ermöglichen. Bisher zahlen die nämlich gar nichts. Vielleicht werden dann auch Plätze für ganz neue Berufe geschaffen.

Links: Andrea Nahles (27) ist Juso-Vorsitzende und Mitglied im Bundesvorstand der SPD.



Berufschancen für Zivildienstleistende

Fachschule des Möbelhandels Köln

Berufschancen für Zivildienstleistende

Welchen Einstieg in das Berufsleben soll ich wählen?

Vor dieser Frage steht jeder Zivildienstleistende vor Ablauf seiner Ersatzdienstzeit. Welche Qualifizierung wähle ich? Wo kann ich meinen Neigungen und Erfahrungen gemäß ein Berufsfeld finden, daß zukunftsorientierte Berufsperspektiven bietet.

Das zwei- bzw. viersemestrige Studium an der Fachschule des Möbelhandels in Köln eröffnet hervorragende Chancen für interessante Berufe mit Zukunft in der Einrichtungsbranche.

Nach der entsprechenden Studiendauer kann ein staatlicher Abschluß erworben werden.

Das Berufsförderungsprogramm des Arbeitsamtes regelt die Studienförderungsmöglichkeiten.

Als „Staatlich geprüfter Einrichtungsfachberater“, insbesondere mit dem Schwerpunkt „Kücheneinrichtung“ und als „Staatlich geprüfter Betriebswirt“ warten viele Stellenangebote auf jeden Absolventen. Der Studiengang „Staatlich geprüfter Betriebswirt“ umfaßt auch die Ausbilderqualifikation und befähigt, Führungspositionen in der Branche einnehmen zu können.

Die Fachschule des Möbelhandels ist als Wirtschaftsfachschule eine staatlich anerkannte private Ersatzschule und untersteht der Schulaufsicht des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Aufnahmebedingungen sind daher vom Kultusminister durch Runderlaß festgelegt und sehen vor, daß nach dem Hauptschulabschluß eine Berufsausbildung abgeschlossen sein soll, sei es in einem kaufmännischen Beruf oder in einem Handwerksberuf, der für eine Tätigkeit in der Einrichtungsbranche förderlich ist. Darüber hinaus muß der Bewerber noch eine mindestens zweijährige berufspraktische Tätigkeit ausgeübt haben. Hier bieten sich für den Zivildienstleistenden besondere Chancen. Bei Nachweis einschlägiger Verwendung werden Praktika anerkannt. Auch ohne Berufs-

abschluß kann ein Berufswunsch erfüllt werden. Bei einer einschlägigen Tätigkeit von mindestens 6 Jahren können die Aufnahmebedingungen erfüllt werden.

Bewerber für den Studiengang „Staatlich geprüfter Betriebswirt“, die keinen kaufmännischen Berufsabschluß erworben haben, müssen in einer Aufnahmeprüfung die entsprechenden Kenntnisse nachweisen.

„Staatlich geprüfter Einrichtungsfachberater“ mit Ausbilderqualifikation

Die Anforderungen, die an einen guten Mitarbeiter im Verkauf gestellt werden, sind komplex. Er benötigt sowohl fundierte Fachkenntnisse als auch kommunikative Fähigkeiten, um ein Verkaufsgespräch zum sicheren Abschluß führen zu können. Die Studierenden erhalten eine praxisbezogene Ausbildung, die warenkundliche, planerische und verkaufsspezifische Studieninhalte optimal kombiniert und damit eine sichere Basis für den beruflichen Erfolg bietet.

Der zukünftigen Tätigkeit entsprechend werden praxisgerechte Verkaufssituation unter Einsatz modernster Videoanlagen in den Ausstellungsstudios simuliert, dabei werden die Erkenntnisse der Verkaufspsychologie ebenso eingebracht wie die in den warenkundlichen Fächern Möbel, Polstermöbel und Heimtextilien erlernten Gebrauchseigenschaften und Einsatzmöglichkeiten. Die Wirklichkeitsnähe wird durch originale Möbelprogramme, Dekorationen und zugehörige Verkaufsunterlagen hergestellt.

„Staatlich geprüfter Einrichtungsfachberater“

– Schwerpunkt „Kücheneinrichtung“ – mit Ausbilderqualifikation

Hier steht das Einrichten von Küchen im Mittelpunkt. Die zukünftigen „Küchenfachberater“ arbeiten mit den Verkaufsunterlagen der namhaften Küchenhersteller anhand originaler Einrichtungen, wobei der Küchentechnik eine besondere Bedeutung zukommt, da hier der Beratungsbedarf für den Kunden besonders hoch ist.

Ebenso wird im Bereich Raumplanung und -gestaltung mit Katalogen, Typen- und Preislisten gearbeitet, um auch hier dem Kunden komplexe Einrichtungsvorschläge unterbreiten zu können. Unterschiedliche Programme bekannter Hersteller werden zu konkreten Angeboten verarbeitet. Computergestützte Küchenplanung ist für die Küchenfachberater ein Muß.

„Staatlich geprüfter Betriebswirt“

– Fachrichtung Möbelhandel – mit Ausbilderqualifikation

Durch eine optimale Kombination aus betriebswirtschaftlichen, waren-spezifischen und gestalterischen Studieninhalten mit praxisbezogener Ausrichtung vermitteln wir den Studierenden die erforderliche Reife, Sicherheit und Entscheidungsfreude, die sie als selbständiger Unternehmer oder in einer leitenden Stellung benötigen.

Kontakte zur Branche

Exkursionen zu Herstellern, Einkaufsverbänden, Möbelhäusern und Küchenspezialisten vermitteln Kontakte zur Praxis. Auf der jährlichen Möbelmesse in Köln werden intensiv Modellstudien betrieben. Vorträge von Fachreferenten aus der Praxis ergänzen das Studium.

In jedem Fachgebiet unterrichten Dozenten, die aufgrund ihrer Ausbildung, Kenntnisse und Erfahrungen Fachleute sind, und die es verstehen, den Wissensstoff praxisnah und anwendungsbezogen zu vermitteln.

Weitere Informationen können Sie gern über die Rufnummer 02 21/40 20 61 erhalten.

Dipl.-Hdl. Manfred Strauch
Oberstudiendirektor

Für ZIVILDIENTSTLEISTENDE

zur beruflichen

NEUORIENTIERUNG



Berufe mit Zukunft in der Einrichtungsbranche

durch eine praxisgerechte Fortbildung und staatliche Abschlußprüfung
als

EINRICHTUNGSFACHBERATER

– 2 Semester –

oder als

KÜCHENFACHBERATER

– 2 Semester –

oder als

BETRIEBSWIRT
FACHRICHTUNG MÖBELHANDEL

– 4 Semester –

FACHSCHULE DES MÖBELHANDELS

Frangenheimstraße 6
50931 Köln (Lindenthal)

Telefon 02 21/40 20 61
Telefax 02 21/40 19 76

Studienbeginn: 1. April und 1. Oktober
Unterkunft im Wohnheim mit Mensa auf Wunsch
Förderung nach dem Berufsförderungsprogramm
des Arbeitsamtes möglich

(effes) Nach unbestätigten Informationen aus dem Verteidigungsministerium hat die interne Auswertung der Werbekampagne »Bundeswehr '97« ein insgesamt unbefriedigendes Ergebnis

berausstattung des Milifutchis besteht aus einem Display und einer robusten Plastikfassung in NATO-oliv, auf Wunsch kann ein blauhelfmfarbener Verschlussdeckel mitgeliefert werden. Das Display zeigt einen mit freundlichen Gesichtszügen ausgestatteten

zer mehr Geld kosten muß, als für sie selbst da ist. Die enge Verzahnung von Verteidigungsbereitschaft und Umwelterziehung wird ganz praktisch erlebt. Der erste Milifutchi-Modellversuch in einem niederbayrischen Kindergarten hat, so der beteiligte Jugendoffizier, »bombig eingeschlagen«: Das vollzählige Kindergartenteam sowie al-

Neues von der Wehrpädagogik-Messe in Strausberg

MILIFUTCHIS IM ANMARSCH



Von außen sind Milifutchis nur durch die nato-olivgrüne Farbe von Tamagotchis zu unterscheiden

erbracht: Obwohl Bundeswehr- und Tabak-Werbung fast nicht mehr zu unterscheiden sind, erkennen mehr Deutsche eher eine Camel- oder Marlboro-Packung als den Verteidigungsminister. Das durchschlagende Werbekonzept, das Jugendliche mit Langzeitwirkung an die Bundeswehr bindet, läßt, so beklagt man, seit langem auf sich warten. Umso aufsehenerregender war es, als bei der letzten Sitzung des Verteidigungsausschusses die zuständige Staatssekretärin ankündigte, der entscheidende Schritt vorwärts in die Herzen der deutschen Jugend stehe unmittelbar bevor. Auf der diesjährigen Fachmesse des Bundeswehrverbandes wurde nun einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht, was bereits vor 14 Tagen unter den Mitgliedern des Verteidigungsausschusses begeisterte Reaktionen ausgelöst haben soll: Angeregt durch die enge Beziehung deutscher Jugendlicher zu ihrem Tamagotchi, hat das Streitkräfteamt ein sogenanntes Milifutchi entwickelt. Die Prototypen dieser Weltneuheit wurden erstmals am 1.4.1998 bei der Eröffnung der Wehrpädagogischen Messe in Strausberg vorgestellt.

Der Name Milifutchi ist eine Abkürzung für »Military future«. Von der Konzeption her entspricht das Gerät den bereits auf dem Markt befindlichen Modellen, die als virtuelle Haustiere Nahrungs- und Streicheleinheiten per Knopfdruck brauchen: Die Stan-

Kampfpanzer. Der Panzer muß alle drei Stunden per Knopfdruck bewegt werden, ansonsten stehen regelmäßig Tanken und Wartung auf dem Plan, dreimal pro Woche darf er ins Manöver, einmal vierzehntägig hat er Anspruch auf die Verursachung von Manöverschäden. Wichtig ist: Das Ganze kann nur funktionieren, wenn täglich Einzahlungen in die Panzerkasse vorgenommen werden (jugendgemäße Umschreibung für Verteidigungshaushalt...). Wer sein Milifutchi sechs Monate lang ohne jede Versorgungslücke betreut hat, ist berechtigt, einen Höhepunkt im Panzerleben herbeizuführen: Er darf sein Kettenfahrzeug für einen Abenteuer-Urlaub in die Türkei abordnen. Zur vorprogrammierten Ausstattung der neuesten Milifutchi-Generation soll bereits eine Auswahlliste von zehn aktuellen Einsatzländern gehören.

Wenn man den Milifutchi-Panzer nicht pünktlich betreut, dann wird sein Gesicht traurig und verzerrt sich, schließlich überwuchern und zerfressen Rostspuren das ganze Gerät. Was übrig bleibt, ist ein Schrotthaufen, aus dem Altöl und Treibstoffreste sickern – mit verheerenden Folgen für den Standort Deutschland ...

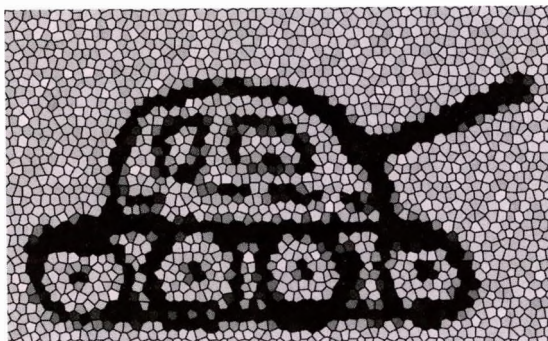
Nach Auskunft von Dr. Hartmut Kindler, erziehungswissenschaftlicher Dozent an der Bundeswehrhochschule München, liegt der militärpädagogische Nutzen des Milifutchis auf der Hand: Hier werden schon im frühen Jugendalter positive Bindungen zu Verteidigungsgütern hergestellt. Kinder gewöhnen sich ganz unvoreingenommen von klein auf daran, daß ihr Pan-

le Kindergartenkinder und ihre Eltern besuchten begeistert ihren Panzer, als der nächstgelegene Truppenübungsplatz zum Tag der Offenen Tür einlud.

Alles spricht dafür, daß das Milifutchi-Modell demnächst in Serienproduktion gehen und bei der Firma Hans-Jung zur Sicherung deutscher Arbeitsplätze beitragen kann. Nur was die Benennung angeht, bestehen noch Vorbehalte einzelner CSU-Abgeordneter: Milifutchi, meinen sie, klänge zu sehr nach »Milliarden futsch!« Unabhängig davon gibt es im Ev. Kirchenamt für die Bundeswehr Überlegungen, allen Soldaten im Auslandseinsatz ein persönliches »Churchigotchi« zur Verfügung zu stellen. Einzelne Landeskirchen sollen schon eine Verteilung dieser Geräte als Konfirmandengabe in Betracht ziehen. Eine virtuelle Kirchenbindung, heißt es, sei besser als gar keine ...



Oben: Bei guter Pflege darf der Panzer zum Abenteuerurlaub in die Türkei.



Links: Der Panzer muß alle drei Stunden per Knopfdruck bewegt werden.

Fotos: Messe Strausberg

THEMEN IM JUNI-HEFT:

Können wir Zeit haben?

Brauchen wir den Weltuntergang?

Das Handy: Eine Nullnummer?

Arbeitsmarkt: Verrat an der Jugend?



Das
Juni-Heft
erhalten
Sie am
13. Mai
am Kiosk

Kriegsdienstverweigerung war in der Friedensbewegung der Weimarer Republik umstritten

„Das Friedensabenteuer schaffen!“

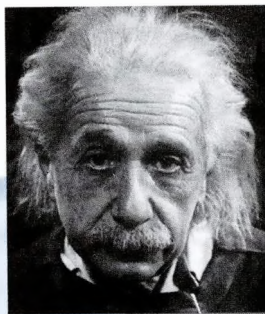
Von Guido Grünewald

Bis 1914 stand die deutsche Friedensbewegung – vertreten vor allem durch die 1892 gegründete Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) – ganz in der Tradition des völkerrechtlichen Pazifismus. Die deutschen Pazifisten betrachteten sich als die wahren Patrioten und hielten das Recht auf nationale Selbstverteidigung für selbstverständlich; die KDV lehnten sie ab. Die sozialistische Arbeiterbewegung verstand sich zwar als antimilitaristisch, betrachtete aber den Sturz des Kapitalismus als Voraussetzung für den Weltfrieden. Faktisch verfolgte die Sozialdemokratische Partei Deutschlands das Ziel, mittels einer „Volkswehr“ die Militärpolitik auf die Verteidigungsaufgabe zu beschränken. Folgerichtig gab es in Deutschland im Ersten Weltkrieg nur einige Hundert KDVer: eine kleine Gruppe von Adventisten sowie bürgerliche Intellektuelle und Linkssozialisten, die isoliert voneinander handelten. Außerdem leisteten deutsche Anarcho-Syndikalisten mittels offener antimilita-

ristischer Propaganda und Desertion Widerstand gegen den Krieg.

Kämpferischer Pazifismus

Nach Kriegsende wurde das Organisationspektrum des deutschen Pazifismus vielschichtiger. Neben den völkerrechtlichen Pazifismus der bürgerlichen Honoratioren, die sich dem politischen Liberalismus verpflichtet fühlten, trat ein radikaler und teilweise kämpferisch ausgerichteter Pazifismus, der bei Intellektuellen, Kleinbürgern und einem Teil der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Anklang fand. Die Anhänger dieser neuen Strömung strebten mehrheitlich eine sozialistische Gesellschaftsordnung an, deren konkrete Gestalt allerdings verschwommen blieb.



Albert Einstein

Zu den bekanntesten radikalen Pazifisten der Weimarer Zeit gehört zweifellos Albert Einstein (1879–1955). In einem Interview aus dem Jahre 1931 sagte Einstein u. a.: „Ich bin nicht nur Pazifist; ich bin militanter Pazifist. Ich bin bereit, für den Frieden zu kämpfen. Der Krieg kann nur auf eine einzige Weise verhindert werden: durch die Weigerung der davon betroffenen Menschen, in den Krieg zu ziehen.“

(...)
Was für eine Welt könnten wir bauen, wenn sich die Maschine des Krieges auf konstruktivere Aufgaben umschalten liesse: ein Zehntel der Energien, die die kriegführenden Mächte im Weltkrieg aufwandten, und ein Bruchteil des Geldes, das sich in Handgranaten und Giftgasbomben verwandelte, hätte ausgereicht, um den Lebensstandard aller Länder zu heben und die Katastrophe weltweiter Arbeitslosigkeit zu bannen.

Wir müssen bereit sein, heroische Opfer, wie wir sie widerspruchlos im Krieg hinnehmen, für die Sache des Friedens zu bringen. Es gibt keine wichtigere Aufgabe für mich, und keine, die meinem Herzen näher läge.“

Pate bei dieser Entwicklung standen u.a. die Desillusionierung über das Scheitern des völkerrechtlichen Pazifismus und die Erkenntnis, daß erst die allgemeine Wehr-

pfllicht das Massenmorden des Ersten Weltkriegs ermöglicht hatte. Mit Ausnahme der liberalen Pazifisten, wie z. B. dem DFG-Vorsitzenden und Friedensnobelpreisträger Ludwig Quidde, lehnte die Weimarer Friedensbewegung die allgemeine Wehrpflicht ab. Trotz der Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages (Aufhebung der Wehrpflicht in Deutschland und Beschränkung der Armee auf 100 000 Berufssoldaten) war dies keine rein theoretische Diskussion, da die Rechtsparteien die Wehrpflicht wieder einführen wollten und Teile der SPD an der Idee eines Volksheeres festhielten.

Prinzipielle Gewaltlosigkeit

Heftig umstritten war in der Weimarer Friedensbewegung dagegen die KDV. Die völkerrechtlich orientierten Pazifi-

sten (Motto: Friede durch Recht) lehnten sie weiterhin als pazifistische Strategie ab. Sie wollten den Frieden durch eine internationale Rechtsorganisation – konkret den Völkerbund – mit ausreichender (d. h. auch militärisch gestützter) Sanktionsmacht herstellen und sichern. Allerdings rangen sich viele unter ihnen zur Anerkennung des individuellen Rechts auf KDV durch. Für prinzipielle Gewaltlosigkeit und Ablehnung jeden Kriegsdienstes standen der 1919 gegründete und weltanschaulich nicht festgelegte Bund der Kriegsdienstgegner (BdK) und die katholische Großdeutsche Volksgemeinschaft (GVG) ein. Prinzipielle Unterstützung erhielten die Befürworter der KDV vom deutschen Zweig des protestantisch geprägten Internationalen Versöhnungsbundes und von der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit. Die DFG – auch in der Weimarer Republik die größte und aktivste Friedensorganisation – forderte jetzt die Anerkennung des Rechts auf KDV als „sittliches Grundrecht“. Weiter gingen die kämpferischen Pazifisten des Westdeutschen Landesverbandes um die von Fritz Küster herausgegebene Zeitung „Das Andere Deutschland“, die ab Mitte der 20er Jahre die Diskussion in der DFG zu dominieren begannen. Sie riefen zur massenhaften KDV, zum Generalstreik und zur Ablehnung jeder Rüstungsarbeit auf, taten dies aber auf rein pragmatischer Grundlage und bekannten sich keineswegs grundsätzlich zur Gewaltlosigkeit.

Die radikalen Pazifisten gingen dagegen von der „Heiligkeit des menschlichen Lebens“ aus, die sie zum „Grundgesetz der menschlichen Gesellschaft“ machen wollten. Der BdK verwarf daher nicht nur den Verteidigungskrieg und den Sanktionskrieg einer Weltexekutive, sondern ebenso einen „Krieg zur Verteidigung und Befreiung des unterdrückten Proletariats“. Das bedeutete allerdings keine Akzeptanz des gesellschaftlichen Status

quo. Der Bund verpflichtete sich vielmehr zur aktiven Bekämpfung aller Kriegsursachen, die er vor allem in den Unterschieden der Rassen und Glaubensbekenntnisse, im kapitalistischen Klassengegensatz, im durch Wirtschaftsimperialismus geschürten Nationalismus und in einer falschen Auffassung vom Wesen des Staates begründet sah, die den Staat über den Menschen stellte. Die GVG verstand sich als Teil der Neulebensbewegung und sah ihre Aufgabe in der umfassend natürlich-christlichen Erneuerung des Volkes. Sie propagierte unter Leitung des katholischen Priesters und Schriftstellers Ernst Thrasolt das Alternativmodell der ländlichen Siedlung, dem allerdings ein verklärtes Idealbild der bäuerlichen Siedlungsgemeinschaft zugrunde lag.

Suche nach gewaltfreien Alternativen

Angriffen seitens ihrer Mitstreiter in der Friedensbewegung sahen sich die Kriegsdienstgegner wegen ihrer ablehnenden Haltung gegenüber einer Exekutivstreitmacht des Völkerbundes ausgesetzt. Zwar befürworteten auch sie eine überstaatliche Rechtsorganisation. Ein Sanktionskrieg des Völkerbundes gegen einen Rechtsbrecherstaat werde aber wie jeder moderne Krieg unterschiedslos Schuldige wie Unschuldige vernichten und insofern dem Unrecht des Angreiferstaates „neue, erbarmungslose Ungerechtigkeit“ hinzufügen. Ziel des konsequenten Pazifismus müsse es daher sein, „lebenserhöhende, menschenbeglückende Mittel zum Schutz des Lebens, des Rechts und der Gerechtigkeit zu finden“.

Allgemeine Abrüstung, die Ächtung jeden Krieges und massenhafte KDVer, das waren die Instrumente der radikalen Pazifisten zur Friedenssicherung. Unter KDVer verstanden sie nicht nur die

direkte Verweigerung des Militärdienstes, sondern auch die Weigerung, Kriegsmaterial und Waffen herzustellen oder zu transportieren, Kriegsanzuleihen zu zeichnen oder einen Alternativdienst zu leisten, der andere für den Kriegsdienst freimachte. Der letzte Punkt war allerdings umstritten. Einige Bdk-Mitglieder forderten einen gesetzlichen Alternativdienst für KDVer, während die Mehrheit zwar freiwillige Dienste an der Gemeinschaft befürwortete, jeden „kulturwidrigen Dienst aber, besonders jede Zwangsarbeit im Krieg als Ersatz für Waffendienst“ ablehnte. Besonders aktiv bekämpften die radikalen Pazifisten die militaristische Propaganda für die allgemeine Wehrpflicht und alle Pläne für eine allgemeine Arbeitsdienstpflicht, wie sie von nationalistischer Seite als Ersatz für die verbotene Wehrpflicht gefordert wurde. Sie setzten sich außerdem aktiv für eine Verständigung mit den „Erzfeinden“ Frankreich und Polen ein und beteiligten sich aktiv an den von den kämpferischen Pazifisten in der DFG initiierten Abstimmungen im Kreis Zwickau sowie im Rheinland und Westfalen, bei denen sich ca. 224 000 Menschen durch ihre Unterschrift verpflichteten, „jeder Regierung, die zu den Waffen greift, Kriegsdienst und Arbeit zu verweigern“.

Internationale Freiwilligendienste

Die Mitgliederzahl von Bdk und GVG sowie ihr Wirkungsgrad blieben gering. Als der extreme Nationalismus Ende der 20er Jahre immer stärker zunahm, versuchten sie einen Strategiewechsel. Da die Kriegspropaganda deshalb so wirkungsvoll sei, weil sie dem „Abenteurerdrang der Jugendlichen“ Rechnung trage, müssten die Pazifisten der Jugend „das Friedensabenteuer schaf-

fen“. Die Kriegsdienstgegner propagierten jetzt die Idee vom „Friedensheldentum“ und präsentierte die Einsätze des Internationalen Freiwilligen Hilfsdienstes, „Service civil international“ (SCI), an, den der Schweizer Pierre Ceresole 1920 gegründet hatte. An ihrer Isolierung änderte dieser Schwenk nichts. Zwar hatten sie es vermocht, den der deutschen politischen Kultur so fremden Gedanken der KDVer zumindest ansatzweise in die öffentliche Diskussion zu bringen und ihn in Teilen der traditionellen Friedensbewegung zu verbreiten. Gegen die diffamierenden Angriffe des Reichswehrministeriums, das KDVer mit Landesverrätern gleichsetzte, und die Attacken der Nationalsozialisten – sie brachten 1931 im Reichstag einen Gesetzentwurf ein, der für KDVer die Todesstrafe forderte – konnten sie sich dagegen kaum noch wehren. Wenig später übernahm die Kriegspartei in Deutschland die Macht.

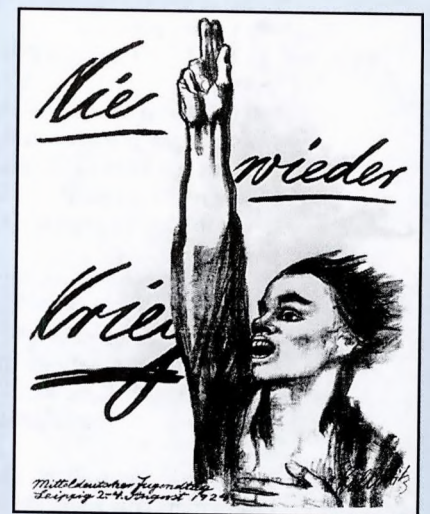
2



Käthe Kollwitz, Plakat zum Antikriegstag 1924



Pazifistische Zeitung „Das andere Deutschland“



Plakat nach einem Entwurf von Käthe Kollwitz, 1924



Titel der Zeitschrift der syndikalistisch-anarchistischen Jugend Deutschlands



Betr.: zivil 1/98

Tolle Zeitung. Das Preisrätsel ist gut für die Pausen, könnte aber umfangreicher sein. Ich fand auch den Beitrag »Witz als Waffe« passend, da auch bei uns im Alters- und Pflegeheim gewisse Situationen nur mit Humor zu ertragen sind. Vor allem, wenn neben der physischen Belastung noch allerdhand psychische dazukommen. Trotz der Nerverei manchmal haben wir dennoch viel Spaß mit unseren alten Leuten, viele werden wieder wie Kinder im Alter. (Da braucht man keinen »Witz als Waffe«) Ja, macht weiter so!

Benjamin Berger, Chemnitz

Hallo *zivil*! Danke für die Zusendung Eurer Zeitschrift. Echt gut + lesenswert. Kein »Zivildienst«-Propagandablatt. Aber: Wie wär's mit der Vorstellung von Promis, die ZDL waren? Würde mich interessieren, wieviele Helmut Kohls & Lodda Matthäus' schon Rollis geschoben haben.

Christian Pletz, Wuppertal

Seit 10 Jahren lese ich nun interessiert *wub/zivil* fast immer von vorne bis hinten durch und es ist für mich eine gute Möglichkeit, an pazifistischen Themen dranzubleiben. Vielen Dank, macht weiter so!

Joachim Linsenmeyer, Harburg

Macht weiter so und lasst Euch nicht reinreden. Was gebraucht wird, sind unzensurierte ehrliche Kritiken & Lob.

Carsten Holm, Hamburg

Zu loben ist vor allem überhaupt das Erscheinen von *zivil*!! Da nicht nur die evangelischen Zivis meiner Dienststelle die Zeitschrift lesen, sondern alle, scheint sie außerdem einen gewissen Nerv zu treffen.

Tobias Iffland, Köln



**Betr.: zivil 1/98:
Thema »Witz als Waffe«,
»Strafsache Flüsterwitz«**

Zu dem schönen und informativen Beitrag habe ich noch eine Literaturstelle: Hans-Jochen Gamm, *Der Flüsterwitz im Dritten Reich*, 1963, Neuaufl. 1990. Gamm bringt sehr viele Beispiele, häufig auch heute noch witzig ... manchmal bleibt's einem im Halse stecken. Ein Beispiel: »Was hat das Dritte Reich mit der Straßenbahn gemeinsam? Vorne steht der Führer, hinter ihm steht das Volk. Wer nicht hinter ihm steht, sitzt. Zwischendurch wird abkassiert. Abspringen während der Fahrt ist verboten.« Vielen Dank für Ihre engagierte Arbeit!

P. Köhler (KDV 1981), Konstanz

Liebe Mitarbeiter/-innen der zivil-Redaktion,

Ihr ausführlicher Artikel und Thema des Heftes 1/98 »Witz als Waffe« war sowohl inhaltlich als auch optisch sehr ansprechend. Interessant ist die Information, daß im Dritten Reich kritischer Humor mit Mitteln bis hin zur Todesstrafe geahndet wurde. Welch Aufwand wegen ein paar Witzen! Der Grund ist dennoch einleuchtend: Der Witz ist eine Waffe des Volkes. Das »einfache« Volk befaßt sich mit dem Witz, weil er kurz, präzise und einfach verständlich ist und so Mißstände auf dennoch unterhaltsame Weise auf den Punkt bringt.

Das Witze erzählen und das humorvoll-kritische Beleuchten und Hinterfragen von Ereignissen oder einfach Dingen, die die Menschen beschäftigen, wird niemals obsolet werden. Oder wie kann man sich sonst den (beständigen) Erfolg von Sendungen wie 7 Tage, 7 Köpfe, Kalkhofes Mattscheibe, Harald-Schmidt-Show oder Dieter Hallervordens Spotlight erklären? Diese Art von Humor wird sich wohl nie unterdrücken oder verbieten lassen. Das ist auch gut so.

Denn natürlich hat Humor viele wichtige Funktionen, u. a., wie Sie in Ihrem Artikel treffend bemerken, eine psychische Entlastungsfunktion (sich etwas von der Seele reden, Dampf ablassen). Das geht hin bis zum berühmten »Galgenhumor«. Den Humor und kritischen, mitunter sehr subtilen Witz verbieten zu wollen, hieße, dem Volk diese psychische Entlastung zu versagen. Daß das nicht funktionieren kann, zeigen die eher dürftigen Erfolge von Hitlers »Zensurierungsminister« Goebbels. Gegen so ein elementares Bedürfnis des Volkes anzukämpfen, hat schon etwas vom »Kampf gegen Windmühlenflügel«. Vielleicht hätten sich die Nazis nicht so lächerlich gemacht mit dem von vorneherein zum Scheitern verurteilten Versuch, die in Witz verpackte Systemkritik »total auszumerzen«, wenn sie das folgende Zitat von Otto Julius Bierbaum beherzigt hätten: »Humor ist, wenn man trotzdem lacht«.

Klaus Endres, ZDL aus Würzburg



**Betr.: zivil 1/97:
Thema »Feindbilder«**

Sehr geehrte Damen und Herren, nach meinem Zivildienst hatte ich mich entschlossen, Eure kirchliche und daher unabhängige Zeitung *zivil* weiter zu abonnieren, weil ich bis heute die vielen mutmachenden Berichte aus dem Zivil- und dem Friedensdiensttag sehr schätze. Leider jedoch hat in den Jahren auch ein kleiner Wermutstropfen immer mehr an Größe gewonnen, so daß ich meine Grund zur Kri-

tik zu haben. Warum wird die Evangelische Kirche immer mehr zum Tummelplatz ideologischer Ansichten, entfremdet sich zusehends von ihrer biblischen Botschaft und achtet fremde Religionen zunehmend höher als die eigene? Versteht mich nicht falsch, ich finde Aufklärung in diesem Bereich sehr wichtig, jedoch beklage ich die einseitige Berichterstattung, die beispielsweise verschweigt, daß in vielen islamischen Ländern Christen allein wegen ihres Glaubens verfolgt und oft sogar getötet werden. Ich persönlich halte die christliche Botschaft für aktuell genug, um nicht vermischt mit allem möglichen ideologischen Gedankengut verkündet zu werden.

Mit freundlichem Gruß,
Stefan Buchali, München



Betr.: Leserbrief von Jochen Heigoldt in zivil 1/98

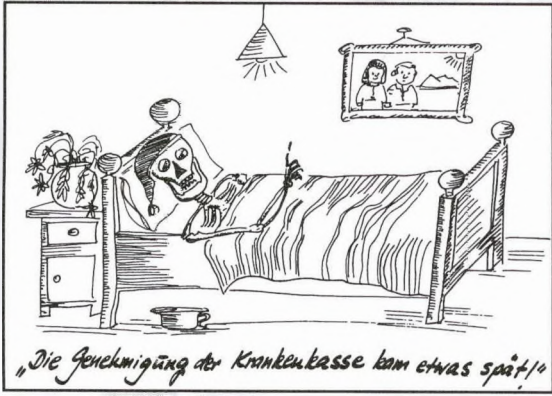
Links und total einseitig, so wird man also vom einfachen Geist besehen! Sich nicht mit einfachen Theorien abzugeben, sondern kritisch und differenziert mit problematischen Themen umzugehen ist also klug! Dann hoffe ich, daß sich das alte Klischee heute immer noch bestätigt, daß der Zivi durchschnittlich links ist. Denn nur dann ist gewährleistet, daß wir es beim Zivi mit jemandem zu tun haben, der sich auch schon im Vorfeld kritisch mit der Kriegsdienstverweigerung auseinandergesetzt hat. Leute wie Hr. Heigoldt mögen dazu wohl kaum in der Lage sein. Folglich ist es dann wohl auch bequemer, sich nicht einseitig mit wichtigen Themen auseinanderzusetzen, sondern den Weg des geringsten Widerstandes einzuschlagen. Der müßte jedoch direkt zur Bundeswehr führen, eine Verweigerung zu schreiben wäre ja unnötige Arbeit.

Phillipp Masche, Kassel



Betr.: zivil, »hochinteressante Themen«

Sehr geehrte *zivil*-Redaktion, zunächst möchte ich mich bei Ihnen für die sehr gute Zeitschrift bedanken. Ich bin Zivi in einem Pflegeheim, und diese Tätigkeit macht mir sehr viel Freude, trotz des hohen psychischen Drucks, dem ich an manchen Tagen ausgesetzt war. Ihre Artikel »Muskeln auf der Seele« oder auch »Ohne Zivis würden so manche Dämme brechen« haben mich sehr aufgebaut und unterstützt. Die Mischung macht's wirklich: Die für mich hochinteressanten Themen »Feindbilder« oder »Witz als Waffe« habe ich bis jetzt in noch keiner anderen Zeitschrift gefunden. Gut finde ich auch, daß Sie viele Leserbriefe abdrucken und auch solche veröffentlichen, die vielleicht etwas »stänkern«



»Probleme in der ambulanten Pflege«
ZDL Björn Velte, Biedenkopf

wollen. Das zeigt wirklich, daß Sie Charakter besitzen. Wünschenswert für mich persönlich wäre es, wenn Sie z. B. einmal etwas über die Militärausbildung bei der Wehrmacht oder NVA sowie deren Geschichte schreiben würden. Die Vorteile, ich glaube aber besonders die Nachteile, würden hier besonders deutlich zutage treten, was die Armee oder die KDV betrifft. Zudem würde ich mir einen Artikel über Zivilcourage im Alltag sowie einen ausführlichen Vergleich der Bundeswehr und des Zivildienstes in der BRD wünschen. Machen Sie weiter so, ich werde es Ihnen danken. Mit freundlichen Grüßen,

Ronny Wellner, Auerbach



Betr.: Gottesdienst als Politikum

Am Donnerstag, den 22. 01. 98 fand im Kölner Dom ein internationaler Soldatengottesdienst statt, zu welchem aus Anlaß des Weltfriedenstages auch Militärs aus Ländern wie Großbritannien, Frankreich, Belgien u.a. kamen. Die ca. 1500 angereisten Soldaten wurden an diesem Morgen mit einer Situation

konfrontiert, die sie wahrscheinlich nicht erwartet hatten: Auf der Domplatte hatten sich an die 200 Demonstranten eingefunden, die mit lauten Pfiffen gegen den Gottesdienst protestierten. »Helm ab zum Gebet? – Nein!« war der Leitgedanke, unter welchem die Demonstration stand. Sicher ging es den meisten bei der Aktion nicht darum, die Angehörigen der Armee als Individuen auszufleischen und abzuwerten, sie als dumm, blind oder verlogen zu dikriminieren. Ebensovienig ging es darum, ihnen einen Glauben abzusprechen oder Glaubensinhalte der christlichen Lehre zu verneinen. Das Gegenteil sollte erreicht werden. Die Diskrepanz zwischen christlichen Dogmen und der betriebenen »Absegnung« einer Armee und ihren realen Funktionen im Krieg sollte genauso betont werden wie der Protest gegen vorhandene Funktionsmechanismen zwischen Armee, Staat, Kirche und Wirtschaft. Kardinal Meißner, der die Predigt hielt, hatte im vorigen Jahr velauten lassen: »In betenden Händen ist die Waffe vor Mißbrauch sicher.« – Diese Aussage hat sich in der Geschichte bis heute immer wieder auf grausamste Weise widerlegt gefunden. Auf den Gürtelschnallen der Wehrmachtssoldaten des Zweiten Weltkrieges stand geschrieben: »Gott mit uns«. Kriege wurden immer wieder durch Notwendigkeitsargumente in Verbindung mit religiösen Rechtfertigungen geführt. Kardinal Meißners Satz erscheint da geradezu zynisch.

Nach dem Gottesdienst fanden sich einige Wenige, meist jüngere, dazu bereit, sich auf ein Gespräch einzulassen. Immer wieder tauchten als Argumentationsgrundlage Aussagen wie »die Bundeswehr ist eine reine Verteidigungsarmee«, nötig zum »Schutz der Gesellschaft gegen unrechte Gewalt«

auf. Soldaten würden »nicht zum Töten ausgebildet«. Die Armee stelle einen notwendigen Schutz gegen Krieg dar; die Standpunkte der Soldaten sowie der meisten Demonstranten ließen sich auf einen Grundkonflikt zwischen Pazifismus, Gewaltablehnung und dem Argument, daß Selbstverteidigung als Teil der Würde des Menschen unabdingbar sei (mit allen Folgen), zurückführen. So allgemein und grundlegend die Auseinandersetzung also war, so speziell sind die vorgebrachten Kritikpunkte seitens der Demonstranten.

- Es ist Augenschere, zu behaupten, daß eine Armee einzig dem Frieden diene.
- Die Religion wird mit diesem Gottesdienst immer noch als Mittel zur Legitimation der Gewalt benutzt.
- Zusammenhänge zwischen Militär und Wirtschaft werden vertuscht und verharmlost: Die Armee dient der Rüstungsindustrie als milliarden-schwerer Absatzmarkt. Unter dem Vorwand der Notwendigkeit werden Aufrüstungsprogramme politisch durchgesetzt. Der Eurofighter ist das aktuellste Beispiel. (Die Unsummen zur Finanzierung werden sogar als sinnvoll unter dem Aspekt der Arbeitsplatzbeschaffung deklariert!)
- Schon aus dem geschichtlichen Kontext heraus sollte die Kirche endlich begriffen haben, daß es keine Allianz zwischen ihr und dem Militär geben darf.
- Glaube wird hier zu politischen Zwecken mißbraucht.

Ich jedenfalls kann Kardinal Meißner nicht glauben, wenn er Soldaten predigt: »Haben Sie Mut, der Frieden ist letztlich eine Gabe Gottes, die mit uns Raum in dieser Welt gewinnen möchte.« Denn der alljährliche Soldatengottesdienst ist ein Politikum.

ZDL Benjamin Schäfer, Köln

Anzeige

ZIVI and FRIENDS

Angebot 1

von über 10 Motiven
aus dem neuen Katalog.
Preis **29 Mark.**

Jetzt auch im Internet: www.adr.de/zuf

Neu!

Der erste farbige Katalog mit Ziviklamotten & -accessoires in tadelloser Qualität. Jetzt kostenlos bestellen!

Katalog

coupon

ausschneiden und abschicken oder faxen an
zivi and friends, Bebelstr. 3, 58453 Witten, Fax 02302 69381

ich bestelle:

T-Shirt „Zivi im Dienst“, DM 29,- in den Größen L XL XXL.

den **kostenlosen** Katalog

Zahlungsweise per Vorauszahlung Verrechnungsscheck Nachnahme (+ DM 3,-). Porto pauschal DM 5,-

Name, Vorname

Dienststelle

Straße

PLZ, Ort

Tel. (für Rückfragen)

LEUTE

Der ehemalige Bischof der Kirchenprovinz Sachsen, Dr. Christoph Demke, wurde im Februar zum neuen Bundesvorsitzenden der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer, EAK, gewählt. Die EAK ist Herausgeber von *zivil*. Christoph Demke löst in dem Ehrenamt den Vorsitzenden Richter i. R. Jan Niemöller ab, der seit 1995 EAK-Vorsitzender war und nicht mehr für den Vorsitz kandidierte.

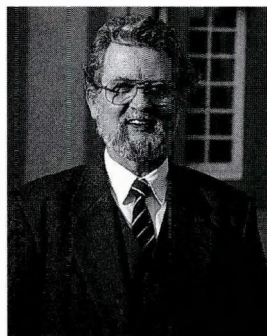


Foto: zivil

Christoph Demke war bis 1997 Bischof der Kirchenprovinz Sachsen. Bereits in der ehemaligen DDR setzte sich der Theologe für die vorrangige Option der Gewaltfreiheit und für Kriegsdienstverweigerer ein. In seinem neuen Amt ist ihm die Stärkung des Zivilen Friedensdienstes zu einer gewaltfreien und effektiven Alternative zu militärischen Auslandseinsätzen ein besonderes Anliegen.

TERMINE

29.-31. Mai: Europäischer Friedenskongress in Osnabrück (ausführl. Infos in *zivil* 1/98). Kontakt: Geschäftsstelle, Paul Betz, Tel: 05 41/26 06 50

6. Juni: autofrei leben! Unter diesem Motto steht die erste bundesweite Konferenz autofreier Bürger, die u. a. mit Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft der Evang. Umweltbeauftragten und Greenpeace in Bonn stattfindet (Stadthalle Bad Godesberg). Kontakt: autofrei leben!, Dorfstr. 18, 07646 Schlöben, Tel: 036428/41091.

16. Juni: Umwelt-Kinder-Tag der BUND-Jugend. Bundesweit werden hunderte von Aktionen stattfinden. Die BUND-Jugend verschickt dazu für Eltern, LehrerInnen und BetreuerInnen ausführliches Info-Material: BUNDjugend, Friedrich-Breuer-Str. 86, 53225 Bonn.

3.-5. Juli: Ökumenischer Kirchentag in Osnabrück. Die Kirchen gedenken des Westfälischen Friedens vor 350 Jahren mit einem großen Kirchentag unter dem Motto »Gottes Frieden an jedem Ort«.

WETTBEWERBE

Lyrik

Gleich zwei Wettbewerbe schreibt der 28. Deutsche Evangelische Kirchentag in Stuttgart aus. Zum einen veranstaltet er einen Lyrikwettbewerb zur Kirchentagslosung »Ihr seid das Salz der Erde« (Matth. 5,13). Seit dem Hamburger Kirchentag 1995 setzen sich Dichterinnen und Dichter mit der Losung des Kirchentags auseinander - die besten Gedichte werden publiziert, diesmal im neuen Liederbuch für den Kirchentag (Aufl. 150 000). Jede/r kann sich mit einem bislang unveröffentlichten Gedicht bewerben. Einsendeschluß ist der 31.5.1998. Einsendungen an: Kirchentag 1999, Regionalbüro Stuttgart, Stichwort: Lyrikwettbewerb, Dieselstraße 30, 70469 Stuttgart.

Plakat

Außerdem soll das Plakat für den Kirchentag in einem offenen Wettbewerb gefunden werden. Eingeladen sind dazu in erster Linie GrafikdesignerInnen sowie Studierende an Hochschulabteilungen für visuelle Kommunikation. Abgabefrist für Entwürfe ist der 31.8.1998.

Die Teilnahmebedingungen können angefordert werden bei:

Deutscher Evangelischer Kirchentag, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, Postf. 480, 36004 Fulda.

SPIELE

Mit dem »Spielprojektpreis 1998« schreibt das Burckhardthaus in Gelnhausen zum zweiten Mal einen Preis für ein innovatives Spielprojekt aus. Bewertet wird in den Kategorien »ein eigenes Spielprojekt«, und »ein Spielprojekt mit anderen Menschen«. Außerdem gibt es einen Sonderpreis für ein »grandios gescheitertes Spielpro-

jekt«. Einsendeschluß ist der 1.6.1998. Unterlagen können angefordert werden bei: Christoph Riemer, Burckhardthaus, 63571 Gelnhausen.

Karikaturen

Einen Karikaturenwettbewerb zum Thema »Sucht« veranstalten die »Deutsche Jugendpresse« (DJP) und der »Studienkreis Nachhilfe«. SchülerInnen von 6 bis 22 Jahren können bis zum 31. Oktober mit Karikaturen, Cartoons und kurzen Comics teilnehmen. Der Hauptgewinn ist ein Workshop mit einem Profi-Karikaturisten.

Wettbewerbsunterlagen bei: Deutsche Jugendpresse e.V., Perleberger Str. 31, 10559 Berlin, Fax: 030/3969736.

GEGEN KINDERARBEIT

Mehr als 700 Organisationen in rund 100 Ländern unterstützen den »Globalen Marsch gegen Kinderarbeit«. Initiatoren sind das »Südasiatische Bündnis gegen Kindersklaverei« und die britische Menschenrechtsorganisation »Anti-Slavery International«. Ziel des am 17. Januar in Manila gestarteten Marsches von Kinderarbeitern aus aller Welt ist Genf. Dort beginnt am 2. Juni eine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation, bei der eine neue Konvention über Kinderarbeit beraten wird. Am 25. Februar begann der lateinamerikanische Zweig des Marsches in Sao Paulo, am 10. Mai wird eine erste Gruppe des Marsches bei Flensburg in Deutschland eintreffen. Am 25. Mai ist ein Gespräch mit dem Deutschen Bundestag geplant. In Deutschland wird die internationale Initiative unter dem Titel »Weltweit unterwegs für Kinderrechte« unter anderem von Brot für die Welt, Misereor, Kindernothilfe, Deutschem Gewerkschaftsbund und den kirchlichen Jugendverbänden getragen.

Weltweiter Marsch gegen Kinderarbeit

Stationen des Marsches

Amerikas	Afrika	Europa	Asien
14. São Paulo	11. Kapstadt	5. Istanbul	1. Manila
15. Mexico City	12. Nairobi	6. Genf	2. Bangkok
16. Washington		7. Duisburg	3. Bangalore
		8. Oslo	4. Neu Delhi
		9. London	
		10. Madrid	

10.-29. Mai in Deutschland
17. Januar
21. März
25. Februar

Quelle: Werkstatt Ökonomie, Heidelberg, KNH

epd-EP 4/98

PRÄZISE MLDG.

»Die Bundeswehr rüstet in einem 1. Los die Varianten GerTrgRechnVerbArt, PzMrts, GHefStdPz und TrgFz TATAC auf die Nutzungsdauerverlängerung Stufe 2 (NVDV2) um ... Die Übergabe wird durch den Vizepräsidenten (W) BWB und Kdr HUKdo durchgeführt.« Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung zur Übergabe des modernisierten Panzers M113 am 21. 10. 97

GA(R)STLICHKEIT

»Schwarzes Jahr für Beherbergungsbetriebe – Mehr Ausländer« Überschrift einer dpa-Meldung über deutsche Hotelbetriebe. Quelle: taz

VOM CVJM ZUM GENERALMAJOR

»Aus meiner bis dahin siebenjährigen Mitgliedschaft im Christlichen Verein Junger Männer war eine große Freude am Pfadfinderleben gewachsen, das uns dort geboten wurde. Dieses Leben hatte etwas Militärrähnliches und Faszinierendes. Der Umgang mit Gleichaltrigen, das Führen einer Jugendgrup-



Karikatur: Thomas Platzmann

pe, viele Wanderungen, Geländespiele und Zeltlager in schöner Natur, das Vorbereiten und Abhalten der Heimatabende und das Leben in einer als sinnvoll empfundenen Vereinshierarchie haben mich früh auf meinen späteren Beruf vorbereitet.« Gerd Schultze-Rhonhof, Generalmajor a. D., in seinem Buch »Wozu noch tapfer sein?«

MOZART IM EINSATZ

»Die türkische Polizei, bekannt für ihr hartes Vorgehen gegen Demonstranten, soll mit Musik besänftigt werden. Das Polizeiministerium glaubt, daß klassische Musik den Streß der Einsatzkräfte mäßigen und exzessiven Gewalteinsatz in der Öffentlichkeit verhindern kann. In den Streifenwagen und Mannschaftsfahrzeugen soll künftig Musik von Beethoven und Mozart ertönen, die Stücke könnten auch per Funk in den Kopfhelm eingespielt werden.« Quelle: HNA, Kassel

MADRIDER POLIZEI SCHICKT ZIVIS AUF STREIFE

Die Madrider Stadtpolizei will Zivildienstleistende auf Streife schicken. Ab Mai diesen Jahres sollen 380 Kriegsdienstverweigerer als Nachbarschaftspolizisten zu zweit oder dritt durch die Stadtteile ziehen und nach demolierten Mülltonnen, verlassenen PKW, Graffiti oder Dreck auf den Straßen sehen, berichtete die Tageszeitung »El Pais«. Die neuen Hilfspolizisten sollen den Angaben zufolge eine Uniform mit der Aufschrift »Stadtverwaltung Madrid – Zivildienst« tragen und würden mit Trillerpfeife, Funkgerät und Stadtplan ausgestattet. Sie seien allerdings nicht dazu berechtigt, jemanden zu verhaften oder Strafzettel auszustellen, heißt es weiter. Bei Hinweisen auf Straftaten sollen sie die Funkzentrale verständigen.



Der Direktor der städtischen Polizei, Jose Manuel Morales, verspricht sich von dem neuen Dienst eine Entlastung der städtischen Beamten. Die Polizeigewerkschaft warnt dagegen, die Zivis könnten während ihres Streifengangs gefährdet werden.

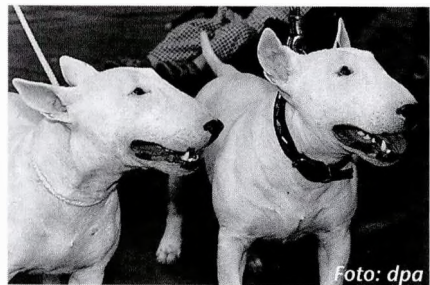
Die spanischen Medien berichten immer wieder von Problemen der Landesbehörden, genügend Zivildienststellen zur Verfügung zu stellen. 1997 wurde mit 127 000 Verweigerern eine neue Rekordmarke erreicht. Nach einem Gerichtsurteil vom vergangenen Jahr müssen sie spätestens nach 14 Monaten eine Dienststelle erhalten. Derzeit werde dieser Zeitraum bei rund 46 000 Antragstellern überschritten. Der Wehrdienst dauert in Spanien neun, der Zivildienst 13 Monate. 2003 sollen nach Plänen der Regierung der obligatorische Militär- und Ersatzdienst abgeschafft werden. Quelle: epd

BABY IN UNIFORM

»Werdende Mütter in der spanischen Armee erhalten künftig speziell geschneiderte »Umstands-Uniformen«. Dies sieht die neue Dienstkleidungs-Vorschrift der Streitkräfte vor. Bislang gebe es nur bei den Feld-Uniformen die Möglichkeit, ein Modell für Schwangere anzufordern.« Aus einer Meldung der Deutschen Presseagentur

KAMPFHUND IST EINE WAFFE

Ein Pitbull gilt in Frankreich als Waffe. Dies entschied ein Gericht in Nanterre bei Paris. Den Angriff eines solchen Kampfhundes auf einen jungen Mann werteten die Richter als vorsätzliche Körperverletzung.



In Deutschland haben einige Bundesländer und Kommunen Richtlinien für das Halten und Züchten von Kampfhunden erlassen, um die Gefahren für Kinder und auch Erwachsene zu reduzieren. In Hessen können Halter mit bis zu 10 000 Mark Geldstrafe belegt werden, wenn sie den Kampfhunden keinen Maulkorb anlegen. In Hamburg ist sogar eine polizeiliche Erlaubnis für das Halten von Kampfhunden erforderlich.

Anzeige

Alles wird teurer - der Klassiker nicht!

Das beliebte Zivi-T-Shirt (100%Baumwolle) kostet noch immer nur **DM 12.90**

Das T-Shirt ist weiß und lieferbar in den Größen L, XL, und XXL

Einfach bestellen bei:
"Martin's Zivi-Service"
 Marktstr. 52 D-67487 Maikammer
 Fon: 06321/952558 Fax: 06321/957373
 Porto + Versand: DM 6.- **ab 10 Stck. frei**
 Lieferung gegen Vorkasse (Verrechnungsscheck)
 - das ist am billigsten! -
 oder per Nachnahme (+ DM 3.50)

Volker Jehle: Ulrike

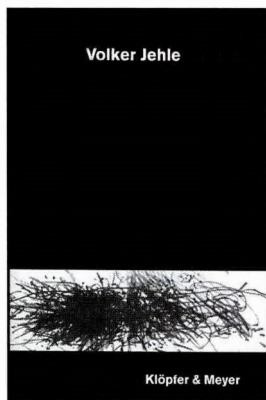
Roman über einen Zivildienstleistenden in einer WfB
 Volker Jehle, Ulrike, Tübingen
 (Klopfer & Meyer), 1996, 267 S.

Besprochen von Heinz Bartjes

Bücher, die sich mit der Situation von Zivildienstleistenden beschäftigen, sind selten. Und wenn Zivis in der Literatur vorkommen, dann dominieren direkte autobiographische Schilderungen, in denen ZDL während oder kurz nach ihrer Zeit im Zivildienst ihre Erfahrungen verarbeitet haben: etwa Hartmut Gagelmann in »Kai lacht wieder« (1983), in dem Sammelband »Tatort Pflegeheim« (1989) oder Jochen Temsch in »Das wird schon wieder« (1996). Umso erfreulicher ist es, daß mit Volker Jehles »Ulrike« nun ein – im guten Sinne! – unspektakulärer Roman vorliegt, der auch in einer unspektakulären Welt spielt: in einer Werkstatt für behinderte Menschen.

Der Autor, Jahrgang 1954, hat selbst Zivildienst geleistet und so hat der Roman auch eine autobiographische Grundlage, die aber literarisch bearbeitet worden ist. »Der Roman ist aus Erfahrung erfunden«, so der Autor dazu. Volker Jehles Roman läßt verschiedene Deutungen zu. Er läßt sich lesen als eine Alltagsschilderung eines ZDL. Das Buch läßt sich auch lesen als Versuch über das Tabu Behinderung, Liebe und Sexualität; über das schwierige Verhältnis von Nähe und Distanz in helfenden Berufen; als Milieustudie über eine Werkstatt für Behinderte und nicht zuletzt als Annäherung an die Frage »was ist normal«.

Der »Zivi Eckart« ist der Betreuer der gleichaltrigen geistig behinderten Ulrike. Eckart akzeptiert nicht, daß Ulrike, die immer wieder wegläuft, am Stuhl festgebunden und mit Medikamenten »ruhiggestellt« wird. Er kämpft, z. T. gegen die KollegInnen, für einen anderen Umgang mit Ulrike. Die Beziehung zwischen beiden wächst, wird intensiver, die Grenzen verschwimmen: Ist Ulrike nun einfach ein Mensch, ein Mädchen, das ihm nahe steht? Noch Klientin? Schon Freundin? Ist diese Faszination, Sympathie und Anziehungskraft, die er Ulrike gegenüber empfindet, Liebe? Kann, will, darf er sich auf eine intensivere, gar körperliche Beziehung einlassen? Ulrike redet von sich in der dritten Person. Auf ihre eindringliche Bitte »Lieb doch zu ihr



hin«, antwortet Zivi Eckart eher hilflos, »er dürfe ihr Angebot nicht annehmen, sie solle es also lieber nicht wiederholen.« Und wie soll er ihr klar machen, daß er bald – mit dem Ende seines Zivildienstes – weggehen wird?

Auf jeden Fall spürt und erkennt er, daß sich in ihm Gewißheiten und Sicherheiten auflösen: »er ahnte, daß ihm die »Norm« abhanden gekommen war, (...) Ulrike hatte ihn verändert«. Festgezurrte Maßstäbe relativieren sich für ihn, was bedeutet Normalität, was Ausnahme und Behinderung? Und wie wird die Behandlung derjenigen, die jenseits der Norm sind, gerechtfertigt? Er realisiert die gesellschaftliche Bedeutung von Ausgrenzung: »Wer nicht mitkommt, wird ausgespuckt und die ausgespuckt werden, sind die besten.«

Insgesamt ein – trotz mancher Längen – spannend zu lesender Roman über ein vernachlässigtes Thema; ein Roman, der demnächst wahrscheinlich auch verfilmt werden soll. Man darf gespannt sein, wie dieses einfühlsame Buch in ein anderes Medium transportiert werden konnte.

Leseprobe:

»Falls Ulrike sich zum Malen herbeiließ, wählte sie ausschließlich das grellste Rot, das sie finden konnte, und fiel über das Papier her. Nach kurzer Zeit sah es aus, als explodierte das Zentrum und schleuderte nach allen Seiten Glut.«

Ralf Schmidt:

Ich bin so froh, ein Zivi zu sein.
 Frieling Verlag, Berlin, 1998, 158 S.

Besprochen von Werner Schulz

Ein Orden muß her! Ein Orden für Zivis, die nicht nur gut, sondern besser sind. Und der Ex-ZDL Ralf Schmidt, der

muß als erster einen solchen Orden haben. Ralf Schmidt war nämlich ein Spitzen-Zivi! Aber leider haben das – weil es eben keine Orden gibt – nur ganz wenige gemerkt. Was also bleibt einem genialen Zivi übrig, als ein Buch zu schreiben? Ralf Schmidt hat sein Buch im Berliner Frieling Verlag veröffentlicht und ihm den schönen Titel »Ich bin so froh, ein

Zivi zu sein« gegeben. Soviel vorweg: Ein Orden wäre nicht halb so peinlich wie deses Buch. Herrn Schmidt ist es nämlich ernst mit seinem Titel: »Zivi sein«, schreibt er schon im Vorwort, »das ist ein Lebensgefühl! Das MUSS man einfach miterlebt haben.« Aha, denkt der Leser und fragt sich sofort: Was ist mit Bundeswehr? Natürlich hat



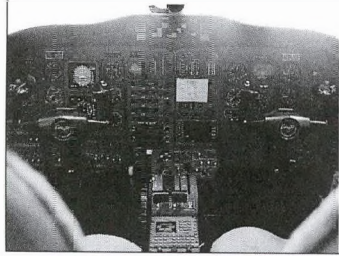
sich Herr Schmidt darüber seine Gedanken gemacht: »Iggitt pfui! Nee, DAS ist nichts für unseren Jungen!«, so sein tiefschürfendes Urteil. Allerdings – man darf ihn da nicht mißverstehen – im Grunde hat Herr Schmidt ja gar nichts gegen die Bundeswehr. Soldaten oder die Armee »zu kritisieren oder in ein schlechtes Licht zu rücken«, das liegt ihm fern, schreibt er, »das können die Alternativen viel besser!« Es solle doch »jeder nach seiner Fassung glücklich werden«, meint Herr Schmidt. Und seine ganz persönliche, ganz individuelle, ganz eigene Fassung, die heißt ja erstmal: »untauglich«. Herr Schmidt – im Buch heißt er jetzt Altmeier – ist nämlich Asthmatiker. Also ganz klar untauglich. Schade nur, daß die böse Musterungsärztin trotz diskreter Showeinlagen (»Herr Altmeier, Sie können mich nicht bestechen. Behalten Sie die Hose ruhig an.«) das nicht so sieht und ihn voll tauglich befindet. Und jetzt passiert's: Während nach und nach dieses Ergebnis »voll tauglich« in Herrn Altmeier arbeitet, da reifen in ihm gleichzeitig diese unumstößlichen, ernsthaften, unveräußerlichen Gewissensbedenken gegen den Dienst in der Armee heran, die schließlich und endlich in dem tiefgründigen und wohlgedachten Bekenntnis münden: »Kriegsdienstverweigerer – hört sich echt toll an, dachte ich mir.« Und von da an war es dann nur noch ein kurzer Weg zu dem Aufschrei: »Ich bin so froh, ein Zivi zu sein.«

Der Leser weiß: Froh zu sein, bedarf es wenig. Bei Herrn Altmeier – alias Ralf Schmidt – findet sich das Wenige in einer Feuer- und Rettungswache, irgendwo in Deutschland. Die Szenerie ist eine Art »Bay-watch« für Landratten. Und die Story läßt sich etwa so zusammenfassen: Alle sind doof, nur Zivi Altmeier nicht. Wer sowas mag, und wer auf Schulaufsätze steht (»Mein schönster Urlaub als Zivi in Italien«, 40 Seiten!!), der muß dieses Buch unbedingt kaufen!

Leseprobe:

»... In den folgenden Schichten durften wir den Landstreicher trotzdem immer wieder vollkommen betrunken ins Krankenhaus einliefern. Es besteht nämlich leider eine Transportpflicht ... Wir konnten nichts dagegen tun. Weder das Drohen mit der Polizei (»Mensch, Sie gefährden die öffentliche Sicherheit! Können Sie sich vorstellen, was los ist, wenn gerade jetzt ein schwerer Autounfall passiert? Dann können wir nicht helfen, weil wir Sie auf dem Halse haben!«) noch das Drohen mit der Desinfektionsmittelflasche (»Das nächste Mal spritz ich dich von oben bis unten voll, du alter Parasit! Wir haben auch noch was anderes zu tun, als dich durch die Gegend zu fahren!«) half ...«

Verkehrspilot / Fluglotse Interessante Berufe mit Zukunft. Die Stellen sind da. Die Vorbereitung auch. Das ATTC-Training für die Einstellungstests von Lufthansa und DFS garantiert Ihren Erfolg.



- ✈ Vorbereitung auf das Aufnahmeverfahren der LH-Verkehrsfliegerschule in Bremen
 - ✈ Vorbereitung auf den DLR-Test für angehende Fluglotsen bei der Deutschen Flugsicherung DFS
- Intensiv-Training durch Verkehrsflugzeugführer, promovierte Dozenten und Fachlehrer



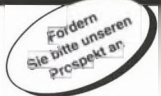
- ✈ Seriöse Schulung und individuelle Betreuung bis zur sicheren Teststrecke
 - ✈ Anerkanntes Seminar, Förderung durch das BAZ für Zivildienstleistende mögl.
- ATTC München Gabriela Müller M.A. ☎ (089) 60 60 15 30 Fax (089) 60 60 15 33
 ATTC Hamburg Dr. Wolfgang Lorenz ☎ (040) 2 51 21 20 Fax (040) 2 51 41 21
 ATTC im Internet - <http://www.atcc.de> eMail: ATTC-@t-online.de

Sprachreisen nach Russland und Polen, Ukraine und Belarus

2 bis 12-wöchige Sprachkurse an Universitäten und privaten Instituten
 Unterbringung in Gastfamilien oder im Hotel; Halbpension, Kulturprogramm

**ПЕРЕЛИНГВА
PERELINGUA**
 Sprachreisen
 Varziner Straße 5
 12159 Berlin
 Telefon (030) 851 80 01

eine Chance für Realschüler/-innen
**Physik – Informatik –
 Elektronik und Datentechnik**
 Berufsausbildung zu technischen Assistenten
 Physikalisch-Technische Lehranstalt Feldstraße 143 - 22880 Wedel - (04103) 8048-0 - <http://www.ptl.de>



**Bernd-Blindow-Schulen
 Dr.-Rohrbach-Schule**



- Wählen Sie Ihren Beruf mit Zukunft jetzt
- Masseur und med. Bademeister(in)
 - Physiotherapeut(in)
 - Nachqualifizierung zum Physiotherapeut(in)
 - Logopäde(in)
 - Beschäftigungs- und Arbeitstherapeut(in)
 - Chemisch-techn. Assistent(in)
 - Biologisch-techn. Assistent(in)
 - Pharmazeutisch-techn. Assistent(in)
 - Umweltschutz-techn. Assistent(in)
 - Techniker:
 Umweltschutz-, Maschinentechnik

Unterrichtsorte*: Bückeburg, Bad Sooden-Allendorf, Bonn, Friedrichshafen, Hannover, Kassel, Leipzig, Ralsdorf/Kiel,
 * Die genannten Ausbildungen werden nicht an jedem Standort angeboten. Informieren Sie sich bitte:

Bernd-Blindow-Schule, Herminenstraße 17f, Postfach 1209
 31666 Bückeburg, Tel.: (0 57 22) 9 50 50, Fax: (0 57 22) 95 05 13
<http://www.blindow.de>

Schulen Dr. W. Blindow 06108 Halle

Vom Kaufmann oder Verwaltungsangestellten zum
 • **staatl. geprüften Betriebswirt**
 Finanzwirtschaft · Touristik
 Vom Koch, Restaurant-, Hotelfachmann zum
 • **staatl. geprüften Hotelbetriebswirt**
 Beginn: August für beide Fachrichtungen
Bernburger Str. 5 • Tel./Fax 0345 / 2026663



Fernstudium Staatl. geprüft
Computer-Techniker
 Info-Mappe kostenlos.
 FERNSCHULE WEBER, Abt. 540
 26192 Gropenkneten · PF 2161
 Tel. 0 44 87/263 · Fax 0 44 87/264

**Schulen Dr. W. Blindow
 06108 Halle Bernburger Str. 5**
 Vom Physio-, Ergotherapeuten, Erzieher, Heilpädagogen, Sportlehrer etc.zum/zur
 staatl. gepr. **Motopäden/in**
 Beginn: September
<http://www.blindow-schulen.de/halle.html>
Tel./Fax 0345 / 202 66 63

**SCHULEN
 DR. W. BLINDOW**
 30171 HANNOVER Baumstr. 20
 • **BETRIEBSWIRT/in**
 • **TECHNIKER/in**
 Maschinen · Elektro · Umwelt · Medizin
 • **ZUSATZQUALIFIKATION**
 für Techniker · Umwelt · Betriebswirt
 Vollzeit und Teilzeitform
 Individuelle Ausbildungsberatung
STÄATLICH ANERKANNT
 Tel.: 0511 / 17 67 1
 Fax: 0511 / 28 34 29 2

DIPLOMA Europäische Hochschulen
Es ist Zeit...
 für das Dual-System
Diplom-Betriebswirt/in
 Hotel, Krankenhaus, Finanzdienstleistung, Versicherung, Europäische BWL u.a.
Fachhochschule Nordhessen
 Im Kurpark 1
 37242 Bad Sooden-Allendorf
 ☎ 0 56 52/ 91 70 83

Schulen Dr. Kurt Blindow
 In 2 Jahren Berufsabschluss als staatl. gepr. Assistent/in
**Pharmazie PTA
 Umweltschutz UTA
 Informatik ITA**
 Auf Wunsch incl. Fachhochschulreife
 • BAFÖG, AFG, BW, Wohnheime •
 Ausbildungsberatung tägl. 9-16, sa 10-12
 Palais · 31667 Bückeburg
 Tel. 05722/28920 - Beginn: 9.3. u. 15.9.98

**Therapeutische Lehranstalten
 32423 Minden · Marienwall 24**
 staatl. anerkannte Ausbildungen
 • **Ergotherapeut/in**
 • **Physiotherapeut/in**
 Realschulabschluss, 17 Jahre
 • **Rettungsassistent/in**
 Hauptschulabschluss 18 Jahre
 Ausbildungsberatung tgl. 9-16/Sa. 10-12
<http://www.blindow-schulen.de/minden.html>
Tel.0571 / 840 083 Fax 840 025

Qualifizierte Aus- und Fortbildung im Rettungswesen

- **Rettungsassistentin** -Vollzeit-
 Hauptschulabschluss · 18 Jahre
**Beginn Plauen/Dortmund:
 März und September**
- **Ergänzungslehrgänge für**
 Rettungssanitäter/Feuerwehr/Bundeswehr/Grenzschutz/Polizei/Krankenpflege
**Beginn Kassel/Minden:
 Februar und August**
- **Lehrrettungsassistentin**
 in Wochenendseminaren in Dortmund

Westfalen-Schulen Dortmund **Berufsakademie Kassel**
 Tel. 0231/52 83 76 · Fax 54 75 43 Tel. 05 61/93 24293 · Fax 93 242 94
Lehranstalten Minden **Lehranstalten Plauen**
 Tel. 0571/840083 · Fax 840025 Tel. 03 741 / 70 410 · Fax 7041 20

**Staatlich geprüfte/r
 Betriebswirt/in**

Das Studium an der staatlich anerkannten Wirtschaftsfachschule der DAA bildet den Grundstein für Ihre Karriere. Fordern Sie unser Informationsmaterial an. Oder vereinbaren Sie ein persönliches Beratungsgespräch. Anruf genügt.

Fachrichtung: • Betriebswirtschaft • Wirtschaftsinformatik

Studiendauer: 4 Semester Vollzeit
 8 Semester Teilzeit

Voraussetzung: Kfm. Berufsausbildung und 2 Jahre kfm. Berufspraxis oder alternativ 7 Jahre kfm. Berufspraxis

Zusatzqualifikation: Erwerb der Fachhochschulreife NRW Geprüfter Wirtschaftsinformatiker (Kammerabschluss), Ausbildereignung

Beginn: Jeweils im April und Oktober, abhängig von den Schulferien in NRW

Deutsche Angestellten-Akademie e.V.
DAA
 Information und Beratung
02 11/5 04 70 15/17

Staatlich anerkannte Wirtschaftsfachschule
DAA
 Deutsche Angestellten Akademie e.V.
BW
 Bildungswerk der DAA e.V.

Wiesenstraße 21
 40549 Düsseldorf
 Tel. 02 11/5 04 70 15
 Fax: 02 11/50 39 48
<http://www.shuttle.de/d/daa-wfs>

Förderbeitrag zwischen DM 30,- und DM 180,- monatlich möglich.



Rüstzeiten und Werkwochen sind ein Angebot der kirchlichen Beauftragten an Zivildienstleistende und interessierte Gäste aus der jeweiligen Region. Sie werden von den Teilnehmern mitgestaltet und sollen das Gespräch und gemeinsames Handeln fördern. Für Rüstzeiten und Werkwochen kann Sonderurlaub nach Leitfaden A8 in Anspruch genommen werden. Die Fahrtkosten zwischen Dienststelle und Tagungsort werden Zivildienstleistenden bis zu DM 38,- erstattet.

BADEN*

- 15.06.–19.06.98 Offenburg-Elsaß-Freiburg: Spurensicherung mit dem Fahrrad: Umgang mit Rassismus
 - 13.07.–17.07.98 Fahrradtour von Offenburg nach Trossingen: »Einfach(er) und solidarisch(er) leben«
- Anmeldeformulare: Beauftragte für KDV und ZDL, PF 2269, 76010 Karlsruhe, Tel. 07 21/91 75-468, Fax 07 21/91 75-479

BAYERN

- 13.07.–17.07.98 Königsdorf: Zeltlager »Natur erleben – natürlicher leben«
 - 20.07.–24.07.98 Deinsdorf: »Im Einklang mit der Natur – mehr er-leben«
 - 10.08.–14.08.98 Leutershausen: »Das war mein Zivildienst – war das alles?!«
- Anmeldeformulare: Beauftragte für KDV und ZDL, Gudrunstraße 33, 90459 Nürnberg, Tel. 09 11/43 04-238, Fax 09 11/43 04-303

BERLIN-BRANDENBURG

- 15.06.–19.06.98 H.–Gollwitzer-Haus, Wünsdorf: »Radio – Hörfunk als aktuelles Mittel der Kommunikation«
- Anmeldeformulare: Amt für ev. Jugendarbeit, Neue Grünstraße 19, 10179 Berlin, Tel. 030/30 86 97-182, Fax 030/2 79 56 49



HANNOVER

- 29.06.–03.07.98 Kurve Wustrow: Widerstand er-fahren
 - 04.07.–12.07.98 Verdun/Frankreich: Deutsche und Franzosen
 - 04.09.–13.09.98 Amsterdam/NL: Auf den Spuren Anne Franks
 - 04.09.–14.09.98 Minsk/Weißrußland: Völker und Menschen in den GUS verstehen. Anmeldung bis 20.06.
- Anmeldeformulare: Arbeitsstelle für KDV und ZDL, PF 265, 30002 Hannover, Tel. 05 11/12 41-468/-469, Fax 05 11/1 24 14 99

KURHESSEN-WALDECK*

- 07.09.–11.09.98 Dalherda/Rhön: »Alternative Energien« in der UNESCO Modellregion Rhön
- Anmeldeformulare: Arbeitsstelle KDV und ZDL, Lessingstraße 13, 34119 Kassel, Tel. 05 61/109 65 82, Fax 05 61/10 78 87

NORDELBIEN

- 13.07.–17.07.98 Fahrradtour: von Hamburg Neuengamme nach Ladelund. »Umgang mit unserer Geschichte«
 - 22.08.–03.09.98 Polen: Auschwitz, Krakau, Warschau. Eigenbeitrag 342,- + Verpflegungsgeld 152,- Verbindl. Vorbereitungstreffen: 05.–07.06.98 in Koppelsberg/Plön
 - 24.08.–28.08.98 Koppelsberg/Plöner See: ZI-VIDEO – ein Video-Workshop
- Anmeldeformulare: Kirchl. Dienst für KDV und ZDL, Hirschgraben 25, 22089 Hamburg, Tel. 040/25 88 81, Fax 040/2 50 89 90

PFALZ

- 22.06.–16.06.98 Berlin: »Spurensuche gegen das Vergessen«
- Anmeldeformulare: Arbeitsstelle Friedensdienst, Reiner Landua, Große Himmelsgasse 3, 67346 Speyer, Tel. 0 62 32/6 71 50, Fax 0 62 32/67 15 67

RHEINLAND*

- 09.08.–18.08.98 Auschwitz/Polen: »Was sind wir Menschen«
 - 17.08.–21.08.98 Wustrow: »Gorleben soll leben« Mit dem Rad durchs Wendland
 - 02.09.–08.09.98 Niederlande: Radtour »Spurensuche bei unseren Nachbarn«
 - 07.09.–11.09.98 Berlin: Bibelwoche
 - 21.09.–25.09.98 Brüssel: Zivildienst International
- Anmeldeformulare: Ev. Kirche im Rheinland, Barbarossaplatz 4, 50674 Köln, Tel. 02 21/24 46 96, Fax 02 21/21 29 33

SACHSEN

- 06.07.–10.07.98 Rosenthal: Zivildienst – lustig oder frustig?
- Anmeldeformulare: Landesjugendpfarramt, Caspar-David-Friedrich-Str. 5, 01219 Dresden, Tel. 03 51/4 73 90-27, Fax 03 51/4 73 90-30

WESTFALEN

- 13.07.–17.07.98 Nordwalde/Münster: Meditation – Tradition aller Weltreligionen, Dimensionen unseres Lebens
 - 02.09.–08.09.98 Amsterdam/NL: Spurensuche (Infoblatt anfordern!)
 - 26.09.–05.10.98 Rom: Die deutsche Besatzungszeit. Vorbereitung: 28.–30.08. Nordwalde. Nachbereitung: 24.10. Dortmund
 - 17.10.–30.10.98 Israel: (Infoblatt anfordern!) Vorbereitung: 25.–27.09. Warburg. Nachbereitung: 13.–15.11. Warburg
- Anmeldeformulare: Amt für KDV und ZDL, PF 10 10 51, 44010 Dortmund, Tel. 02 31/54 09 20, Fax 02 31/54 09 21

WÜRTTEMBERG*

- 06.07.–10.07.98 Murrhardt: »Ökologisch leben« auf einem Biolandhof
 - 13.07.–17.07.98 Schwäbische Alb: Radtour »Vergangenheit er-fahren«
 - 31.08.–05.09.98 Auschwitz/Polen: Mit dem Motorrad zu Stätten der Nazi-Verbrechen
 - 06.09.–13.09.98 Taizé/Frankreich: »Vertrauen auf der Erde«
- Anmeldeformulare: Amt für KDV und ZDL, Haebelinstraße 1–3, 70563 Stuttgart. Tel. 07 11/97 81-114, -112, Fax: 07 11/ 97 81-105

Weitere Rüstzeiten sind zu erfragen bei

Braunschweig:
Beratungsstelle für KDV + ZDL
Am Fallersleber Tore 9
38100 Braunschweig
Tel. 05 31/4 25 39

Mecklenburg:
Beauftragte für KDV und ZDL
Münzstraße 8
19055 Schwerin
Tel. 03 85/86 41 65

Bremen:
Pastorin Ruth Fenko
Hollerallee 75
28209 Bremen
Tel. 04 21/3 46 15 50
Fax: 0421/346 15 52

Thüringen:
Gemeindepädagoge
Detlef Harland
Hauptstraße 32
99338 Angelroda
Tel./Fax: 03 62 07/5 59 19

Hessen und Nassau:
Beauftragter für Zivildienstseelsorge
Pfr. Hans-Jürgen Rojahn
Riedstraße 2
64295 Darmstadt
Tel. 0 61 51/36 70 02
Fax 0 61 51/36 70 03

* Ausführliche Programme für die Zivis aus diesen Landeskirchen finden sich in gesonderten Regionalbeilagen in der Heftmitte.

Zivil

GALERIE

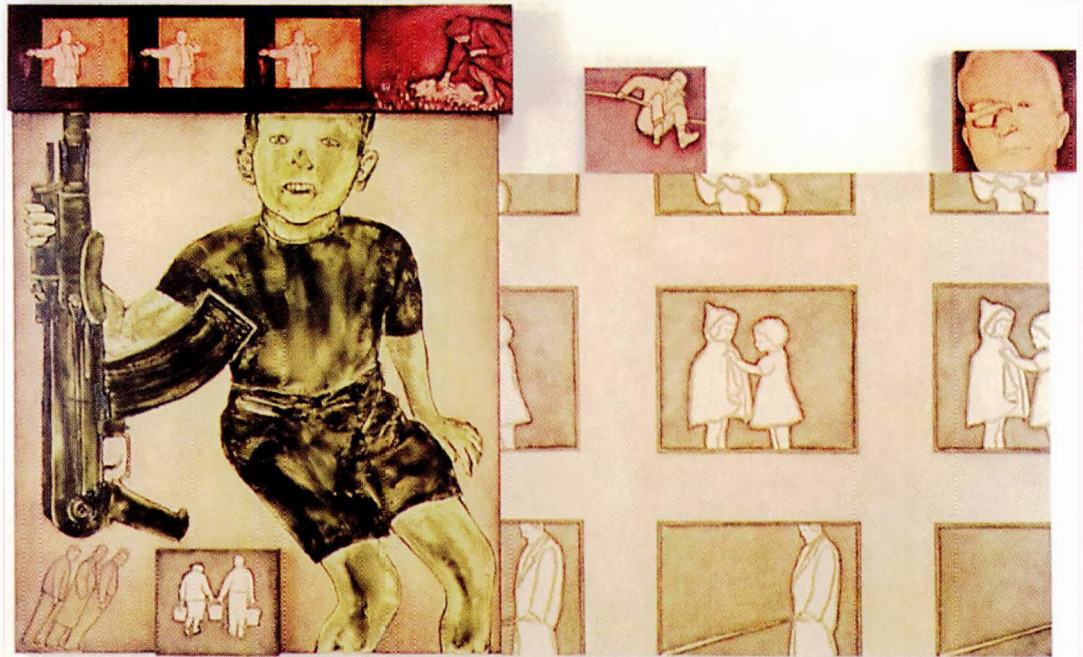
Ein älteres Paar schleppt Eimer, in der Mitte tragen sie einen gemeinsam: Symbol für gegenseitige Hilfe und Solidarität. Unsere Gesellschaft steht vor der Wahl, entweder mit Gewalt Konflikte zu lösen oder Solidarität zu lernen. Die Eimer lassen auf Wasser schließen. Wasser ist von alters her Symbol für Leben. Über dem Kopf des Kindes Szenen wie aus einem anderen Film: Eine Frau krault einen Hund. Das Tier bietet seine verletzte Seite.

Der ganz »alltägliche Wahnsinn«, der ganz alltägliche Gewaltwahnsinn ist das Thema von Ida Applebroog. Ida Applebroog, geboren 1929, ist eine der wichtigsten sozialkritischen KünstlerInnen der USA. Sie ist eine Vertreterin der sogenannten modernen Concept Art. »Viele fragen mich immer wieder, warum ich das Thema Gewalt in den Vordergrund stelle. Ich antworte dann, daß nicht ich, sondern die Welt von Gewalt beherrscht wird.« Ihre Bilder sind eine Art Seismograph für drohende Gewalteruptionen im Alltagsleben. Als amerikanische Künstlerin hat sie den »american way of life« vor Augen. Sie betrachtet kritisch die offene und vor allem latente psychische Gewaltkultur in diesem Land und die Gewöhnung daran. »Gewalt ist so amerikanisch wie cherry pie.« (H. Rap Brown)

Ida Applebroog malt Alltagsszenen, verbindet verschiedene Erzählstränge, schildert das Beziehungsgeflecht zwischen Menschen, die komplexe Gleichzeitigkeit des Widersprüchlichen. Ihre Bilder sind »Schnappschüsse« im doppelten Sinne: Momentaufnahmen, Ausschnitte aus verschiedenen Lebensfilmen. Ida Applebroog hält verdichtete Augenblicke fest und wiederholt die gleiche Szene immer wieder. Ihre Bilder sind gegen die Kultur der schnellen Bildabfolgen von Film und Fernsehen gemalt. Sie hält Grundszenen des Lebens aus der Fülle der Bilderüberflutung an. »Verweile doch, du bist so schön – so grausam.«

»Sacrifice/Paradise, 1990« heißt unsere Bildcollage: Ein Junge in T-shirt und kurzer Hose hält stolz – wie selbstverständlich – mit seltsam kalten Gesichtszügen ein Maschi-

Ida Applebroog, Sacrifice/Paradise, 1990



Ida Applebroog, Sacrifice/Paradise, 1990, Öl auf Leinwand, fünf Teile, insgesamt 218,4 x 345,4 cm. Barbara Gross Galerie, München; Ronald Feldman Fine Art, New York.

nengewehr in der Hand. Die Szene schafft eine Spannung zwischen kindlich Verspieltem und tödlich Bedrohlichem. Das Bild erinnert an die schleichende Verrohung von Kindern, an die psychische Verwahrlosung durch Gewalt. Eine Studie der UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) hat festgestellt, daß weltweit gewalttätige Actionhelden (Rambo, Terminator) mit Abstand die beliebtesten Vorbilder für Jugendliche sind. Die »Allgegenwart von Mediengewalt« trage bei Jugendlichen zum aggressiven Rollenverhalten bei. Statt gewaltfreier Problemlösung werde Gewalt als erfolgreiche Strategie gefördert. Ida Applebroog kritisiert mit ihren Bildern die Rolle der Medien in den USA, die mit ihrer massiven Bilderflut von Gewalt und Menschenfeindlichkeit zur Verrohung beitragen.

Das Kind mit dem Maschinengewehr ist umgeben von comicartigen Zeichnungen und Alltagssequenzen.

Ein Mann öffnet und streckt seine Hände weit auseinander, eine Geste des Öffnens, aber auch der Hilflosigkeit. Ein kleines Mädchen hilft einem anderen beim Anlegen eines Regentmantels. Sich gegenseitig Helfen ist eine (weibliche) Gegenkultur zur Gewalt. Auf den Bildern darunter geht ein einsamer Mensch nachdenklich eine Straße entlang. Der Kopf eines Mannes ist oben rechts zu sehen. Ein Auge ist verbunden. Er ist Opfer von Gewalt oder aber auf dem einen Auge blind für die Ursachen von Gewalt in Erziehung, Medien und Politik.

»Meine Bilder sind Projektionsflächen für die Erfahrungen derer, die sie betrachten. Es hängt davon ab, was man sieht. Man könnte sie vielleicht mit einem psychologischen Test vergleichen.« (Ida Applebroog)

Wir bedanken uns bei der Galerie Barbara Gross, München, für die freundliche Unterstützung. In der Galerie Gross sind einige Bilder von Ida Applebroog zu sehen.

Harald Wagner



intonation intonation

*singet dem herrn
der nie eine uniform trägt
der nie eine waffe ergreift
der tote zum leben erweckt*

*singet dem herrn
der nie einem fahmentuch traut
der nie an parolen sich hängt
der feinde als brüder entlarvt.*

Kurt Marti

Sao Paulo, Brasilien: Aus Anlaß des fünfzigsten Geburtstages der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte hatten Studenten im Dezember letzten Jahres eine Kampagne gegen Gewalt gestartet. Genau 1721 Gewehre und Handfeuerwaffen aus privatem Besitz wurden gesammelt und öffentlich vernichtet. Foto: dpa

